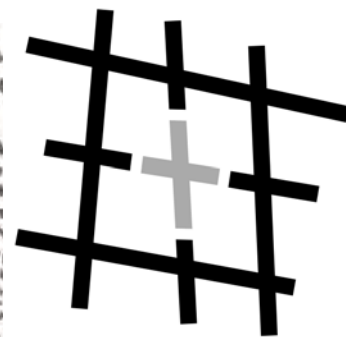


70

Februar
2005

Mitteilungsblatt

Lebens-Welten



**25. - 29. April 2005 in
Bad Honnef**

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser !



Im Zeitraum der Beschäftigung mit der Planung und Realisierung dieses Heftes ging auch bei mir das übliche Chaos der Knastwelt weiter. Weniger und mehr nachvollziehbare Wünsche von Gefangenen; wütende Äußerungen über irgendwelche ‚Ablehnungen‘ seitens der Abteilung; traurige Gespräche über die Verantwortung für eine zerstörende Tat; Unverständnis für die lange Haftzeit bis zur Abschiebung; das Kopfschütteln von anderen Bediensteten über angeblich ‚zuviel Nachsicht‘; der Ausgang in Begleitung – aus ‚Sicherheitsgründen‘ verordnet -; die Info, dass xy von seiner Freundin wieder Haschisch beim Besuch bekommen hat; der Anruf von Frau G.: Ob es dem Mann im Gefängnis auch gut geht?; die Dienstbesprechung über die neuen Kontroll- und Sicherheitsbestimmungen nach der folgenreichen Flucht in Lübeck; am Telefon die Verwünschungen in Richtung der eigenen Familie; die Schulklasse, die sich kundig macht und ungeniert nachfragt; – Das alles will aufgenommen, verarbeitet und geordnet sein. Dabei helfen mir oft Erfahrungen, Einsichten und Gedanken von anderen, wie sie auch in diesem Heft wieder zu lesen sind.

Daher wünsche ich mir noch mehr Kolleginnen und Kollegen, „Schwestern und Brüder“, die bereit sind, Erfahrungen, Projekte oder Gedanken niederzuschreiben und dem Mitteilungsblatt anzuvertrauen. Der Wunsch nach „Mitteilung“ geht auch an andere Leserinnen und Leser in Ministerien, Anstaltsleitungen, Bedienstete oder die ‚Ehrenamtlichen‘.

Vielen Dank sage ich für die Beiträge zu dieser Ausgabe des Mitteilungsblattes und hoffe auf eine anregende Lektüre. Bis Bad Honnef
Ihr / Euer

Wolfgang Kape

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| JAHRESTAGUNG | 3 |
| KONFERENZ | 9 |
| AUS VORSTAND UND BEIRAT | 9 |
| VON PERSONEN..... | 10 |
| GESTORBEN | 10 |
| AUS DEN REGIONEN | 10 |
| “FREIGANG“ | 10 |
| JAHRESTAGUNG 2006 IN SCHMOCHTITZ ... | 12 |
| MULTI – FAITH IN PRISON | 13 |
| THEMA | 15 |
| SCHULD ALS PROBLEM DER GEFÄNGNISSELSORGE | 15 |
| AUFTRAG UND VERPFLICHTUNG DER KIRCHEN IM STRAFVOLLZUG | 20 |
| ISLAM IM DEUTSCHEN ALLTAG | 26 |
| RECHT & GESETZ..... | 32 |
| STELLUNGNAHME ZUM GESETZENTWURF U – HAFT | 32 |
| REVOLUTION IM OBERLANDESGERICHT | 40 |
| BVG ZUR REGELMÄßIGEN ÜBERPRÜFUNG DER SICHERUNGSVERWAHRUNG | 42 |
| BESINNUNG..... | 43 |
| ÜBERRASCHUNGSEIER | 43 |
| GELESEN..... | 44 |
| ABSCHIEBUNGSHAFT IN DEUTSCHLAND ... | 44 |
| KIRCHENASYL..... | 45 |
| TÜRKISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND | 46 |
| LESE  TIPPS | 47 |
| GEMEINGEFÄHRliche TÄTER | 47 |
| AMBULANTE NACHSORGE | 48 |
| TAGUNGS  HINWEISE..... | 49 |
| TERMiNE..... | 51 |
| IN VERSEN..... | 52 |
| MOMENTE DER BERÜHRUNG..... | 52 |



Lebens-Welten

Jahrestagung

der Evangelischen Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland

25. - 29. April 2005 in Bad Honnef

Einführung

„Lebens-Welten“ – das Thema der diesjährigen Jahrestagung rückt die **Menschen** in das Zentrum unserer Aufmerksamkeit, die uns Seelsorgenden im Gefängnis anvertraut sind und denen unsere seelsorglichen Bemühungen gelten. Gefangene sind sie, zu etwa 96% Männer und 4 % Frauen, die ihr strafrechtlich geahndetes Verhalten mit dem Entzug ihrer Freiheit bezahlen. Wie nehmen wir sie in ihren Lebens-Welten wahr? Mit welchen Menschen, welchen Lebenshintergründen, Lebensschicksalen und Lebenshaltungen bekommen wir es als Seelsorgende im Gefängnis ganz real zu tun?

Oftmals haben wir den Eindruck, als ähneln sich die Biografien Gefangener. Ist das so? Und wenn, was hat ihr Leben einschneidend geprägt und sie zu deviantem Verhalten geführt? Welche Faktoren waren für ihre kriminelle Sozialisation von Bedeutung? Welche inneren Konflikte haben zu welcher Dynamik geführt? Welche Lebensstrategien haben sie entwickelt? Woran sind sie gescheitert und welche Bedeutung hat das Gefängnis für sie?

„Außenseiter der Gesellschaft“ nennt Udo Rauchfleisch in seinem gleichnamigen Buch Menschen mit dissozialen Störungen, deren Persönlichkeit durch fortgesetztes und allgemeines Sozialversagen gekennzeichnet ist. Was brauchen diese Menschen von uns Seelsorgenden, damit sie ihr Leben in Würde und Verantwortung vor sich selbst, den Mitmenschen und vor Gott bestehen können?

Den Lebens-Welten von Gefangenen wollen wir uns nähern und ein vertiefteres Verstehen entwickeln für ihr Gewordensein, ihre sozio-kulturelle, familiäre und religiöse Herkunft, den psychodynamischen Hintergrund ihrer Persönlichkeit, ihre Versuche, mit dem Leben in Beziehung zu treten und es zu meistern und für das, was ihnen wert und was ihr Trost im Leben und im Sterben ist. Die drei Hauptvorträge der Jahreskonferenz werden den genannten Fragestellungen nachgehen und dazu einladen, das Gehörte auf die Inhalte und Zielsetzungen der eigenen Seelsorge zu beziehen. „Furcht ist nicht in der Liebe“ so heißt das Motto des Abschlussabends unserer Jahrestagung.

Die gewonnenen Eindrücke und Einsichten mögen dazu führen, die Lebens-Welten Gefangener und uns selbst als Seelsorgende und Geistliche nüchterner und furchtloser wahrzunehmen und ihnen würdigend zu begegnen.

Die Vorträge

Die Menschen im Gefängnis aus tiefenpsychologischer Sicht – Das Gefängnis als Vaterersatz

Dr. Willi Pecher, München

Die psychologische Sichtweise auf Menschen im Gefängnis steht häufig unter dem Verdacht, die Insassen zusätzlich zu diskriminieren. Dieser Eindruck wird durch Veröffentlichungen verstärkt, die einen Zusammenhang zwischen Persönlichkeitsstörungen und Delinquenz nahe legen, die dann zu immer ausgefeilteren Theorien der Persönlichkeitsstörungen führen, ohne dass in gleichem Maße Hilfsstrategien entwickelt werden.

Die hier vorgestellte tiefenpsychologische Sichtweise etikettiert oder pathologisiert nicht, sie bietet vielmehr ein hilfreiches Konzept zum Verständnis von Delinquenz an. Unter Einbezug soziologischer Daten geht der Blick auf die Beziehungen zwischen Straffälligem, Helfer und der Institution Gefängnis.

Welche Mechanismen spielen eine Rolle, welche verborgenen Bedürfnisse sind zu beachten, wenn es um die Beziehung zwischen dem Straffälligen und den institutionellen Strukturen des Gefängnisses geht? Welche Prozesse wirken untergründig mit im Zusammenspiel von Gefangenen und Bediensteten?

Wird der Gefängnisaufenthalt manchmal unbewusst vom Delinquenten gesucht? Greifen vielleicht die unbewussten Bedürfnisse des Gefangenen und die Abläufe des Vollzuges in unheilvoller Weise ineinander?

Sicher ist, dass diese Dynamik in den Gesprächswünschen der Gefangenen nicht angesprochen, geschweige denn „bearbeitet“ wird, sie wird „gelebt“. Nicht selten laufen die Dienste im Gefängnis Gefahr, zum Mitspieler in den Re-Inszenierungen zu werden. Werden Hilfsangebote, Therapievermittlungen oder seelsorgliche Kontakte in gewohnter Weise funktionalisiert, indem sie bestätigen, stabilisieren oder Verantwortung übernehmen sollen?

Welche Form von Hilfe ist keine Hilfe, weil sie Teil der Problematik ist? Wie kann man als Helfer vermeiden, benutzt zu werden?

In der Psychoanalyse geht es zentral um die Beziehung und ihre „Übertragungsanteile“, um das Verstehen der Verhaltensmuster und Szenen zwischen den Menschen. Die Sicht der Psychologie auf Menschen im Gefängnis beschränkt sich nicht auf Auffälligkeiten und Störungen einzelner, sie kann vielmehr mit ihrer Analyse der „Innenwelten“, der Interaktionen und Beziehungen Formen des konstruktiven Umgangs aufzeigen.

Dr. Willi Pecher ist Gefängnispsychologe in der JVA München-Stadelheim und Lehrbeauftragter für Forensische Psychologie an der Universität München.

Buchveröffentlichungen: Tiefenpsychologisch orientierte Psychotherapie um Justizvollzug, Pfaffenweiler 1999; Das Gefängnis als Vaterersatz, Frankfurt a.M. 1989; Justizvollzugspsychologie in Schlüsselbegriffen (HRSRG.), Stuttgart 2004.

Menschen im Gefängnis - Lebensläufe und Lebenswelten

Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow, Köln

Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow, geb. 1944, Studium der Ev. Theologie, Soziologie, Psychologie und Ethnologie forscht und lehrt seit 1995 am Seminar für Sozialwissenschaften der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln Kultur- und Erziehungssoziologie. Seine Hauptforschungsgebiete sind Minderheiten, soziale Netze, Sozialisation, Partizipation, Urbanes Zusammenleben. Er ist engagiert in Bürgerinitiativen und kommunalpolitischen Gremien und hat eine groß angelegte Forschungsarbeit zur Situation „allochthoner Jugendlicher in Haft“ (am Beispiel der JVA Köln) veröffentlicht.

Prof. Bukow wird in seinem Referat „Menschen im Gefängnis – Lebensläufe und Lebenswelten“ an Hand von biographischen Skizzen Lebenshintergründe, Lebensziele, Lebenswerte und „Schicksale“

von jungen Menschen in Haft verdeutlichen. Es ist wichtig zu begreifen, dass es sich bei der in unserem Land verbreiteten Vorstellungen vom „ausländischen jugendlichen kriminellen Menschen“ um einen Mythos handelt, der für alle Seiten extrem negative Folgen hat.

Menschen im Gefängnis aus pastoraler Sicht – Das Wagnis einer spirituellen Diagnose

Dieter Wever, Münster

„Alle Disziplinen haben es mit der Realität zu tun. Jeder helfende Beruf kann mit einer Definition des vorliegenden Problems aufwarten. Die verschiedenen Berufe und Disziplinen präsentieren nur die verschiedenen Perspektiven, unter denen jede Realität erfasst werden kann. Jede dieser Perspektiven ist partial, begrenzt und spezifisch. Keine ist wahrer oder realer als die andere“.

Mit diesen Sätzen hat 1976 der amerikanische Psychiater Paul W. Pruyser Seelsorgerinnen und Seelsorger aufgefordert, ihren eigenen Beitrag zur Hilfe und zur Genesung von Menschen zu leisten. Seelsorge sollte in der Lage sein, eine eigenständige Diagnose zu erstellen. Und diese keinesfalls unter Verwendung psychologischer Termini und Denkstrukturen, sondern in verständlicher religiöser Sprache.

Für den ehemaligen holländischen Gefängnispfarrer und Schriftsteller Nico ter Linden, einer von Pruyser's Studenten, war klar, dass wer eine kompetente Gefängnisseelsorge anstrebt, an seelsorgerlicher Diagnostik nicht vorbei kommt: „Der Hirte kennt seine Schafe.“ Ein Gefangener klagt darüber, dass er keinen Kontakt mehr nach draußen hat, dass sich niemand mehr meldet. Die ihn betreuende Beamtin vom Aufsichtsdienst lässt ihn telefonieren und verweist auf die ehrenamtlichen Vollzugshelfer. Der Sozialdienst bietet die Vermittlung in eine externe Wohneinrichtung an, als Basis für den Neuaufbau eines sozialen Umfeldes.

Der Psychologe diagnostiziert Kontaktschwierigkeiten auf dem Hintergrund einer Persönlichkeitsstörung und bietet eine therapeutische Gruppe an. Und was macht die Seelsorgerin?

Die spirituelle Diagnose, die anthropologischen Annahmen und das Verständnis der Situation sind von Bedeutung in der seelsorglichen Begegnung. Das Wissen darum steuert die Aufmerksamkeit. Es entsteht ein wechselseitiges Geschehen zwischen Seelsorgerin und Seelsorgepartner, prozesshaft und niemals verobjektivierend, vielleicht mit den Fragen: Ist in dieser Situation die psychische und soziale Notlage verschränkt mit einer spirituellen Suchbewegung? Welcher Lebenshunger, welcher spirituelle Durst liegt hinter dem Wunsch nach Kontakt nach draußen? Von welchen Illusionen und von welchen schädlichen Bindungen muss man sich trennen, welche eigene Wirklichkeit, welches gebrochenes Menschsein gilt es auszuhalten? Wozu bin ich da, welchen verborgenen Schatz gilt es zu finden, was ist meine Aufgabe im Leben?

Die pastoral – diagnostischen Fragen werden in wenigsten Fällen direkt gestellt, aber sie strukturieren das Gespräch und sie werden zu einer unverzichtbaren Leitheuristik für die eigene seelsorgliche Praxis.

Dieter Wever ist Gefängnispfarrer in Münster und war von 1998 – 2002 Vorsitzender der Evangelischen Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland.

Vertiefungsgruppen

Etwas ist anders an dieser Jahrestagung in NRW als bei den vorangegangenen Bundeskonferenzen:

Wir arbeiten nicht in thematisch differierenden Arbeitsgruppen, sondern in Vertiefungsgruppen, die sich alle zeitgleich mit den Referaten auseinandersetzen!

Aus der Erfahrung herrührend, dass die ReferentInnen uns kompetente Anregungen aus ihrem Arbeits- bzw. Forschungsgebiet geben können, aber in der Regel überfordert sind, den Transfer ihrer Erkenntnisse auf unser spezielles Feld Gefängnisseelsorge zu leisten, für das wir selbst nun einmal Fachleute sind, und damit die Referate nicht als erratische Blöcke „irgendwo im Raum stehen“ bleiben und uns mit unbefriedigendem Gefühl in die weitere Arbeit entlassen, wollen wir in Bad Honnef etwas anderes ausprobieren:

Die TeilnehmerInnen der Jahrestagung finden sich in Vertiefungsgruppen, die die gesamte Konferenz über in fester Zusammensetzung im Anschluss an die Referate arbeiten und versuchen, die Informationen bzw. Impulse aus den Referaten auf die spezielle eigene Situation der Gefängnisseelsorge vor Ort zu transferieren.

Die Vorbereitungsgruppe der Jahrestagung wird die Vertiefungsgruppen so zusammenstellen, dass es in den einzelnen Gruppen eine gute Mischung aus „neuen“ und „alten“ GefängnisseelsorgerInnen, Frauen und Männern aus verschiedenen Regionalkonferenzen gibt, so dass sich in den Gruppen ein möglichst weit gestreuter Erfahrungshorizont findet.

Tagungsplan

Montag, den 25. April

| | |
|---------------|---|
| 16.00 Uhr | Vorstand / Beirat |
| bis 17.00 Uhr | Anreise und Zimmerverteilung |
| 18.00 Uhr | Abendessen |
| ab 19.30 | Eröffnungsabend, Begrüßung, Unterhaltung, Musik mit Klaus dem Geiger |

Dienstag, den 26. April

| | |
|-----------|--|
| 7.45 Uhr | Einstimmung in den Tag (Krypta) |
| 8.00 Uhr | Frühstück |
| 9.00 Uhr | Bibelarbeit zu Psalm 139 mit Prof. Dr. Frank Crüsemann, Bielefeld Kaffee |
| 10.15 Uhr | Referat Dr. Willi Pecher, München „Menschen im Gefängnis aus tiefenpsychologischer Sicht“ |
| 11.30 Uhr | Vertiefungsgruppen |
| 12.30 Uhr | Mittagessen |
| 14.30 Uhr | Kaffee |
| 15.30 Uhr | Referat Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow, Köln „Menschen im Gefängnis – Lebensläufe und Lebenswelten“ |
| 17.00 Uhr | Vertiefungsgruppen |
| 18.00 Uhr | Abendessen |
| 19.30 Uhr | Regionalkonferenzen |

Mittwoch, den 27. April

| | |
|-----------|---|
| 7.45 Uhr | Einstimmung in den Tag (Krypta) |
| 8.00 Uhr | Frühstück |
| 9.00 Uhr | Bibelarbeit zu Ex 2, 11-22;3,1-5 mit Cornelia Klejn-Stangier Meister-Ekkehard Haus Köln Kaffee |
| 10.15 Uhr | Referat Dieter Wever, Münster „Menschen im Gefängnis aus pastoraler Sicht. Das Wagnis einer spirituellen Diagnose“ |
| 11.30 Uhr | Vertiefungsgruppen |
| 12.30 Uhr | Mittagessen |
| 14.30 Uhr | Kaffee |

| | |
|-----------|--|
| 15.30 Uhr | Mitgliederversammlung Teil 1 |
| 18.00 Uhr | Abendessen |
| 19.00 Uhr | Lustvolle TheologInnen-Promenade mit Weinprobe |

Donnerstag, den 28. April

| | |
|-----------|---|
| 7.45 Uhr | Einstimmung in den Tag (Krypta) |
| 8.00 Uhr | Frühstück |
| 9.00 Uhr | Bibelarbeit zu 1 Kor 3, 5-17 mit dem Frauenteam NRW Kaffee |
| 10.15 Uhr | Vertiefungsgruppen |
| 11.30 Uhr | Plenum |
| 12.30 Uhr | Mittagessen |
| 14.00 Uhr | Nischen |
| 15.30 Uhr | Kaffee |
| 16.00 Uhr | Mitgliederversammlung Teil 2 |
| 18.30 Uhr | Abendessen „Furcht ist nicht in der Liebe“ Öffentlicher Abend mit Gästen aus Kirche und Politik Musik Erhard Ufermann, Wuppertal |

Freitag , den 29. April

| | |
|-----------|--|
| 8.00 Uhr | Frühstück |
| 9.15 Uhr | Abschlussgottesdienst in der Kapelle des Instituts Verabschiedung / Abreise |
| 11.00 Uhr | Vorstand / Beirat |

Die Mitgliederversammlung ist das A und O, das Herzstück jeder Jahrestagung. Sie findet in zwei Teilen statt: Am Mittwoch- und am Donnerstagnachmittag. Die Tagesordnung wird vom Vorstand vorgeschlagen und kann aktuell ergänzt werden.

Tagungsstätte

Katholisch Soziales Institut der Erzdiözese Köln

Selhofer Straße 11, D - 53604 Bad Honnef

Tel.: 02224 / 955 – 0 Fax: 02224 / 955 – 100

E – mail: INFO@KSI.de HTTP: WWW.KSI.DE

Das Haus verfügt über Schwimmbad und Sauna.

Tagungshandy

Hans-Christian Heine 0177 - 311 27 48

Anreise am Sonntag, den 24. April 2005

Wer sich in der Umgebung umsehen will – die Städte Köln oder Bonn besuchen oder das Rheintal mit dem Siebengebirge kennen lernen möchte – kann bereits am Sonntag anreisen. Anreise bis 15 Uhr möglich!

Es entstehen dann extra Kosten in Höhe von 43,50 € für die Übernachtung mit Frühstück im KSI. Bitte gesondert auf der Anmeldung vermerken.

Exkursion am Mittwochabend

Lustvolle TheologInnen-Promenade mit Weinprobe. Bitte festes Schuhwerk mitbringen. Unkostenbeitrag 10,50 €

Tagungskosten

230,- € im Einzelzimmer mit WC und Dusche

200,- € im Doppelzimmer mit WC und Dusche

Alle Preise enthalten den Tagungsbeitrag und Vollpension.

Bitte vermerken Sie Ihren Zimmerwunsch auf der Anmeldung.

Die Zimmervergabe erfolgt nach der Reihenfolge der Anmeldungen.

Anmeldung

Die Anmeldung sollte bis 01. April 2005 mit dem gesondert beiliegenden Anmeldeformular erfolgen. Bitte schicken Sie das Formular an:

Pfarrer Hans-Christian Heine, Hirschberg 9, 58730 Fröndenberg

Bitte überweisen Sie den Teilnehmerbetrag und die eventuellen Exkursionskosten auf das Konto

141 100 der Evangelischen Konferenz für Gefängnisseelsorge bei der Evangelischen Darlehensgenossenschaft e. G. Kiel (BLZ 210 602 37) mit dem Stichwort Jahrestagung 2005.

Es erfolgt keine weitere Teilnehmerbestätigung. Falls eine kirchliche oder staatliche Kasse den Tagungsbeitrag bezahlt, bitte bei der Überweisung vermerken lassen, für wen bezahlt wird.

Abmeldung und Rückerstattung

Falls Sie Ihre Anmeldung nicht aufrechterhalten können, bitten wir um Nachricht bis spätestens 16.04.2005. Bei späteren Absagen berechnen wir Ausfallgebühren.

Anreise

Das Katholisch Soziale Institut ist zu erreichen:

Mit dem PKW:

Aus dem Norden kommend ab Köln über die A 59, die ab Bonn Beuel autobahnmäßig als B 42 fortgeführt wird.

Bis Abfahrt Bad Honnef, Asbach, Aegidienberg. Honnefer Kreuz, links Stadtmitte, Menzenberger Straße, Linzer Straße in die Selhofer Straße.

Aus dem Süden kommend über die A 3 (Autobahn Frankfurt / Köln) bis Abfahrt Bad Honnef / Linz; Richtung Bad Honnef Stadtmitte, Einfahrt in den Talbereich über die Schmelztalstraße – Hauptstraße, Linzer Straße, Menzenberger Straße, Karlstraße in die Selhofer Straße.

Mit der Siebengebirgsbahn:

Linie 66 aus Bonn (Bonn HBF) bis Endstation Bad Honnef, Siebengebirgsbahnhof, über Fußgängerbrücke, Alexander-von-Humboldt-Straße, Austraße, Bahnhofstraße, Am Wolfshof zur Selhofer Straße.

Mit der Bundesbahn:

Aus den Richtungen Köln und Koblenz bis Bahnhof Bad Honnef; über Honnefer Kreuz, Menzenberger Straße, Linzer Straße in die Selhofer Straße.

Konferenz

Aus Vorstand und Beirat

Von Heinz-Dieter Bethkowsky-Spinner, Köln

Vom 19. bis 20. Januar 2005 fand im Kirchenamt der EKD in Hannover die „Konferenz der Verantwortlichen für Sonderseelsorge in den Gliedkirchen der EKD“ statt. Ein Tagesordnungspunkt war die Information zur neuen Struktur in der Gefängnisseelsorge. OKRin K. Schubert berichtete vom Umzug der Geschäftsstelle der Gefängnisseelsorge ins Kirchenamt nach Hannover in das Sekretariat von Frau H. Rojewski. Sie erläuterte, dass der Vorstand der Konferenz jetzt bei inhaltlichen Fragen stärker als bisher mitwirken werde; juristische Beratung geschehe durch Herrn OKR Dr. Eibach im Kirchenamt oder - vor allem bei Kontakten ins Bundesministerium der Justiz – durch das Büro des Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesregierung in Berlin. Die Vernetzung ins Kirchenamt und die Begleitung der Arbeit der Konferenz liege bei OKRin Schubert selbst.

Vom Vorstand war H.-D. Bethkowsky-Spinner aus Köln nach Hannover gekommen. Er dankte für die Unterstützung der „Konferenz der Verantwortlichen für Sonderseelsorge“ im Prozess der Überlegungen zur Zukunft der Stelle des Beauftragten. Er stellte mit dem Ende der Ratsbeauftragung für Gefängnisseelsorge einen Kompetenzverlust fest und benannte die erhebliche Mehrbelastung für den Vorstand, der ehrenamtlich arbeitet. Er beschrieb Überlegungen von Vorstand und Beirat, den Vorstand um zwei zu kooptierende, beratende Mitglieder zu erweitern, die sich besonders um die Öffentlichkeitsarbeit und um die rechtspolitische Entwicklung für die Gefängnisseelsorge kümmern sollen. Er begrüßte im Namen des Vorstandes die Verstärkung der Haushaltsmittel der Konferenz für 2005 und berichtete davon, dass die Idee an den Vorstand herangetragen sei, eine hochrangige ehrenamtliche Verbindungsperson

aus dem Rat für die Gefängnisseelsorge zu finden. Die Arbeit an „Leitlinien“ für die Gefängnisseelsorge sei – zunächst in einzelnen Regionalkonferenzen - in Arbeit.

Die neu strukturierte Verbindung der EKD mit der Gefängnisseelsorge zeigte sich dann auch bei der „Frühjahrssitzung“ des Vorstandes vom 31. Januar bis 1. Februar und von Vorstand und Beirat vom 1. bis 2. Februar 2005 in Hannover. Frau OKRin Schubert konnte einen guten Teil der Vorstandssitzung begleiten. Vorstand und Beirat tagten am 2. Februar im Kirchenamt am Ort der Geschäftsstelle und konnten sich auch dort über die zeitweise Teilnahme von Frau Schubert freuen.

Am Abend des 1. Februar wurde die Gelegenheit genutzt, ein Gespräch zwischen Vorstand und Beirat und der Sekretärin in der Geschäftsstelle, Frau Rojewski, zu führen.

Inhaltlich beschäftigten sich Vorstand und Beirat hauptsächlich mit der auf der Mitgliederversammlung Bundeskonferenz 2005 in Bad Honnef vorzuschlagenden *Erweiterung des Vorstandes* durch zwei beratende Mitglieder und um eine – ebenfalls der Mitgliederversammlung vorzuschlagende – *Satzungsänderung* des § 8, Absatz 3, mit dem Ziel, zu ermöglichen, dass Vorstandsmitglieder nicht nur einmal, sondern zweimal wiedergewählt werden können. Das Argument für diesen Satzungsänderungsvorschlag ist, in der Zeit des Umbruchs, in der sich die Konferenz befindet, Kontinuität zu sichern, die bisher durch den Beauftragten der EKD geleistet wurde.

Auf Anregung von Frau OKRin K. Schubert sprachen sich Vorstand und Beirat dafür aus, dass mit interessierten DezerentInnen aus den Landeskirchen, Mitgliedern des Vorstandes und Beirates und der Konferenz im Ganzen und evtl. anderen fachkompetenten Menschen eine *Arbeitsgruppe* gebildet wird, die „Leitlinien“ für die Gefängnisseelsorge (ähnlich den Leitlinien für die Krankenhausseelsorge) unter Hinzuziehung der bereits vorhandenen EKD-Denkschrift zur Gefängnisseelsorge entwickeln soll. Die Positionierung von Gefängnisseelsorge innerhalb eines zukünftigen Gesamtbildes von Evangelischer Kirche in Deutschland als Dienst der Kirche an der Gesellschaft und originärem Auftrag Jesu ist zu beschreiben. Frau

OKRin Schubert wird zu diesem Arbeitskreis einladen.

Der Vertreter der Konferenz in der „Ev. Konferenz für Straffälligenhilfe“, Günter Karger aus Kassel, verabschiedete sich in dieser Funktion (und allgemein aus dem Beirat), weil er im Herbst in den Ruhestand geht. Vorstand und Beirat dankten G. Karger herzlich. Für ihn gilt es, eine(n) NachfolgerIn zu finden.

Vorstand und Beirat kommen das nächste Mal zusammen, um die Bundeskonferenz in Bad Honnef (Rheinland) vom 25. – 29. April 2005 zu begleiten.

von Personen

Gestorben

Wir gedenken der in den letzten Monaten verstorbenen (ehemaligen) Kollegen

Friedrich Victor Peter

Pfarrer i.R.

zuletzt tätig in Konstanz und Singen

*13.05.1923

† 10.11.2004

Hansjörg Pfisterer

Pfarrer i.R.

Zuletzt tätig in Pforzheim, Rastatt und
Sachsenheim

*09. 01. 1931

† 24. 12. 2004

Aus den Regionen

„Freigang“

Theaterprojekt mit Gefangenen

Von Traugott Simon, Landsberg am Lech

Ein „starkes Stück“ haben Christian, Jens und Wolfgang, drei Gefangene aus der Justizvollzugsanstalt Landsberg, den Theaterbesuchern des Landestheaters Schwaben auf der Forum-Bühne Am Schweizerberg in Memmingen geboten. Ein starkes Stück haben sie zusammen mit drei Schauspielern unter Leitung des Regisseurs Matthias Eberth sich und den Theaterbesuchern geleistet. In zäher, mühevoller Schreib- und Probenarbeit haben sie vier Monate lang sich zusammengerauft und geschuftet, bis ein Theaterabend „stand“, den ich so schnell nicht vergessen werde.

Sie sollten dem Publikum ihre Lebensgeschichten und die Geschichte ihrer Straffälligkeit erzählen. Und in der Collage ihrer Beiträge sollten die Zuschauer „begreifen“, was „Gefängnis“, Eingesperrtsein in einer Justizvollzugsanstalt, real ist und wie es auf die Gefangenen wirkt.

Was sie zu sagen und darzustellen hatten, war umso beeindruckender, als die drei nie zuvor etwas mit einem Theater zu tun hatten. Als ein vierter Gefangener, der eigentlich mitspielen sollte, ausfiel, weil er die Gelegenheit beim Schopf packte, seine Lehre fortzusetzen, las kurzerhand ein Schauspieler seine Texte vor. Ein mannsgroßes Holzgerippe bewegte sich dazu.

Eineinhalb Stunden lang ohne Pause geht es Schlag auf Schlag. Das Stück ist textlastig. Es lebt von den Texten und von der Art, wie sie vorgetragen werden: messerscharf und doch traurig, anklagend und schonungslos, distanziert und doch zugleich höchst engagiert.

Über den drei Gefangenen, die auf schwarz ausgekleideter Bühne weit voneinander weg einzeln für sich stehen, thronen zwei in Schwarz gekleidete Schauspieler. Der eine von beiden trägt monoton jeweils einschlägige Geset-

Dem Knast kunstvoll »entfliehen«

LTS-Projekt »Freigang« beeindruckt Publikum – Aufführung demnächst auch in Landsberg

Von ANJE SONNLEITNER
Memmingen/Landsberg – Der ehemalige Münchener Kammer-spiel-Schauspieler Matthias Eberth konfrontiert in dem Stück »Freigang« die Zuschauer weder mit knallharten Jungs, noch mit reumütigen Schafen: Das eigentlich Überraschende an dieser brandaktuellen theatralen »Begegnung« mit Menschen, die einer gesellschaftlichen Randgruppe angehören, ist deren Normalität: Menschen wie du und ich, mit ihren Verdrängungsmechanismen, Ängsten, Projektionen und Schuldzuweisungen.

Dunkle Stahlstreben deuten Gefängnisgitter an, teilen Britta Lamers Bühnenbild parzellenartig in Aktions- oder besser: Passionsräume ein. Schwarze Boxen links und rechts im dunklen Hintergrund markieren eine zweite Handlungs- beziehungsweise Reflexionsebene, die der Rezitation von Texten vorbehalten ist: Bleich geschminkt und statisch wie Götzenbilder werden die LTS-Schauspieler André Stuchlik und Peter Höschler dort im Wechsel Paragraphen aus Geset-

zesbüchern und lyrische Texte von Gefangenen vortragen.

Doch vorerst sitzt nur ein einsamer Mann auf der Bühne (der sich bald als Christian vorstellen wird) – untermalt von Kontrabassklängen (Michael Schöne), die jäh durch Knast-Akustik vom Band (kaltes Schlüsselgeklirr, ins Schloss fallende Stahltüren) unterbrochen werden. Die Zuschauer im fast ausverkauften Theater am Schweizerberg sahen sich bei der Premiere von »Freigang« mit einer recht bedrückenden Szenerie konfrontiert.

»Es hagelt Kritik«

Inhaltlich steht die Darstellung entmündigender Reglementierungen im Mittelpunkt von Szenen, die die Lebensberichte der drei Gefangenen aus der Justizvollzugsanstalt Landsberg umrahmen. Dass Entmündigung als Resultat mangelnder Sozialisation lebensgeschichtlich schon viel früher einsetzt, macht die szenische Einlage mit der Pappmaché-Puppe deutlich, der Jochen Ganzer seine Stimme leiht.

Eberth betont, dass seine Insze-

nierung keine Lösungen anbieten will, doch es hagelt Kritik an menschenunwürdigen Zuständen im Knast: Einmal im Monat dürfen die Gefangenen telefonieren. Eine organisatorische Frage bei rund 600 Häftlingen. Für sie sind vier Sozialarbeiter und zwei Psychologen zuständig.

Dass hier das eigentliche Defizit liegt und nicht etwa darin, dass nicht jeder Insasse einen Fernseher hat, wird dem Zuschauer klar, der die persönlichen Wer-

degänge mitverfolgt: Die teilweise etwas unbeteiligt, ja fast ungläubig dargebrachten, größtenteils selbst verfassten Texte von Jens, Stefan und Christian beschreiben, wie sie eine Gefahr für die »Gemeinschaft der Gesetzestreuen« wurden: Schwere Betrug an kranken Menschen, Handel mit Drogen... – keine Kavaliersdelikte und: Schuld ist die Gesellschaft.

Keinerlei Zensur

Irgendwie sei man an die falschen Leute geraten, »Alle verkennen mich, ich bin das unschuldige Opfer einer Vebrecherin«, meint einer. Ein anderer hingegen empfand die ehrliche Auseinandersetzung mit sich selbst als »schockierender« als den Vollzug. Er hat die Strafe als Chance begriffen, während sich der Dritte als Märtyrer gesellschaftlicher Selbstverleugnung sieht und gegen die Anmaßungen der Justiz und ihrer Handlanger wettet: »Ob der Justiz gefällt, was hier gesprochen wird, bezweifle ich«, bemerkt er. Doch diese zeigt sich liberal: Die JVA Landsberg hatte nicht nur kooperiert und keinerlei Zensur ausgeübt: Direktor Heinz Döschl war bei der Premiere anwesend und setzte sich gemeinsam mit JVA-Lehrer Ludwig Kaiser bei der anschließenden Diskussion bereitwillig mit den Fragen des Publikums auseinander. »Wir sehen auch vieles kritisch«, erklärte Kaiser – mehr dazu auf Seite 2 dieser Ausgabe im Interview mit dem JVA-Lehrer und Betreuer des Projektes.

»Man muss ihnen nicht alles abnehmen, dennoch ist das, was sie sagen authentisch«, so Regisseur Eberth über die drei Häftlinge, die sich für das Projekt gemeldet hatten – eigentlich nur, um aus der Isolation ihrer Zellen in der JVA Landsberg herauszukommen. Nichts sollte beschönigt werden, weder die Haftbedingungen noch die von Lebenslügen verstellte, zwischen Minderwertigkeitsgefühlen und Grandiosität schwankende Selbstdarstellung der Häftlinge. Durch das Projekt wurden sie mit ihren Rechtfertigungsstrategien konfrontiert – eine neue Art der Selbstwahrnehmung, die vieles verändert habe, sagt Eberth: Er sieht diesen »Freigang« als Schritt aus der Schuldfrage heraus zu mehr Eigenverantwortung.

Auch im Landsberger Stadttheater wird das Stück noch zu sehen sein – voraussichtlich Ende April oder Anfang Mai.

zestexte über Hofgang, Freigang und freies Beschäftigungsverhältnis, Zugangsuntersuchung usw. vor, der andere zitiert literarische Texte von Villon, Michel Foucault, Dostojewski u.a., aber auch Gefangenentexte, heruntergeladen von der Internetseite der Gefangenen aus der JVA Tegel. Die Mischung macht's.

Wolfgang erzählt von seinen Großbetrügereien. Er fühlt sich als Opfer seiner Mittäterin. Christian nimmt mehr die Haftbedingungen aufs Korn und schildert, wie seine Seele isoliert und gedemütigt ist. Jens berichtet, wie er zum Drogen-dealer wurde, dem immer mehr das Gefühl für die Drogenopfer verloren ging.

Im Gefängnisalltag sind die Aggressionen, die die drei teilweise schon mitbrachten, die aber teils auch erst in der Haft erzeugt wurden, unterdrückt und für mich, der ich »drinnen« arbeite und mich daran gewöhnt habe, kaum spürbar. Hier auf der Bühne liegen sie offen zu Tage. Aggression und Angst, Hoffnung und Illusion, Selbstbetrug und schonungslose Wahrheit springen auf den Zuschauer über (ich wundere mich nun weniger, warum ich oft abends aggressiv aus dem Gefängnis herausgehe). Und am Ende weiß er: In unseren Gefängnissen gehen Menschen vor die Hunde, außer vielleicht,

sie lassen sich auf solche Experimente ein wie auf die Entwicklung eines eigenen Theaterstücks.

Zum Verlauf des Theaterabends gehört die anschließende Diskussion im Theaterkaffee unbedingt dazu. Zuschauer fragen nach. Der Regisseur betont, er habe inhaltlich nicht eingegriffen und die subjektive Sichtweise der Gefangenen bewusst nicht in Frage gestellt. Übrigens versuchte auch die JVA an keiner Stelle Einfluss zu nehmen. In der Diskussion aber spielen die Gefangenen plötzlich wieder ihre alten Knastspiele und fallen in verschleiernde Taktiken zurück. Mir wird klar: Wahrheit und Echtheit bedürfen der Form und der Gestaltung. Eben dies hat das »starke Stück« »Freigang« ermöglicht.

An zehn Abenden im Januar 2005 sind Christian, Jens und Wolfgang aufgetreten. Das Landestheater Schwaben meldete nun ihr Stück für die Bayerischen Theatertage 2005 an, die im März in Bamberg stattfinden werden.

Jahrestagung 2006 in Schmochtitz

Von Martin Stegmann, Dessau

Am 2. und 3. November 2004 trafen sich Kolleginnen und Kollegen aus den sächsischen und sachsen - anhaltischen Gefängnisseelsorgekonventen, um die Bundeskonferenz vom 8. - 12. Mai 2006 vorzubereiten. Dabei fanden wir uns schon einmal in wunderbarem Ambiente des Bischof – Benno - Hauses ein, in dem auch die Konferenz stattfinden soll. Sowohl die Einrichtung wie auch das landschaftliche Umfeld in sanfter Hügellandschaft der Lausitz wirkten anregend. So war auch die Atmosphäre unter uns heiter und herzlich, aber auch nicht weniger konzentriert und ergiebig. Besonders schön war, dass wir, vor allem im Blick durch den neuen "Ost - Anbau" am Europäischen Haus, von den Kollegen Eva Antala aus der Slowakei und Ales Jaluska aus Tschechien unterstützt wurden. Die Idee war auf der letzten Bundeskonferenz auf unserem Regionalkonvent geboren und dort bereits angedacht worden. Leider musste der polnische Kollege wegen zahlreicher Verpflichtungen absagen, signalisierte aber weiterhin Bereitschaft.

Nach ausgiebiger Aussprache konturierte sich das Thema: „**Du füllst des Lebens Mangel aus**“, ein Zitat aus dem Lied ‚Ich singe dir mit Herz und Mund‘. Wir möchten damit zum Ausdruck bringen, dass wir uns der vielfältigen, defizitären Situation in und um den Strafvollzug bewusst sind. Diskutiert haben wir Zusammenhänge zwischen Armut und Kriminalität, die dürftige Situation im background der Seelsorge, wie Hilfseinrichtungen nach der Entlassung,

Übergangsheime, Haftvermeidungsprogramme, gewachsene Ehrenamtlichenstrukturen im Westen, die wachsenden Zahlen der russisch - deutschen Inhaftierten, die Sparzwänge - vor allem im Osten, die Unkenntnis und der Unmut der Bevölkerung vor allem in den neuen Bundesländern bezüglich Justiz und Justizvollzug. Dazu kamen die niedrige, ja fast nicht vorhandene Akzeptanz für unsere Arbeit, die doppelte Fremdheit der Entkirchlichung der Gesellschaft als Spezifikum in ostdeutschen Vollzügen (vor allem als „Sprachproblem“ im Gottesdienst) und unsere Dienstaufteilungen mit dem Primat der Parochialgemeinde. Die riesige Liste wurde durch die Fragestellungen von Eva und Ales erweitert: Hier der Arbeitsschwerpunkt mit (bei



Vorbereitungsteam vor dem Bischof - Benno - Haus in Schmochtitz. Von rechts nach links: Eva Antala, Slowakische Republik, Gabriele Sommer, JA Raßnitz, Erika Müller, JVA Chemnitz, Antje Siebert, JVA Dresden, Christian Beyer, JVA Torgau, hinten: Heinz Schmiedel, JVA Chemnitz, unten kniend: Ales Jaluska, Tschechische Rep., Waldemar Matke J(V)A Spremberg, Jens Walther JVA Stendal, Hanna Haupt JVA Halle und Martin Stegmann.

ihnen noch so genannten) Zigeunern, dort der Versuch, die gesellschaftliche Stigmatisierung von Entlassenen durch vorübergehende Unterbringung in einer kirchlichen Behinderteneinrichtung zu umgehen.

Neben all den Problemen wuchs der Gedanke, sich geistlich und spirituell verorten zu können. Das bedeutete für uns, nicht nur "Probleme zu wälzen" oder sich von der ganzen Last und Ohnmacht, die diese Probleme auslösen nicht erdrücken zu lassen, sondern auch perspektivisch mit den Kolleginnen und Kollegen, die diese Tagung 2006 wahrnehmen werden, arbeiten zu können.

So stand da auf einmal der Begriff "Zukunftswerkstatt" im Raum. Anhaltspunkte sollen Psalm 23 und 1. Korinther 12 bieten. Vorträge und Arbeitsgruppen sollen nach diesem Prinzip angeboten und gestaltet werden, damit das "Du", welches unsern Mangel ausfüllt, auch Gestalt und Raum gewinnen und lebendig werden kann.

Ich hoffe im Namen des Teams, dass wir mit diesem Artikel neugierig machen. Konstruktive Anregungen sind sehr erwünscht. Daher bringe eure Vorschläge mit nach Bad Honnef oder schreibt sie Heinz Schmiedel oder mir, damit wir sie berücksichtigen können.

Multi – Faith in Prison

Zu Besuch bei Prison chaplains der Diözese Lichfield (Church of England) vom 19. bis 26. November 2004

Von Helge Hoffmann, Bützow

Hinter dem Tresen der Essensausgabe stehen vier junge Männer, uniformiert durch ihre grauen Anstaltssweatshirts.

Sie mustern uns mit neugierigen Blicken als wir gemeinsam mit ihrer Seelsorgerin Mrs. Newsome den Speisesaal von „Ihrer Majestät Jugendgefängnis“ Stoke Heath betreten. Schnell macht sich einer zum Sprecher der kleinen Gruppe. Und nachdem Jane uns als Kollegen aus Deutschland vorgestellt hat, stellt er auch gleich die Frage, die wir in dieser Woche noch oft von Gefangenen hören: „Sind die Gefängnisse in Deutschland besser oder schlechter als in England?“ Die Frage ist gar nicht leicht zu beantworten, auch weil wir genau spüren, dass als Antwort erwartet wird, die Gefängnisse in Deutschland seien besser. Da steckt noch etwas hinter der Frage: Der Wunsch der Gefangenen, uns wissen zu lassen, dass sie mit ihrem Gefängnis unzufrieden sind. Wir merken gleich: Auch wenn der Strafvollzug in England anders organisiert ist, die Gefangenen in ihren Bedürfnissen sind dieselben wie in Deutschland.

Die erfreulich lebendige Partnerschaft zwischen der Ev.-Luth. Landeskirche in Mecklenburg und der Church of England-Diözese Lichfield (bei Birmingham) hatte uns die Einladung nach England beschert. Schon im Sommer war Jane Newsome eine Woche in Mecklenburg zu Gast und hatte sich u. a. über unsere Arbeit in der JVA Bützow informiert. Nun bot sich uns die

Gelegenheit zu einem ausführlichen Gegenbesuch.

In England wird jährlich in der Woche vor dem 1. Advent von den christlichen Konfessionen und Organisationen die „prisons week“ (Woche des Gefängnisses) veranstaltet. Ehrenamtlich und hauptamtlich in der Gefängnisseelsorge Tätige geben in Gesprächsrunden und mittels Ausstellungen Einblick in ihre Arbeit. Es finden Gottesdienste und Konferenzen zum Thema statt. Wir waren zur richtigen Zeit am richtigen Ort!



Die Kathedrale von Lichfield

Unsere Gastgeber hatten für uns ein dickes Programmpaket geschnürt. Dazu gehörte die Teilnahme an der eintägigen (!) englischen Generalkonferenz der Gefängnisseelsorge 2004 in Birmingham. Eindrucksvoll wurde uns hier das „multi-faith“-Konzept der Gefängnisseelsorge in England vor Augen geführt. Schon äußerlich wurde das deutlich, denn vielen konnte man ihre religiöse Herkunft schon an der Kleidung ansehen: Eine bunte Vielfalt. Buddhisten, Christen, Hindus, Juden, Mormonen, Muslime, Sikhs u. a. hatten ihre SeelsorgerInnen gesandt. Unser Eindruck auf der Konferenz

war, dass diese Vielfalt leider zu Lasten des theologischen Profils geht. Strittige Themen wurden (aus Rücksicht auf die Kooperation?) nicht angesprochen. Auch bei der Arbeit in Kleingruppen ging es theologisch nicht in die Tiefe. Man konzentrierte sich auf Themen der praktischen Zusammenarbeit. Die gelingt wohl auch oft.

Wir durften verschiedene Gefängnisse von innen kennen lernen. Und vieles wirkte tatsächlich schlechter als in den uns bekannten deutschen Gefängnissen. Äußerlichkeiten: Die Hafträume sind selbst in Neubauten kleiner. Fenster lassen sich nicht öffnen, stattdessen gibt es Lüftungsschlitze. Oft gibt es keine Schamwände (auch

bei Doppelbelegung und obwohl in den Räumen gegessen wird). Selbst die Räume, in denen die SeelsorgerInnen Einzelgespräche führen, haben Sichtfenster. Wir sahen „Frei“-höfe, die an das Auslaufgehege einer Hühnerfarm erinnerten.

Andererseits staunten wir darüber, wie gut die Aussichten sind, eine Arbeit zu bekommen (auch für U-Häftlinge). Auch ist das Bewusstsein für Themen wie Rassismus und Mobbing unserer Wahrnehmung nach größer.

Zu den bedrückendsten Erlebnissen der Reise gehörte unser Besuch in „Dovegate“, einem Gefängnis in privater Hand. Ein anschauliches Beispiel dafür, wie wenig Raum der Seele noch bleibt, wenn die Minimierung von Kosten alles bestimmt.

Immer wieder hatten wir Gelegenheit, uns mit den SeelsorgerInnen vor Ort zu unterhalten und ihre „multi-faith-centre“ (= die Räume der Seelsorge) anzusehen.

Neidisch wurden wir, als wir sahen, wie viele Ehrenamtliche in der Gefängnisseelsorge mitarbeiten. Sie sind voll integriert - wir trafen sie auch auf den Konferenzen. Ohne sie wäre das große Engagement und die Programmviefalt im Angebot der Gefängnisseelsorge (von „Unterwegs mit Shackleton“ über „Vater - Sein“ bis zu „Dekorieren mit Blumen“) gar nicht zu leisten.

Wir nahmen kritisch wahr, wie eng die Kooperation zwischen der staatlichen Institution und der kirchlichen Arbeit in England ist. Viele SeelsorgerInnen sind Staatsangestellte. Sie haben innerhalb des Gefängnisses bestimmte Pflichten zu übernehmen und müssen darüber auch Rechenschaft ablegen. Sie sind anderen Gefängnismitarbeitern gegenüber (in Maßen) berichtspflichtig. So ist die Seelsorge durchaus auch im guten Sinne mehr in die Institution „Gefängnis“ integriert. Wir fanden es trotzdem nicht nachahmenswert.

Die Frage der (Wieder-) Eingliederung entlassener Strafgefangener („Resettlement“) spielte in der Woche immer wieder eine Rolle. In England gibt es neuerdings den vielversprechenden

Versuch, durch community-chaplains regional Verbindungen zwischen den Gemeinden innerhalb und außerhalb der Mauern herzustellen und für Haftentlassene Kontakte zu Kirchengemeinden zu knüpfen. Wir haben sogar den leibhaftigen community-chaplain Steve Vincent kennen gelernt. Die Arbeit ist allerdings noch im Aufbau. Es wird interessant sein, in einiger Zeit zu erfahren, ob sie Früchte trägt.

Wir durften in England eine sehr intensive und bereichernde Woche erleben. Wir erhielten einen Eindruck davon, wie GefängnisseelsorgerInnen in England arbeiten. Dabei waren wir in Gedanken oft bei unserer Arbeit in Deutschland und haben hierfür viel gelernt. Der Besuch war getragen von der herzlichen Gastfreundschaft, die uns überall begegnete und

gewürzt durch das exzellente(!) englische Essen. Die Bitternis mancher

Erfahrung wurde oft gebrochen durch einen guten Schuss englischen Humor. Wir haben schöne und beeindruckende Gottesdienste gemeinsam gefeiert.

Wir hoffen, dass die kleine Pflanze dieser konkreten Partnerschaft zur Gefängnisseelsorge der Church of England weiter wächst. Die Anbindung an die Mecklenburg-Lichfield-Partnerschaft ist von Vorteil. Sie bietet schon jetzt persönliche Kontakte, die als Motor dienen. Vielleicht ist es später auch möglich, über eine Ausweitung nachzudenken und andere Interessierte (z. B. aus deutschen Ballungsgebieten, die mehr strukturelle Gemeinsamkeiten mit der Industrieregion Birmingham haben) mit ins Boot zu nehmen.

Die Frage, die mir an meinem ersten Arbeitstag nach der Englandreise übrigens am häufigsten gestellt wurde lautete: „Sind die Gefängnisse in England besser oder schlechter als in Deutschland?“ - Nicht zuletzt den vielseitig bedürftigen Gefangenen sind wir es schuldig, unseren Dienst so gut wie möglich zu machen. Unser Eindruck war, dass eine Partnerschaft ein gutes Werkzeug ist, die Arbeit zu verbessern.



Community-chaplain Steve Vincent
(2. v. l.) bei der Arbeit.

Schuld als Problem der Gefängnisseelsorge

Von Manfred Josuttis, Friedland

Den folgenden Vortrag hielt Prof. Dr. Manfred Josuttis bei der Verabschiedung von Lothar Finkbeiner im letzten Jahr. Er kam auf Umwegen zum Mitteilungsblatt und ist - nach Diktat geschrieben - gerade noch rechtzeitig für diese Ausgabe fertig geworden. Die angebotene Klarheit der Gedankenführung wird sicher für alle Leserinnen und Leser anregend sein. Eigentlich war die Freigabe des Vortrags mit der Bitte verknüpft, auch die Predigt von Lothar Finkbeiner abzudrucken. Die aber liegt bis heute nicht schriftlich vor. Der Vortrag ist nur um einen Absatz gekürzt, der für das Verständnis nicht notwendig ist, sondern sich direkt an den zu Verabschiedenden wandte. Der Vortragsstil ist beibehalten. (mh)

Lieber Herr Finkbeiner, Sehr geehrte Damen und Herrn!

Zunächst muss ich in zweifacher Hinsicht um Entschuldigung bitten. Ich habe ein Thema gewählt, gewiss nach Rücksprache mit Herrn Finkbeiner, das für evangelische Geistliche im Gefängnis eher beschwerlich ist. Und außerdem muss ich Sie alle jetzt mit einer etwas heiklen Frage behelligen: Wer in diesem Haus, wer unter den hier Anwesenden ist eigentlich schuldig? Und wer auf der anderen Seite ist wirklich schuldlos? Natürlich erwarte ich keine Antwort von Ihnen. Eine angemessene Antwort auf diese sehr persönlichen Fragen ist ja eigentlich auch kaum möglich. Einzelne in diesem Raum sind schuldig gesprochen. Einige fühlen sich unschuldig, obwohl sie verurteilt sind. Andere wiederum fühlen sich schuldig, obwohl es kein offizielles Verfahren gegen sie gibt. Ich selbst habe mich entschuldigt, weil ich

Sie mit solchen peinlichen Fragen überfallen habe. Und mir ist in den Vorüberlegungen aufgefallen, dass ich eine solche Aussage in doppelter Weise formulieren kann. Ich kann mich selbst entschuldigen – und ich kann andere um Entschuldigung bitten. Zwischen beiden Aussagen, die die selbe Sache behandeln, besteht ein gewaltiger Unterschied. In einem Fall entsorge ich selber die Schuld, mit der anderen Formulierung bleibe ich auf die Hilfe von anderen angewiesen.

In vielen Szenen aus dem Alltagsleben wird deutlich: Schuld weckt Entsorgungsbedarf. Einen Schuldvorwurf darf man nicht auf sich sitzen lassen. Ein schuldhaftes Benehmen in gesellschaftlichem Kontakt sollte man schnellstens durch eine Entschuldigung aus der Welt schaffen. Gegen Ende von Beziehungsgeschichten werfen Menschen sich gegenseitig das vor: Du bist schuld! Du hast mir dies und das angetan! Du bist mir wichtige Dinge schuldig geblieben! Und auch im finanziellen Bereich müssen wir darauf achten, dass uns die Schulden nicht über den Kopf wachsen.

Durch Schuld geraten Menschen mindestens in eine unangenehme, oft sogar in eine gefährliche Situation. Und aus dem Feld, das von der Schuld gebildet wird, muss man offensichtlich ganz schnell heraus. Deshalb ist es auch so schwierig, Schuld anzuerkennen und für sich selbst zu übernehmen. Das hängt sicher damit zusammen, dass Schuld auf jeden Fall etwas kostet. Sie kostet die Bitte um Entschuldigung, wodurch ich zugebe, einen Fehler begangen zu haben. Sie kostet eine Geldbuße im Straßenverkehr und damit verbunden die Erhöhung der Versicherungsprämie. Evtl. kostet sie die Zeit eines Lebens in einer Vollzugsanstalt, früher in manchen Fällen sogar das Leben selbst.

Was auch immer Schuld sein mag, wie auch immer man dieses Wort definiert – Schuld ist ein schwieriges Thema, weil das Geschehen von Schuld sofort etwas nach sich zieht. Schuld kostet Strafe. Die kann gering sein. In der Entschuldigung gebe ich einen Fehler zu – nach einer Verurteilung werde ich eingesperrt. Und selbst dort wo für mein Handeln keine direkte Strafe droht, kann ich schuldig werden. Als Hochschullehrer habe ich mehr als 30 Jahre lang in wissenschaftlichen Examina Urteile gespro-

chen. In manchen Fällen ging es dabei durchaus um Entscheidungen, die für das weitere Leben der Kandidaten erhebliche Bedeutung hatten. Wenn jemand zum 2. Mal zur Prüfung angetreten war und es dennoch nicht zu schaffen drohte, dann fiel es schon schwer, die richtige Wahl zwischen „ausreichend“ und „mangelhaft“ zu treffen. Und ich bin mir einigermaßen sicher, dass mein Urteil nicht immer richtig gewesen ist.

Weil Schuld schon im Alltag nicht leicht zu übernehmen ist, ist sie auch im Gefängnis nicht einfach zu besprechen. Die Seelsorge in diesem Haus kann sich nicht mehr als Amtsgehilfin einer Obrigkeit verstehen, die jedenfalls in früheren Zeiten eine einfache Sanktionierung ihrer Strafmaßnahmen von der Kirche erwartet hat. Heute ist das sicherlich nicht der Fall. Sie kann sich aber trotz aller Schwierigkeiten auch die Auseinandersetzung mit diesem Phänomen im Gespräch mit den Gefangenen nicht ersparen. „Gott liebt die Mörder“ - diesen Satz eines Gefängnispfarrers, den ich vor Jahren in der Zeitung gelesen habe, habe ich nicht mehr vergessen. Da wird eine schreckliche Schuld, die in der Zerstörung eines Menschenlebens besteht, mit einer scheinbar evangelischen Aussage einfach überrollt. Seelsorgerliche Arbeit muss gewiss voller Liebe vollzogen werden, aber sie darf sich den beschwerlichen Weg durch die Schuld nicht ersparen. In den folgenden Überlegungen möchte ich kurz und skizzenhaft vier Aspekte ansprechen, die den Umgang mit Schuld im Gefängnis für unsere Generation komplexer und komplizierter gemacht haben. Dabei geht es zunächst um zwei sozialpsychologische Einsichten und dann um zwei theologische Positionen.

Die sozialpsychologische Relativierung von Schuld

In der seelsorgerlichen Arbeit mit Gefangenen wird immer wieder bestätigt, was zu den elementaren Einsichten der sozialpsychologischen und kriminologischen Forschung gehört: Menschen geraten in eine kriminelle Karriere häufig durch familiäre Voraussetzungen und soziale Milieus, die ihnen für eine bürgerliche Entwicklung wenig Chancen lassen. Die wichtigsten Einsichten sind bekannt: das zerbrochene Elternhaus, die falschen Freunde, schulisches

Versagen, sich steigender Drogenkonsum führen in eine Laufbahn, durch die die Frage nach der persönlichen Schuld erheblich relativiert wird.

An allen Handlungen, die Menschen begehen, und eben auch an kriminellen Taten sind immer eine Vielzahl anderer Menschen beteiligt: die Personen der Erziehungsgeschichte, die Bekannten im sozialen Umfeld, gesellschaftliche Entwicklungen, die nach unten oder nach oben führen und die den Einzelnen in ausweglose Situationen oder geachtete Positionen führen. Im Guten wie im Bösen ist eine Person mit ihrer Biographie immer eingebettet in die Geschichte und in die soziale Umwelt. „In Geschichten verstrickt“ - so lautet der Titel eines philosophischen Buches von W. Schapp, einem Anwalt. Er zeigt dort, dass es in der Moderne zwei Klassen von Menschen gibt: Menschen, die in mehr oder weniger gute Lebensläufe eingebunden sind, und andere, die ihnen bei der Verarbeitung ihrer Lebensgeschichte zu helfen versuchen, etwa Anwälte, Therapeuten und Seelsorger. Wenn jemand schuldig geworden ist, stellt sich die Frage nach seiner Verantwortlichkeit. Ist es gerecht, ihm diese Schuld zuzurechnen, oder ist er „unzurechnungsfähig“?

In diesem Sinn enthält jedes Strafurteil über eine Person auch eine Anerkennung. Der Täter wird als mündiger Mensch respektiert, bei aller Beachtung seiner schwierigen Lebensgeschichte. Ein Täter hat vielleicht verantwortungslos gehandelt, aber er ist kein unmündiges Kind und kein unzurechnungsfähiger Kranker. Es gehört zur Tragik vieler Tätergeschichten, dass die Gesellschaft diesen Menschen erst jetzt als Subjekt beachtet, um ihn alsbald in vielen Fällen auch zu verachten.

Die Seelsorge ist an solches Schuldurteil nicht prinzipiell gebunden. Das staatliche Gericht ist mit dem Gottesgericht nicht identisch. Aber wer im seelsorgerlichen Gespräch zu einem eigenen Urteil über den Gefangenen kommen will, muss wissen, was er tut. Jede Entschuldigung eines anderen enthält immer auch dessen Entmündigung. Er hat es nicht so gemeint. Er hat nicht anders gekonnt. In der Seelsorge mit Gefangenen wird es wahrscheinlich ähnlich laufen, wie in der Eheberatung nach einer Scheidung. Am Anfang sagen die Betroffenen immer: Der/die

Andere ist schuldig. Am Ende kommt es in der Regel zur Entdeckung und Übernahme der eigenen Schuldanteile. Es gibt keine schuldlosen Menschen in diesem Raum. Es gibt auch keine schuldlosen Menschen in einer Zelle, selbst wenn dort ein unschuldig Verurteilter sitzt.

Die sozialpsychologische Relativierung der Strafe

Die Arbeit an der Schuld im seelsorgerlichen Gespräch wird heutzutage auch erschwert durch das zweite Element, das in diesem Zusammenhang auftaucht: die Strafe.

Warum denn Strafe und Strafvollzug? In der aufgeklärten Gesellschaft geht es doch seit langem um Resozialisierung, um Rückführung in die bürgerliche Gesellschaft, um das nachträgliche Erlernen und Verstärken sozialer Kompetenzen, die in der Familienerziehung nicht vermittelt worden sind. Pfarrer und Gemeinden haben sich schon immer darum bemüht, straffällig gewordenen nach Ablauf ihrer Strafe eine Rückkehr in die bürgerliche Welt zu erleichtern. Und das ist gewiss sinnvoll und notwendig, dass dieser Aspekt der Rückkehr im Strafvollzug nicht vergessen wird. Aus zwei Gründen bin ich skeptisch, dass dieses Resozialisierungsziel das einzige Element bildet, das den Strafvollzug faktisch begründet. Einerseits ist dieses Ziel nämlich sehr anspruchsvoll und auf der anderen Seite wäre es bei bestimmten Tätertypen auch gar nicht nötig.

Das sozialpsychologische Resozialisierungsprogramm ist ja im Kern eine Analogie zum religiösen Bekehrungsprogramm, jetzt in weltlicher Gestalt. Früher wurde vom Pfarrer auch im Gefängnis erwartet, dass er die Sünder zum Glauben führt. Jetzt verlangt man von allen Mitarbeitern im Gefängnis, dass sie straffällig gewordene Menschen zu gesetzestreuern Bürgern erziehen. Der Pfarrer hat dabei, wenn er sein Geschäft einigermaßen verstand, stets mit der Hilfe des heiligen Geistes gerechnet. Ohne einen solchen Beistand von oben führt ein solches Programm aber in vielen Fällen zu einer Überforderung aller Beteiligten. Aus alten Bekehrungsgeschichten weiß man, was herauskommt, wenn man sie nicht hart und konsequent genug durchführt. Belohnt werden Heuchler, Clevere, Anpassungsfähige, die sich schnell auf die neuen

Standards der Frömmigkeit einzustellen vermögen. Und ähnliches könnte in den nicht gut gelingenden Resozialisierungsgeschichten auch passieren.

In den vergangenen Jahrzehnten hat es daneben aber auch eine Gruppe von Tätern gegeben, die keine Resozialisierungsmaßnahme benötigt hätten. Die meisten, die wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden sind, waren längst wieder ehrenwerte und angesehene Mitbürger geworden, die in aller Ruhe von ihrer mehr oder weniger großen Pension gelebt haben. Ihre fortgesetzte Inhaftierung war ja eigentlich nur sinnvoll unter der Voraussetzung, dass es im Strafvollzug nicht nur um Resozialisierung geht, sondern auch um Sühne für begangenes Unrecht. Kann man auf Befehl, also scheinbar gesetzestreu, hunderte, tausende Menschen ermorden und dann unbehelligt weiterleben? Liebt Gott solche Mörder? Und auch in den großen Finanzverbrechen geht es ja in der Regel um Menschen, die an die Werte unserer Gesellschaft vielleicht sogar im Übermaß angepasst sind.

Die theologische Ausweitung von Schuld

Die Arbeit an der Schuld ist für die Seelsorger also schwierig, weil sozialpsychologische Einsichten zur Genese des Tätersverhaltens und sozialpsychologische Absichten zur Veränderung des Täterverhaltens, die Frage nach der Schuld nicht ausschließen, aber doch sehr stark relativieren. Das sind Probleme, die die Seelsorge mit anderen am Strafvollzug Beteiligten teilt. Hinzu kommen freilich auch Gesichtspunkte, die sich speziell aus der religiösen Perspektive, genauer gesagt: aus der biblischen Tradition ergeben.

Pfarrer/innen müssen mit einer Schuldverstrickung und Schuldverhaftung aller Menschen rechnen. An der Stirnwand dieser Gefängniskirche sehen Sie eine Szene aus dem Johannesevangelium. Eine Frau soll laut Gesetz wegen Ehebruchs gesteinigt werden. Und dann spricht Jesus den Satz, der hier auch zitiert ist: „Wer unter Euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein“ (Johannes 8, 7). Und ähnlich heißt es in der Bergpredigt: „Ihr habt gehört, dass zu den Alten gesagt ist: Du sollst nicht töten; wer aber tötet, der muss vors Gericht. Ich aber sage Euch:

Wer mit seinem Bruder zürnt, der muss vors Gericht“ (Matthäus 5, 21) Das ist eine ungeheure Ausweitung des Schuldfeldes. Nicht erst die äußere Tat, sondern schon die innere Regung, die Wut, der Ärger, der Wunsch machen einen Menschen zum Mörder. Der ins Gericht muss, und zwar ins göttliche Gericht, der also von Gott nicht geliebt wird. Wie kann man dann einige Menschen wegen einer Schuld verurteilen, wenn alle Menschen in vieler Hinsicht schuldig sind?

Hier muss man freilich differenzieren. Gewiss gilt: Alle, die in einer JVA arbeiten, sind nicht grundsätzlich bessere Menschen, als die, die sie zu versorgen, zu bewachen, zu begleiten haben. Für die Bibel sind alle Menschen gefangen unter der Herrschaft von Sünde und Schuld. Diese Gefangenschaft hat sich aber bei einzelnen Menschen manifestiert in besonders schuldbeladenen Handlungen. In denen, die einen Menschen getötet haben, ist in der Tat herausgekommen, was alle Menschen immer wieder als elementare Regung in ihren Gedanken heimsucht, der Wunsch nach dem Tod eines anderen. Seelsorge, und wohl auch andere Arbeit an Schuldigen, kann deshalb nie von oben herab erfolgen, sondern immer nur in Solidarität, in einer Solidarität freilich, die manchmal auch streng und energisch vorgehen muss. Die einen tragen ihre Schuld vielleicht unbewusst und ungeklärt lebenslang mit sich herum. Die anderen, die Verurteilten, haben die Chance, mit Hilfe von Seelsorge ihr Schuldigsein zu erkennen und anzunehmen. Das ist gewiss für die Betroffenen und für die, die sie begleiten, ein harter innerer Kampf. Aber es ist ein Kampf, der in die Freiheit führt.

Die theologische Begrenzung von Sühne

Auch zu dem zweiten Punkt, der die allgemeine Diskussion und dann auch die Seelsorge beschäftigt, zum Problem der Strafe, gibt es eine speziell theologische, ganz grundsätzliche Anfrage. Die Rede von der Sühne wird nicht nur rechtsphilosophisch, sondern auch theologisch, und zwar vom Zentrum der Theologie her in Frage gestellt. Bei Paulus heißt es: „Wozu das Gesetz keine Kraft hatte, worin es sich als zu schwach erwies, weil wir in uns selbst gefangen sind, das hat Gott vollbracht, in dem er seinen

eigenen Sohn in unser von der Sünde bestimmtes Dasein sandte, um uns von der Sünde zu befreien“ (Römer 8, 3). K. Barth hat diese Aussage für die Strafproblematik so zugespitzt: „Der Sühnetod Christi ist die eine, nur Gott mögliche und für alle Zeit, Menschen und Zeiten, ausreichende Wiedergutmachung“. Gott hat Sühne für alle Sünden geleistet, deshalb muss es und darf es im menschlichen Rechtswesen keine Sühnegedanken mehr geben. Im Blick auf das Kreuz von Golgata hätte dann auch jener Gefängnisseelsorger recht, der behauptet: „Gott liebt die Mörder“.

Eine Szene aus der Passionsgeschichte des Lukas kann deutlich machen, dass man auch an diesem Punkt differenzieren muss. Jesus wird mit zwei Verbrechern hingerichtet, der eine schmäh ihn: „Bist Du nicht der Christus? Hilf Dir selbst und uns“, der andere bittet ihn: „Denke an uns, wenn Du in Dein Reich kommst“. Und Jesus sagt zu ihm: „Wahrlich ich sage Dir: Heute wirst Du mit mir im Paradies sein“ (Lukas 23, 39 ff).

Jesus stirbt mit Verbrechern und für Verbrecher. Aber sein Sühnetod kommt denen zugute, die seinen Weg mit ihm gehen. Er übernimmt fremde Schuld, sie brauchen nur die eigene Schuld zu übernehmen und in seinem Namen um Gottes Barmherzigkeit zu bitten. Die Liebe Gottes, von der die Seelsorge überall und auch in der Zelle zu reden hat, diese Liebe besteht darin, dass er die Menschen nicht einfach nach ihren Taten und Untaten beurteilt. Gott liebt keine Mörder, aber er liebt auch Menschen, die gemordet haben und die sich von ihrer Tat dadurch trennen, dass sie sich in Reue dazu bekennen und die Folgen dieser Tat tragen. Auf diese Weise kann auch bei Gefangenen Freiheit entstehen. Freiheit, nicht durch die Verleugnung oder Verdrängung von Schuld, sondern durch die Befreiung von der Angst vor der Schuld. Schuld ist eine gefährliche Macht, aber ich kann sie im Blick auf das Kreuz ertragen. Nur ein freier Mensch kann jenen Satz wagen, zu dem die Seelsorge in allen Lebensbereichen Menschen zu führen hat: „Sei mir Sünder gnädig“ (Lukas 18, 13).

Schlussfolgerungen

Schuld ist eine Macht, die das Leben von Menschen beherrscht, wie Angst, Trauer, Krankheit, Leiden, Tod. Alle Menschen sind in vieler Hinsicht Gefangene dieser Schuld, das zeigt sich im Alltagsverhalten, das zeigt sich in einer JVA. Angst macht ängstlich. Trauer macht traurig, Krankheit macht krank, Schuld macht schuldig. Die Gefangenen einer JVA brauchen die Bearbeitung ihrer Schuld in besonderer Weise, weil sie von der Gesellschaft, in der sie leben, schuldig gesprochen sind. Wenn die Seelsorge dieses Phänomen mit Gefangenen nicht bespricht, dann ergibt sich daraus eine absurde Situation, wie wenn im Krankenhaus nicht über Krankheit und am Grab nicht über Trauer gesprochen würde. Eine andere Institution kennt wohl eine ähnliche Tabuisierung; im Altenheim ist es nicht sehr erwünscht, dass man über das Sterben redet. Das Thema Schuld betrifft alle, die in einer JVA arbeiten. Man kann auch an Schuldigen schuldig werden. Es betrifft aber besonders die, die für schuldig erklärt und als Schuldige gebrandmarkt sind.

Bei der seelsorgerlichen Arbeit an der Schuld wird man auf jeden Fall drei Unterscheidungen vollziehen müssen. Man muss unterscheiden zwischen den Einwirkungen von außen, aus Familie, Freundeskreis und Gesellschaft, die in die Schuld hineingetrieben haben, und den Entscheidungen der Person, die sich in einem entscheidenden Augenblick für diese Tat entschieden hat. Sie hat unter der Macht von Schuld vielleicht nicht anders gekonnt, sie hat auch von der Faszination durch Schuld her nicht anders gewollt, sie ist von dieser Macht überfallen worden und hat sich dieser Macht überlassen. Ein Täter ist durch seine Tat unter die Herrschaft von Schuld geraten, ist aber auf diese Weise nicht nur zum Opfer, sondern auch zum Täter geworden.

Zweitens muss man aber in der Seelsorge auch unterscheiden zwischen dem menschlichen und dem göttlichen Urteil. Ein Verurteilter ist kein Verdammter. Er ist nicht gottlos, sondern in mehr oder weniger großem Umfang gesetzlos geworden. Das Gesetz soll das Leben unter den Menschen einigermaßen friedlich gestalten. Auch die Moral, die unter Theologen nicht immer besonders geschätzt wird, hat diese grund-

legende Aufgabe, selbst wenn sie viele Heuchler produziert. Wer gegen das Gesetz in der Gemeinschaft verstößt, nimmt Schuld auf sich, auch wenn er selbst an Gott glaubt und zu Gott betet. Aber auch die, die ohne ein Gerichtsurteil durchs Leben laufen, müssen damit rechnen, dass Jesus im letzten Gericht sie auf die linke Seite einreihet und ins Verderben schickt: „Ich bin krank und im Gefängnis gewesen und Ihr habt mich nicht besucht“ (Matthäus 25, 43).

Schließlich ist noch eine dritte Unterscheidung wichtig, die zwischen menschlicher Strafe und göttlicher Vergebung. Wer sich vor Gott zu seiner Schuld bekennt, dem kann sie im Namen Gottes vergeben werden. Ein Abglanz dieser göttlichen Macht findet sich auch im weltlichen Recht dort, wo Straftäter bei besonderen Anlässen oder nach einer bestimmten Zeit begnadigt werden. Durch göttliche Vergebung wird ein Mensch frei. Frei für seine Schuld in der Menschenwelt, frei, die Schuld zu bezahlen und die Strafe zu tragen. Die Mauern der JVA tun sich deshalb nicht auf. Aber ein solcher Mensch kann aufhören, mit seinem Schicksal zu hadern und über das Unrecht, das ihm sicher auch widerfahren ist, andauernd zu klagen. Er wird frei für das Leben, das er jetzt führt, so wie Menschen mit einer schwierigen Krankheit oder mit einer großen Behinderung frei werden können, für die Lebenslage, in die sie, aus welchen Gründen auch immer, geraten sind.¹

Lieber Herr Finkbeiner, ich wünsche Ihnen wie uns allen, daß Sie jetzt, am Ende Ihrer Arbeit, aber auch dann am Ende Ihre Lebens von Herzen sagen können: „Gott, sei mir Sünder gnädig!“.

Impressum

Mitteilungsblatt Gefängnisseelsorge 70 / 2004
Herausgeber: Vorstand der Evangelischen Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland.
Geschäftsstelle Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, Tel.: 0511 2796403, Heike Roziewski
Redaktion dieses Heftes: Martin Hagenmaier (mh) verantwortlich, Ulrich Haag.
Redaktionsanschrift: Ev.-Luth. Pfarramt an der JVA Kiel, Faeschstraße 8-12, 24114 Kiel, Tel: 0431 / 6796170, e-mail: pfarramt.jvakiel@t-online.de
Druck: EKD-Druckerei Hannover
Redaktionsschluss des nächsten Heftes: 30. Juni 2005.

¹ Vgl. Josuttis, Manfred, Segenskräfte, Potentiale einer energetischen Seelsorge, 2. Aufl. Gütersloh 2002, 247ff..

Auftrag und Verpflichtung der Kirchen im Strafvollzug

Von Manfred Lösch, Berlin

Manfred Lösch hielt diesen Vortrag als Impulsreferat bei einer Studientagung der in den Justizvollzugsanstalten des Landes Hessen tätigen Anstaltsseelsorgerinnen und –seelsorger am 7. Dezember 2004 in der Evangelische Akademie Arnoldshain. Der Vortragsstil wurde beibehalten. Manfred Lösch war bis zum September 2004 Beauftragter der EKD für Gefängnisseelsorge.

Voraus-Setzungen

„Auftrag und Verpflichtung der Kirchen im Strafvollzug“ lautet das mir gestellte Thema. Ich bin eingeladen, es als ein mit dem Strafvollzug vertrauter Theologe und Vertreter der Kirche zu beleuchten.

Zunächst kann ich das als protestantischer Theologe streng genommen nur für die Evangelische Kirche tun. Ich hoffe aber, - nach den Erfahrungen von zwei Jahrzehnten guter ökumenischer Zusammenarbeit in der Gefängnisseelsorge - hier und heute auch für die römisch-katholische Kirche bzw. ihre Gefängnisseelsorge sprechen zu können. Deshalb werde ich von der Kirche nur im Singular reden.

Auch wenn es für manche von Ihnen fremd sein mag, beginne ich mit einem Impuls, der mir und uns heute angeboten wird durch ein biblisches Wort.

Ich habe es nicht selbst ausgewählt, sondern es ist die heutige Tageslosung der Herrnhuter Brüdergemeine, ein Text also, mit dem viele Christenmenschen in diesen Tag gegangen sind. Ich nehme diese Tageslosung in der Regel mit in den Tag und staune manchmal, wie diese ausgelosten biblischen Worte zu dem passen, was mich gerade umtreibt.

Heute ist es der 2. Vers aus Psalm 119:

Wohl denen, die sich an seine Mahnungen halten, die ihn von ganzem Herzen suchen!

Erlauben Sie, dass ich Ihnen aus den 176 Versen dieses alttestamentlichen Psalms, den Luther „das güldene ABC“ genannt hat, auch noch den vorausgehenden und die folgenden sechs Verse lese:

Psalm 119

1. Wohl denen, die ohne Tadel leben, die im Gesetz des HERRN wandeln!
- 2 Wohl denen, die sich an **seine** Mahnungen halten (in der Einheitsübersetzung wird übersetzt: seine Vorschriften befolgen), die **ihn** von ganzem Herzen suchen,
- 3 die auf **seinen** Wegen wandeln und kein Unrecht tun.
- 4 Du hast geboten, fleißig zu halten **deine** Befehle.
- 5 O dass mein Leben **deine** Gebote mit ganzem Ernst hielte.
- 6 Wenn ich schaue allein auf **deine** Gebote, so werde ich nicht zuschanden.
- 7 Ich danke dir mit aufrichtigem Herzen, dass du mich lehrst die Ordnungen **deiner** Gerechtigkeit.
- 8 **Deine** Gebote will ich halten; verlass mich nimmermehr!

Das Verhältnis von Kirche und Staat

Wenn wir heute über Aufgaben und Pflichten einerseits des Staates und andererseits der Kirche nachdenken, über beider Zusammenarbeit, über Verbindendes und auch deutlich zu Unterscheidendes, scheint mir diese Feststellung grundlegend wichtig:

Die Orientierung der Kirche auf das „Gesetz des Herrn“, auf *Gottes* Gebote und *seine* Gerechtigkeit sind Maßstab allen kirchlichen Handelns

und handlungsleitende Verpflichtung für alle, die im kirchlichen Dienst stehen.

Das unterscheidet sie zunächst von anderen Mitarbeitenden im selben Handlungsfeld - es sei denn, sie verstehen

Wo der Staat oder staatliche Behörden ... unbedingte Loyalität einfordern, müssen sie daran erinnert werden, dass die demokratische Verfassung dem Staat selbst ... Grenzen als verbindlich setzt.

sich als Christen. Aber es ist auch festzuhalten: Unserer Verfassung, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das nach seiner Präambel vom Volk „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ beschlossen ist, und den Gesetzen unseres Landes, die immer verfassungskonform zu sein haben, sind wir *gemeinsam* - egal ob Mitarbeiter/innen des Staates oder der Kirche - als Bürger und Bürgerinnen verpflichtet.

Gemeinsam tragen wir Verantwortung dafür, dass (auch im Strafvollzug) die Grundelemente des freiheitlich - demokratischen Staates sorgfältig geachtet, bewahrt und gepflegt werden: die Achtung der Würde des Menschen und die Anerkennung und der Schutz von Freiheit und Gleichheit (wenngleich diese Werte im Vollzug einer freiheitsentziehenden Strafe auch nur begrenzt zu verwirklichen sind).

Aus diesen Grundwerten folgt schließlich auch das Gebot der politischen und sozialen Gerechtigkeit.

Wenn unser Staat sich auch nicht auf ein bestimmtes religiöses Bekenntnis bezieht und sozusagen religiös neutral ist, kann nicht übersehen werden, dass der Grundwert der unantastbaren Menschenwürde inhaltlich eine Konsequenz der biblischen Lehre von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen als Geschöpf Gottes (Genesis 1,27) ist.

Christen bekennen zudem, dass durch Jesus Christus die Grundlage dafür geschaffen ist, dass die Welt mit Gott und die Menschen miteinander versöhnt werden. Die zentrale Botschaft der Kirche ist, dass Jesus Christus stellvertretend für jeden sündigen Menschen (und wer ist das nicht?) sein Leben gegeben hat.

Die Botschaft von der Versöhnung und entsprechendes Handeln ist folglich auch und gerade im Strafvollzug zentrales Thema, Aufgabe und Verpflichtung der Kirche.

Aber diese Versöhnung ist sozusagen Versöhnung „in progress“. Noch leben wir in einer erkennbar „noch nicht erlösten Welt“ (Barmer Theologische Erklärung 1934, These V).

Deshalb braucht diese Welt Ordnungen und Gesetze, mit denen der Staat die schädlichen Auswirkungen der Sündhaftigkeit der Menschen, die Ungerechtigkeit und Friedlosigkeit in Grenzen halten soll.

Weil aber auch staatliche Machtausübung nicht unfehlbar ist, muss auch der Staat selbst in der Ausübung seiner Macht kontrolliert und immer wieder an seine Verantwortung erinnert werden. Die Denkschrift der EKD zum Verhältnis der Kirche zur freiheitlichen Demokratie (*Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe, Gütersloh, 1985*) hat deshalb betont:

„Der Staat hat keine letzte, absolute Autorität über Menschen. Letzten, unbedingten Gehorsam schuldet der Christ allein Gott...und im Lichte der kommenden Gerechtigkeit Gottes ist jede menschliche Rechts- und Staatsordnung vorläufig und verbesserungsbedürftig. Aber das Vertrauen auf die Herrschaft des lebendigen Gottes ermutigt uns, die Möglichkeit der Mitwirkung im Staat zu ergreifen und dabei nach menschlicher Einsicht und menschlichem Vermögen Gottes Willen zu erfüllen.“(ebd. S.16)

Kirchliche Mitwirkung hat durch diese Orientierung immer den „Charakter kritischer Solidarität“ (ebd. S.17). Wie wir wissen, ist dieser Charakter kirchlichen Mitwirkens oft unbequem und konflikträchtig.

Wenn wir nach Wegen konstruktiven Miteinanders fragen, ist es unerlässlich, dass wir zunächst das Erfordernis einer klaren Unterscheidung zwischen dem geistlichen Auftrag der Kirche und dem weltlichen Auftrag des Staates anerkennen. Sie entspricht auch nicht nur dem Selbstverständnis der Kirche, sondern ebenso dem unseres demokratischen Staatswesens.

Erst die klare Unterscheidung zwischen staatlichem und kirchlichem Auftrag und die gegenseitige Bereitschaft zur Akzeptanz ermöglichen eine positive Beziehung zwischen beiden.

Diese Beziehung muss und kann dann auch „nicht ein gleichgültiges Nebeneinander“ (ebd. S.13) bedeuten, sondern partnerschaftliche Ko-

Die Gefängnisseelsorge rechnet zu ihren Aufgaben alle Dienste und Veranstaltungen, die für eine christliche Gemeinde kennzeichnend, von der Situation her erforderlich und unter den Bedingungen des Justizvollzugs möglich sind.

operation in einer „gemeinsamen Angelegenheit“ (wie es das Staatskirchenrecht formuliert), in der die Kirche ihren spezifischen Beitrag leistet und kirchliche Amtsträger/innen und Mitarbeiter/innen auf ihre Art dazu beitragen, dass der Staat seinem Auftrag gerecht werden kann; wohlgeordnet, immer im Gehorsam gegen Gottes Gebot und mit dem klaren Bekenntnis, dass absolute Loyalität nur Gott zukommt.

In Konfliktsituationen haben Vertreter/innen der Kirche völlig unabhängig von Anstellungsverhältnissen oder Rollenzuweisungen in der Institution ihr Gewissen darauf zu befragen, was geboten ist. Wo der Staat oder staatliche Behörden diese Bindung und Freiheit in Frage stellen und unbedingte Loyalität einfordern, müssen sie daran erinnert werden, dass die demokratische Verfassung dem Staat selbst solche Grenzen als verbindlich setzt.

Erste Antworten auf die Frage nach Auftrag und Verpflichtung der Kirche – auch im Strafvollzug – meinte ich zunächst in solchen allgemeinen Ausführungen zum Verhältnis von Staat und Kirche geben zu müssen. Nun komme ich konkreter zu Aufgabe und Ziel der Kirche im Strafvollzug:

Aufgaben und Ziel der Kirche im Strafvollzug

Bereits im Jahr 1979 (bald nach dem Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes) hat der Rat der EKD *Empfehlungen veröffentlicht zur Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten*. Sie beginnen mit einer Benennung des Auftrags der Kirche im Vollzug, der nach wie vor aktuell ist. Ich zitiere im Folgenden diese Empfehlungen auszugsweise:

„Der Dienst an den Gefangenen gründet sich auf den Auftrag, der der Kirche für ihr gesamtes Wirken vorgegeben ist: Die Kirche schuldet die gute Botschaft vom Anbruch der Herrschaft Gottes in dieser Welt, von Gericht und Gnade, von der Versöhnung mit Gott und den Menschen, von der Vergebung der Sünden und der Erneuerung zur Liebe allen Menschen. Dieser Auftrag gilt unverändert für das Gefängnis. ...

Zum Dienst an den Gefangenen gehört..., dass die Gemeinschaft zwischen der Gemeinde außerhalb des Gefängnisses und der Gemeinde im Gefängnis geachtet, gestärkt und erfahrbar wird. Der Freiheitsentzug schränkt die Ausübung dieser Gemeinschaft zwar ein, darf sie aber weder grundsätzlich noch tatsächlich völlig aufheben.

Der seelsorgerliche Dienst versteht sich nicht als eine religiöse Betreuung, die sich nur auf die kultischen Handlungen und den geistlichen Zuspruch erstreckt. Er gilt im umfassenden Sinne dem ganzen Menschen und versucht, Ursachen und Folgen der Tat sowie die alltäglichen Probleme des Gefangenenlebens mit einzubeziehen. Seelsorge im Gefängnis darf die diakonische Dimension (also tätige Nächstenliebe, Verf.) nicht außer acht lassen. ...

Die Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten stellt sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe auf die besonderen Bestimmungen ein, die für den Justizvollzug gelten; sie bleibt aber an ihren

kirchlichen Auftrag gebunden. Sie kann deshalb Weisungen, die ihren Auftrag inhaltlich berühren, von den Justizbehörden nicht entgegennehmen.“(ebd. S.9f.)

„Trotz seiner Zugehörigkeit zu den Mitarbeitern im Vollzug hat der Seelsorger

eine Sonderstellung. ... Die Anstaltsleitung hat kein Recht darauf, dass der Seelsorger gegen kirchliches Verständnis von Seelsorge im Vollzug mitwirkt“ (ebd. S. 18)

Insbesondere haben die Vertreter/innen des Staates das Recht und die Verpflichtung, die Verschwiegenheit kirchlicher Amtsträger/innen und ihrer Gehilfen (wie es in der StPO formuliert ist) strikt zu respektieren.

„Andererseits muss die Gefängnisseelsorge in allem, was sie sagt und tut - insbesondere, wenn sie glaubt, sich kritisch äußern zu müssen – die möglichen Auswirkungen auf das Vollzugsgeschehen mit bedenken. Sie ist deshalb auf den ständigen Erfahrungsaustausch mit den anderen im Vollzug tätigen Mitarbeitern angewiesen. ...

Die Gefängnisseelsorge rechnet zu ihren Aufgaben alle Dienste und Veranstaltungen, die für eine christliche Gemeinde kennzeichnend, von

In der Vergangenheit wurde die Aufgabe der Gefängnisseelsorge oftmals darin gesehen, das Urteilen und Strafen des Staates als ein Handeln an Gottes statt einsichtig zu machen.

der Situation her erforderlich und unter den Bedingungen des Justizvollzugs möglich sind. Dazu gehören insbesondere Gottesdienste - besonders auch unter Beteiligung...von außen -, Bibelarbeiten, seelsorgerliche Einzel- und Gruppengespräche, kirchliche Bildungsveranstaltungen, karitative und diakonische Aufgaben und Öffentlichkeitsarbeit“ (ebd. S.10).

Unter den besonderen Bedingungen der Institution mit ihren nahezu umfassenden Reglementierungen und Lebensbedingungen, die sich vielfach reduzierend und retardierend auf die Persönlichkeit der Gefangenen auswirken sowie angesichts mehr oder weniger subtiler subkultureller Machtkämpfe, versucht die Seelsorge „einen Raum der Bewahrung zu schaffen für Menschen, ... die in der Gefahr sind, ihr Personsein zu verlieren. Sie bietet Heilung an durch die Ermutigung, sich selbst und andere neu anzunehmen, ... die Wirklichkeit des eigenen Lebens zu erkennen, zu ertragen und vielleicht sogar zu verändern.“ (ebd. S.11)

„In der Vergangenheit wurde die Aufgabe der Gefängnisseelsorge oftmals darin gesehen, das Urteilen und Strafen des Staates als ein Handeln an Gottes statt einsichtig zu machen“. (ebd. S.12) Gelegentlich führte das so weit, dass der Seelsorge die Aufgabe zufiel, auch rechtlich fragwürdige vollzugliche Maßnahmen, ja sogar entwürdigende Repressionen und Disziplinierungen durch die Anstalt sozusagen ideologisch zu unterfüttern.

Solchen Erwartungen hat sich die Gefängnisseelsorge aus theologischen Gründen aber unbedingt entgegen zu stellen, wie jedem Versuch einer Instrumentalisierung, der ihre Eigenart außer acht lässt.

Die Seelsorge hat dem gegenüber auf *ihre* Weise zum Vollzugsziel einen Beitrag zu leisten. Sie versteht sich dabei grundsätzlich nicht als Konkurrent anderer Dienste und Berufsgruppen, sondern bemüht sich permanent um einen offenen und kritischen Diskurs zu dem, was als gemeinsame Aufgabe erkannt ist. „Seelsorge geht jedoch nicht im Behandlungsvollzug auf. Es

geht ihr nicht nur um das Wohl, sondern auch um das Heil. Sie wendet sich deshalb auch (und gerade!) denen zu, die von anderen als behandlungsunwürdig oder -willig klassiert werden.

Menschen durch ihr Leben zu begleiten, durch Höhen und Tiefen und besonders in Grenzsituationen: das gehört zum Auftrag der Kirche seit ihrem Entstehen. Folglich war und ist Gefängnisseelsorge seit langem Bestandteil des Gefängniswesens – zumindest in christlich geprägten Gesellschaften. Grundlegende Veränderungen im Verständnis des Strafvollzugs wie der Seelsorge im Vollzug sind in den zurückliegenden Jahrhunderten mit den Namen kirchlicher Amtsträger verbunden. Ich nenne nur Wichern, Fliedner, Poelchau, Menschen, die aus einem christlichen Verständnis heraus maßgeblich das mit auf den Weg gebracht haben, was wir heute einen modernen Strafvollzug nennen.

Mit dem Wandel des Vollzugs, der Schaffung spezialisierter Fachdienste, hat sich im Laufe der Zeit die Stellung der Seelsorger/innen im Vollzug verändert. Manche Aufgaben, die ihnen früher zufielen, werden inzwischen von anderen (von Therapeuten, Sozialarbeitern und Lehrern z.B.) wahrgenommen. An ihrer grundlegenden Aufgabe und Verpflichtung, die seit alters her gelten, sind jedoch auch unter veränderten Rahmenbedingungen keine Abstriche zu machen.

Ein bequemer Auftrag und eine leichte Verpflichtung sind das wahrlich nicht. Schon die Bibel des Alten und des Neuen Testaments schildert uns eindringlich, dass, wer sich ihnen verpflichtet weiß, auch den Kopf hinhalten muss.

„Die Seelsorge bringt in den Strafvollzug eine bestimmte Perspektive (ein) und sie setzt mit dieser Perspektive in der unmittelbaren Lebenssituation der Menschen, denen sie begegnet, an“ (Denkschrift der EKD zum Strafvollzug, Strafe: Tor zur Versöhnung?,

Gütersloh,1990, S.92). Von ihrem christlich-kirchlichen Ansatz her bietet sie Hilfe zur Lebensdeutung, zur Orientierung und Lebensgestaltung, und „es gibt kein Thema, das hier auszusparen wäre“. (ebd.)

Öl oder Sand im Getriebe des Vollzugs?

Dabei bleibt es nicht aus, dass sie sich gelegentlich auch in Widerspruch setzt zur Institution Strafvollzug, der (trotz aller Bemühungen seitens vollzuglicher Mitarbeiter/innen hier auch

gegenzusteuern) gekennzeichnet ist durch Misstrauen, Fremdbestimmung, Entscheidungsverlust und Liebesentzug. Der Theologe Wilfried Härle hat nicht von ungefähr das Gefängnis beschrieben als „eine Art Gegenwelt zum Evangelium“. Wie gesagt: Auftrag und Verpflichtung bezieht die Gefängnisseelsorge als Teil der Kirche aus der Orientierung am Handeln Jesu.

Aus der Sicht des Staates allerdings sind berufene Gefängnisseelsorger/innen nicht nur Diener der Kirche, sondern als Bedienstete des Vollzugs im Sinne des Strafvollzugsgesetzes zur Loyalität gegenüber dem gesetzlichen Auftrag und der sich daraus ergebenden gemeinsamen Aufgabe verpflichtet.

Hier können sich naturgemäß immer wieder Reibungsflächen ergeben, denn die Deutungshoheit darüber, wie Auftrag und Aufgabe des Vollzugs im einzelnen nachzukommen ist, fällt praktisch weitgehend der staatlichen Behörde und insbesondere der Anstaltsleitung zu.

Wie viele „Fehldeutungen“ dabei möglich sind, macht eine nicht unerhebliche Zahl von gerichtlichen Entscheidungen zu Gunsten beschwerde-

führender Gefangener deutlich.

Natürlich will ich damit nicht sagen, dass kirchliche Mitarbeiter/innen das besser könnten oder gar unfehlbar seien. Ganz gewiss nicht, aber ihre grundlegende Orientierung ist eben oft eine andere.

Niemand kann (und will) aber eine Behörde oder eine Anstaltsleitung dazu verpflichten, ihre Orientierung aus dem Handeln Jesu oder kirchlicher Positionen zu beziehen.

Angesichts dessen stehen Gefängnisseelsorger/innen immer wieder vor der Frage, ob sie am Programm ihrer jeweiligen Anstalt rundum mitwirken können oder in bestimmten Fragen offen opponieren sollen und können, ob die gewünschte Kooperation wirklich in jedem Fall vereinbar ist mit ihrem kirchlichen Auftrag, ob sie Öl oder Sand im Getriebe des Vollzugs sein sollen. Wie ich es sehe, sind diese Fragen nicht pauschal zu beantworten.

Von Ort zu Ort und von Zeit zu Zeit müssen darauf theologisch begründete Antworten gefunden werden – möglichst im offenen Diskurs mit den Kooperationspartnern und dann auch mit klaren Konsequenzen.

GEFÄNGNISSE / Goll setzt auf Seelsorger

Mutmacher für das Leben danach

Für viele Häftlinge in den Gefängnissen sind die Seelsorger eine wichtige Vertrauensperson – und manchmal auch Mutmacher für das Leben nach Haftende.

STUTTGART ■ Die Seelsorge wird nach Ansicht von Justizminister Ulrich Goll (FDP) in ihrer Bedeutung für den Strafvollzug oft unterschätzt. „Der Gefängnisseelsorger kann wie kaum ein anderer im Gefängnis Gemeinschaft herstellen und dabei auch Personen außerhalb des Vollzugs einbeziehen. Die seelsorgerische Tätigkeit trägt dazu bei, Spannungen und Gegensätze abzubauen, das gilt auch im Blick auf eine Versöhnung von Täter und Opfer“, sagte Goll.

Im Strafvollzugsgesetz sei der Seelsorge in den Gefängnissen sogar ein eigener Artikel gewidmet, be-

tonte der Minister. „Die Gefangenen haben ein Recht auf religiöse Betreuung, und die Religionsgemeinschaften sind von den Vollzugsbehörden zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen.“ Zudem komme der Seelsorge die Aufgabe zu, Menschen, die sich durch ihr Schicksal und ihr Verhalten in einer besonderen Situation befinden, zu begleiten, zu betreuen und ihnen religiöse Inhalte zu vermitteln.

Den Seelsorgern werde von den Gefangenen großes Vertrauen entgegengebracht. Bei manchen Inhaftierten führe das auch dazu, dass sie einsähen, was sie mit ihrer Tat anrichtet haben und sich zum Beispiel gegen Fragen der Wiedergutmachung nicht mehr abschotteten, berichtete Goll. Die wichtigste Aufgabe des Seelsorgers sei es, den Gefangenen Sinnstiftung zu vermitteln. Viele befänden sich in krisenhaften Lebenssituationen, in denen

es schwer fällt, Perspektiven zu sehen und Ziele zu setzen.

In jüngster Zeit habe durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit das Interesse an einer ehrenamtlichen Tätigkeit im Justizvollzug zugenommen. „Mit Blick auf die allgemeine Bedeutung des Ehrenamtes wollen wir auch das Ehrenamt im Justizvollzug weiter ausbauen“, sagte Goll.

Die Aufgaben der Seelsorger reichen von den Gottesdiensten an Sonn- und Feiertagen und der Einzelseelsorge bis zur Gruppenarbeit und der Betreuung der Angehörigen der Gefangenen. Jeder Häftling hat das Recht auf religiöse Betreuung durch die Seelsorger seiner Religionsgemeinschaft. Bei muslimischen Gefangenen wird die Einhaltung der islamischen Speisevorschrift besonders beachtet. Für die Teilnahme an religiösen muslimischen Feiertagen werden sie von der Arbeit freigestellt. lsw

tz Mi, 5. Jan. 2005

Seelsorge – unschätzbare Gewinn für den Strafvollzug

Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass die Mitwirkung der Kirche und ihrer Seelsorge trotz mancher Differenzen und notwendiger Auseinandersetzungen über Aufgaben und Verpflichtungen für den Strafvollzug (und ich meine damit nicht nur die Gefangenen, sondern alle Mitwirkenden und auch die Institution) einen unschätzbaren Gewinn bedeutet, auch wenn der nicht immer erkannt und gewürdigt wird.

Ich persönlich hatte das Glück, es in den ersten Jahren meines Dienstes als Anstaltsseelsorger mit einem Anstaltsleiter zu tun zu haben, der meine weitgehend unabhängige Position als „heilsamen Stachel im Fleisch“ (wie er es ausdrückte) zu schätzen und meine kritischen Anfragen und Widerstände für sich als Korrektiv zu nutzen wusste.

Wie der einzelne Seelsorger/ die einzelne Seelsorgerin ihren Auftrag und ihre Verpflichtung in der konkreten Arbeitssituation versteht und umsetzt, ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Aber grundsätzlich lässt sich sicher sagen:

Gefängnisseelsorger/innen in ihrer Sonderstellung

- können sich als relativ Unabhängige in der Institution mit einer großen Offenheit, frei von hierarchischen Abhängigkeiten und Beförderungshoffnungen (allerdings gebunden durch ihre Verschwiegenheitspflicht) sowohl Gefangenen wie auch Bediensteten zuwenden und zu einer Normalität im Vollzug beitragen,
- können Räume schaffen, in denen der Mensch Mensch sein kann mit allen seinen Gedanken, Gefühlen und Worten, ohne dass dies alles registriert wird und möglicherweise für ihn unabsehbare Folgen hat,
- können wie kaum jemand anders im Gefängnis Gemeinschaft herstellen (mit Menschen innerhalb der Mauern, aber auch von außerhalb); Gemeinschaft, die nichts mit Zwang und Druck zu tun hat, sondern in der gegenseitiges Verständnis gefördert und Spannungen abgebaut werden,
- können zur Versöhnung beitragen zwischen Konfliktparteien im Gefängnis, aber auch zwischen Gefangenen und Angehörigen, im besonderen Fall auch zwischen Tätern und Opfern,

- können sich unverdächtig besonders um die Abgeschriebenen und Abgelehnten bemühen, die besonders intensive Zuwendung brauchen, um sich nicht selbst als solche aufzugeben,
 - können den im Strafvollzug Tätigen als kritische Partner aber auch als aufmerksame, vertrauensvolle Ratgeber helfen, ihre eigene Rolle und ihre mit ihrem Beruf verbundenen Probleme (die nur jemand verstehen kann, der den Vollzug auch kennt) zu reflektieren und sie letztlich so oder so für ihren Dienst zu stärken,
 - können als in der Institution weitgehend ohne Entscheidungsbefugnis Tätige und für den Strafvollzug nicht politisch Verantwortliche - und von daher unbelastet durch Rechtfertigungs- oder Erfolgszwänge - auf verschiedenen Ebenen Veränderungen anregen,
 - können Kirche und Gesellschaft, Gruppen und Einzelne immer wieder mahnen, ihre Mitverantwortung für den Vollzug wahrzunehmen und sich auf verschiedenste Weise zu engagieren und
 - können schließlich dazu beitragen, dass der Vollzug die öffentliche Aufmerksamkeit bekommt, die er braucht - und zwar durchaus im doppelten Sinn: als demokratische Kontrolle eines staatlichen Machtbereichs, der immer in Gefahr ist, ein Eigenleben zu entwickeln, und andererseits als verstehende und verständnisvolle Unterstützung für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vor allem durch unsachgemäße mediale Vermittlung ansonsten weitgehend falsch wahrgenommen, missverstanden und diskreditiert wird.
- Mir ist bewusst, dass gerade das nach außen gewandte Reden und Handeln der Gefängnisseelsorge häufig Anlass zu Konflikten darstellt. Hier und da werden dabei sicher auch vermeidbare Fehler gemacht.
- Aber grundsätzlich ist festzuhalten - und ich zitiere hier gern noch einmal Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, den jetzigen Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, den Martin Faber anlässlich meiner Verabschiedung aus dem Amt des EKD-Beauftragten für die JVA-Seelsorge vor drei Monaten an die Adresse der Kirche gewandt zitiert hat: „Öffentlichkeit gehört zum Wesen der Kirche. ... Zur Grundbestimmung kirchlicher Existenz gehört auch öffentliches Reden, stellvertretend

für andere“. (Wolfgang Huber, Folgen christlicher Freiheit, 2. Aufl. 1985, S. 239)

Die Kirche hat nach ihrem Selbstverständnis auch einen prophetischen Auftrag, der die öffentliche Interpretation beinhaltet. Das bedeutet, „dass die Kirche die Lage derer öffentlich darstellt, die nicht für sich selber sprechen können.“ „Und das öffentliche Reden der Kirche kann nur dann verantwortet werden, wenn es zur klaren Parteinahme für diejenigen führt, deren Lebensmöglichkeiten beschädigt und deren Rechte verletzt werden“ (ebd. S.244)

Für sie hat sich Kirche ihrem Selbstverständnis nach unmissverständlich zum Anwalt zu machen, der nicht aufhört, Staat und Gesellschaft ihre Verantwortung einzuschärfen.

Ein bequemer Auftrag und eine leichte Verpflichtung sind das wahrlich nicht. Schon die Bibel des Alten und des Neuen Testaments schildert uns eindringlich, dass, wer sich ihnen verpflichtet weiß, auch den Kopf hinhalten muss.

Islam im deutschen Alltag

Religiosität im Leben türkischstämmiger Jugendlicher²

Von Necla Kelek, Hamburg

Das Referat von Necla Kelek drucken wir ab, weil es solide Hintergrundinformationen zum Umgang mit Gefangenen türkischer Herkunft bietet. Besonders interessant erscheint dabei die Sichtweise „von innen“. (s. auch die Besprechung: „Die fremde Braut“)

Im Tagesspiegel stand ein kurzer Bericht über eine Reise des Berliner Bildungssenators Klaus Böger nach Ankara. Es ging um Entwicklungshilfe. Entwicklungshilfe, die die türkische Regierung dem Berliner Senat angeboten hat, um die Integrationsbereitschaft der

200.000 in Berlin lebenden Türken zu fördern. Denn es sieht nicht gut aus um die Integration der Türken in Deutschland.

Türkische Kinder kommen oft erst bei der Einschulung mit der deutschen Sprache in Berührung. Ihre Mütter sprechen meist kein deutsch. Jeder vierte türkische Jugendliche schafft keinen Schulabschluß. Nur 5% der türkischen Jugendlichen bestehen das Abitur. Jeder zweite Insasse einer Jugendstrafanstalt in Deutschland ist Muslim.

Sie werden sich natürlich jetzt fragen, was hat dies mit dem heutigen Thema zu tun. Und die Frage stellt sich provokativ auch so:

Ist der Islam, oder das was von der türkisch - muslimischen Organisationen gelebt wird, ein Hindernis für die Integration?

Ich sage es gleich vorweg. Ich bin in großer Sorge und beurteile den Prozess der Integration muslimischer Migranten in Deutschland skeptischer denn je.

Ursache hierfür sind sicherlich strukturelle Benachteiligungen und eine verfehlte Integrationspolitik in der Vergangenheit, die von der „Lebenslüge“ „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ getragen war. Ebenso fatal waren die linken oder liberalen Ansätze einer multi-kulturellen Gesellschaft, die mit ihrer mehr oder minder folkloristischen Sichtweise zu einer Abgrenzung der Mehrheit der Bevölkerung und Selbstausgrenzung der Migranten beigetragen hat.

In Deutschland ist es typisch, dass beide Seiten einander jeweils als „die Anderen“ bezeichnen und sich mit den Hinweis auf kulturelle Unterschiede abgrenzen. Das gilt für die Deutschen, wobei ich jetzt gar nicht die "Ausländer raus" Neonazis meine. Sondern die normalen Bürgern, die beim „Türken“ gerne ihr Gemüse kaufen, aber Sorge haben vor einer Islamisierung ihres Stadtviertels oder dem Verlust deutscher Identität. Ich kann diese Befürchtungen in gewissen Rahmen nachvollziehen.

Hier und heute befasse ich mich nicht mit Versäumnissen der Politik. Sondern ich frage meine Landsleute: Wollt ihr die Integration in die deutsche Gesellschaft?

Sie bleiben unter sich. Man pflegt das Vorurteil von den sozial kalten, nur auf den eigenen Vor-

² Referat auf der Tagung „Wird Gewalt normal?“ am 29. 11. 2003 in Bad Segeberg. Necla Kelek ist Sozialwissenschaftlerin und bildet u.a. in Schleswig – Holstein JVA – Bedienstete fort.

teil bedachten, Schweinefleisch essenden, Alkohol trinkenden und ihren Kindern keinen Ehrbegriff beibringenden Deutschen.

Meine Untersuchung³ hat ergeben, dass von den befragten Jugendlichen außerhalb der Schule nur wenige deutsche Freunde haben und Kontakte zwischen den eigenen Landsleuten pflegen. Kontakte zu deutschen Familien sind die absolute Ausnahme. Eine spätere Heirat mit einer Deutschen konnte sich kein männlicher Befragter und ein verschwindender Teil der Mädchen vorstellen oder nur, wenn er zum Islam übertritt.

Die Frage der Abgrenzung aus religiösen Gründen ist ein Beispiel für die Bedeutung des Islam im Zusammenhang mit Integrationsproblemen. Religiös fundierte Kulturmuster beeinflussen die Lebensverhältnisse der jungen Türken und Türkinnen zugleich stärker als sich etwa die christliche Mehrheitsreligion auf deutsche Jugendliche auswirkt.

Meine Biografie

Bevor ich Ihnen meine Untersuchung vorstelle, möchte ich Ihnen etwas über mich selbst erzählen. Weil es in vielen Details typisch ist.

Ich bin in Istanbul geboren und lebe seit meinem 10. Lebensjahr in Deutschland, gehöre zur 2. Generation der türkischen Einwanderer. In Istanbul habe ich die Grundschule besucht. Meine Familie gehörte in Istanbul zur Mittelschicht. Mein Vater war Kaufmann. Meine Eltern kamen aus Zentralanatolien als Binnenmigranten. Sie waren republikanisch orientiert. D.h. mein Vater war ein überzeugter Kemalist, ein Demokrat der das Muslim - Sein nur zu Festtagen pflegte. Meine Mutter war äußerlich sehr modern, hatte amerikanische und europäische Filmstars als Vorbild, aber fastete am Ramadan und betete in diesem Monat täglich für die im Jahr zuvor aufgelaufenen Sünden. Damit wollte sie wenigstens eine der wichtigen Pflichten des Islam erfüllen. Sie war wie Lale Akgün es bezeichnet, eine „Ramadan – Muslimin“. Zu vergleichen mit den von ihr so genannten „Weihnachtschristen“, d.h. Christen, die nur zu Weihnachten in die Messe gehen. Mein Vater trank provokativ gerne im Monat Ramadan auf Atatürk, aber er trank wenig, und

wenn, auf die Republik, die könne man schließlich nicht genug würdigen. Erst in den letzten Jahren habe ich verstanden, was er damit gemeint hat. Als meine Eltern beschlossen, nach Deutschland zu gehen, und verkündeten, mich und meine jüngeren Brüder mitzunehmen (zwei ältere Geschwister blieben zurück), wurden wir von ihnen auf Deutschland vorbereitet.

Wir lernten die deutsche Nationalhymne auswendig zu singen, weil meine Eltern davon überzeugt waren, dass, wenn wir dies in der neuen Klasse in Deutschland vortragen, wir gleich anerkannt würden. Bis heute konnte ich keinem Deutschen die Hymne vorsingen, niemand wollte sie hören. Aber alles andere klappte wie vorgehabt. Wir kamen 1968 nach Deutschland und ich war zehn Jahre alt. Wir waren die ersten Türken in Bückeburg. (Bückeburg ist eine Kleinstadt in Niedersachsen). Sehr schnell fand ich zu meinen Klassenkameradinnen Kontakt. Ich durfte Geburtstagsfeste besuchen und sie zu mir einladen. Die Schule machte mir Spaß. Ich lernte sehr schnell Deutsch.

Auch meine Eltern hatten Kontakt zu deutschen Familien. Sie gingen zu Tanzveranstaltungen und feierten Karneval und wir Weihnachten. Allerdings bestand mein Vater darauf, dass der Weihnachtsbaum bereits im Oktober aufgestellt wurde. Der Monat Ramadan wurde vergessen, jetzt lebten wir ja in Deutschland. Und mein Vater wollte, dass dieses Land zu unserer Heimat wird.

Mit meinem 13. Lebensjahr änderte sich mein Leben schlagartig. Es wurde von meinen Eltern bemerkt, dass die deutschen Mädchen offen an Jungen interessiert waren und ohne Scham zeigten, dass sie einen Freund haben. Dies überstieg die kulturelle und moralische Anpassungsfähigkeit meiner Eltern an die deutsche Gesellschaft. Ein Mädchen, das womöglich ihre Ehre, genauer die Ehre der Familie verlieren könnte, war jenseits des Vorstell- und Tolerierbaren. Mir wurden weitere private Kontakte verboten. So durfte ich keine deutsche Freundin mehr haben, oder sie besuchen. Ich hätte auch keine Zeit mehr gehabt, da ich immer mehr Hausarbeiten übernehmen musste und wie jede türkische Tochter die vielen türkischen Frauen die meine Mutter meistens am Nach-

³ Kelek, Necla, Die fremde Braut, Kiepenheuer & Wisch, 2005.

mittag zum Tee oder am Abend zum Abendtee besuchten, bedienen musste. Für meinen jüngeren Bruder galt diese Einschränkung nicht. Er war ein Sohn. Warum das so ist, darüber spreche ich später. Die neuen türkischen Landsleute kamen aus der ganzen Türkei, die meisten aus ländlichen Gebieten aus bäuerlichen Verhältnissen. Sie arbeiteten in der Fabrik am Fließband und fasteten selbstverständlich im Ramadan. Allah werde sie für die doppelte Qual doppelt belohnen, sagten sie. Auch meine Mutter ließ sich von ihnen überzeugen und nach fünf Jahren Pause begann auch sie wieder an Ramadan zu fasten. Sie fühlte sich immer mehr ihren türkischen Schwestern verbunden und zog sich von den Deutschen und von Deutschland zurück. Der einzige Vorteil der uns gegenüber den anderen türkischen Familien blieb, dass wir weiter zur Schule gehen durften. Die anderen türkischen Kinder brachen die Schule schnell ab, weil sie Hausarbeit machen oder auf die kleineren Geschwister aufpassen mussten. Auch ich wurde in der Schule schlecht, musste vom Gymnasium in die Realschule, was ich mir lange nicht verzieh. Mein Alltag sah als 14-jähriges Mädchen so aus: Morgens stand ich als erste auf um Frühstück für mich und meinen Bruder zu machen. Auch seine Kleidung für den Tag legte ich zurecht und ging zur Schule. Direkt nach der Schule musste ich nach Hause, meistens um 13.20 Uhr. Wenn es zehn Minuten später wurde, stand meine Mutter am Fenster und hielt Ausschau. Nach dem Essen musste ich Hausarbeit machen, für die Gäste backen, Tee kochen usw. Nachdem die letzten Gäste meistens gegen 22.00 Uhr abends gegangen waren, und die anderen längst im Bett waren, konnte ich meine Schulaufgaben machen. Die Jahre zwischen 14 und 19 Jahre habe ich, außer dass ich zur Schule ging, nur zu Hause verbracht. Meine Cousine Aysel, die inzwischen ebenfalls mit ihren Eltern in Bückeburg wohnte, musste seit ihrem achten Lebensjahr auf den neugeborenen Bruder aufpassen. Sie durfte nicht zur Schule. Und als sie später, sie war 17, ich 19, mit mir einmal heimlich in die Disco verschwand, und wir erwischt wurden, wurde sie sofort zu ihrer Großmutter in die Türkei geschickt. Ich habe sie erst zehn Jahre später wiedergesehen. Ich hatte es dagegen gut, denn ich wuchs in einer aufgeschlossenen, säkularen Familie auf.

Die Untersuchung

Die Fragen, was Migration für den Einzelnen und die Gesellschaft bedeutet, wurden zu meinem Thema. Über den zweiten Bildungsweg studierte ich zuerst Volkswirtschaft und promovierte in einem zweiten Studium in Soziologie.

Aus meiner Untersuchung zum Thema „Islam im Alltag, islamische Religiosität und ihre Bedeutung in der Lebenswelt türkischer Schülerinnen und Schüler“ möchte ich Ihnen einige Ergebnisse vorstellen:

Ich bin in verschiedenen Schulen in Hamburg und Berlin in fast einhundert Interviews, zahlreichen teilnehmenden Beobachtungen und Hospitationen der Frage nachgegangen, welche Rolle der Islam in der Welt der türkisch-stämmigen Jugendlichen spielt. Ich besuchte Moscheen, sprach mit Hodschas und den Familien der Jugendlichen. Auch konnte ich im Rahmen einer anderen wissenschaftlichen Studie in Strafanstalten mit muslimischen Gefangenen über ihren Glauben sprechen. Ich ging dabei der Frage nach: Wie und wo werden türkischstämmige Jugendliche sozialisiert? Wie und wo gewinnen sie Wertorientierung? Welche Rolle spielen die Koranschulen, die Familien und die deutsche Schule?

Bei den Interviews und Gesprächen ging es mir neben ihrer schulischen Situation und Fragen zum Lebenskonzept um ihre Religiosität. Ich stellte allen die gleiche Frage: "Bist du religiös?" Und ich erhielt immer die gleiche Antwort: "Allah ist für mich alles", so der 16-jährige Mete aus Hamburg.

Alle befragten Jugendlichen bezeichnen sich als religiös und als Muslime. Die Selbstzuordnung zum Islam ist selbstverständlicher Teil ihrer türkischen Identität - die türkische Identität ist gleichzeitig eine muslimische Identität. Es geht ihnen dabei nicht um Religiosität, im Sinne strenger Gläubigkeit, sondern die Jugendlichen verstehen dies als ihr Bekenntnis zur Zugehörigkeit zum türkisch-muslimischen Kulturkreis.

Die Bedeutung der Religion

Die Religion dient, so der Kulturanthropologe Clifford Geertz, der Orientierung der Menschen, und zwar ganz abstrakt, ohne dass es darauf ankommt, welche konkreten Inhalte, Vorstel-

lungen und Philosophien durch die Religion vermittelt werden. Er stellt die Frage:

Welche soziale Funktion hat die Religion?

Sowohl gesellschaftlich wie individuell dient Religion dem menschlichen Bedürfnis, umfassende und befriedigende Antworten auf die Fragen nach dem Sinn des Daseins zu geben, Halt, Trost und Orientierung zu verleihen, im Alltag und über die eigene Existenz hinaus.

Durch kosmische Verankerung entsteht ein konsistentes, glaubwürdiges Weltbild, nach dessen Maßgaben die Gläubigen denken, fühlen und handeln. Durch religiöse Handlungen können sich die Gläubigen ihrer Überzeugungen versichern. In der Gemeinschaft der Gläubigen entsteht ein Sozialsystem, in dessen Realitäten sich Religion, Kultur und Sozialstruktur auspendeln müssen.

Zur kulturellen Dimension des Islam d. h. des islamische "Common Sense", gehören natürlich religiöse Inhalte, eine bestimmte Ethik und ein bestimmtes Menschen- und Weltbild sowie eine religiöse Praxis - also alles das, was die jeweilige islamische Sozialordnung an Orientierungsmitteln und Maßstäben zur Verfügung stellt.

Die Inhalte und die praktische Ausübung des Islam sind höchst unterschiedlich. In Afghanistan, im Iran, in Indonesien oder in der Türkei wird sie unterschiedlich interpretiert und gelebt. Aber nach aller regionaler Differenzierung gibt es ein gemeinsames übergeordnetes Welt- und Menschenbild des Islam.

Welt- und Menschenbild des Islam

Das Menschen- und Weltbild im islamischen Glauben unterscheidet sich nach den Forschungen von Georg Auernheimer, Clifford Geertz, Werner Schiffauer, Ursula Mihciyazgan u.a. vom christlich - abendländischem Weltbild grundsätzlich: Man spricht in diesem Zusammenhang beim Christentum von einer westlich - horizontalen Trennungslinie, die Körper und Geist, Individuum und Gesellschaft trennen.

Beim Islam sieht man eine vertikale Trennungslinie, die Mann und Frau als zugehörig zu zwei verschiedenen Teilen der Gesellschaft sieht. Der Mann steht in der Öffentlichkeit. Er ist die öffentliche Instanz. Die Frau, die Pri-

vatheit, das Haus, ist die Ehre des Mannes. Dabei spielt eine besondere Rolle, wie der Islam die Sexualität sieht. Der weibliche Körper hat eine Anziehungskraft, der Männer grundsätzlich nicht widerstehen können. Aus dieser Zuschreibung beziehen muslimische Frauen Selbstbewusstsein und Stärke. Mit dem Kopftuch unterstreichen sie symbolisch die Bedeutung ihres Körpers, weil sie sich ihrer körperlichen Reize bewusst sind. Aufgrund der positiven Bewertung der Sexualität - dies steht im Gegensatz zum Christentum, das sie als Sünde bezeichnet - ist das Prinzip der Geschlechtertrennung für die muslimischen Frauen in sich sinnhaft und fraglos gegeben. Aber darüber hinaus ist es auch ein Symbol für das islamische Geschlechterverhältnis, was sich auch in der Verhüllung der Frau ausdrückt. Die Religion des Islam ist auch eine Rechtsordnung, deren Bestand auf dieser - männlich bewachten - Trennung beruht. Darüber hinaus versteht sich der Islam als universale Ordnung (die Umma), die kein Recht auf Freiheit der Religion kennt.

Das Menschenbild sieht den Menschen als Sozial-Wesen, nicht als Individual-Wesen, und bestimmt ihn als einen Teil der Umma, der Gemeinschaft der Muslime in der Welt. Die Muslime sind als Brüder und Schwestern weltübergreifend miteinander verbunden. Das Recht auf persönliche Entscheidung ist den Muslimen nur in den engen Grenzen möglich. In erster Linie trägt jedes Mitglied mit seinem Handeln Verantwortung gegenüber der Familie, Gemeinschaft und der Umma.

Dieses Menschen- und Weltbild ist „fraglos gegeben“, d.h. kann nicht in Frage gestellt werden, weil es als Gesetz von Gott gegeben ist. Seine Wissens- und Wertbestände formen als Kulturmuster den islamischen Habitus und bilden den islamischen Common Sense.

Religiöser Einfluss auf die Lebenswelt der Jugendlichen.

Jetzt möchte ich Ihnen anhand von einigen ausgewählten und beispielhaften Zitaten aus meinen Interviews anschaulich machen, wie dieser türkisch - muslimische Common Sense von den Jugendlichen gelebt wird.

Eine große Rolle im Selbstverständnis spielen die Dankbarkeit und der Respekt den Eltern und Älteren gegenüber. Mit Dankbarkeit und Re-

spekt wird die Daseinsschuld an Eltern und Großeltern verstanden. Man gehört sich nicht selbst, sondern der Familie. Jitat Metin 16: „...also ich würde gerne erst mit 23 oder so heiraten, aber meine Großmutter möchte ja noch ihr Enkelkind sehen, und wir gehören ihnen mal, und ihr Herz brechen, das könnt ich nicht ... und wenn es sein muss, heirate ich auch meine Kusine, die wartet schon, in der Türkei, eine von der Seite meiner Oma. Aber bis dahin, mach ich was ich will. Das ist nun mal so.“

Eine dieser religiös - kulturellen Regeln ist die Ehre des Mannes. Er hat die Aufgabe, seine Ehre, d.h. die weiblichen Mitglieder seiner Familie in der Öffentlichkeit zu schützen und zu verteidigen. Mete, 16: „Also wenn meine Schwester nur einen hätte, also nur den einen kennen lernt und heiratet, kein Problem, ich würde, ich hätte, ich wäre nicht gleich hingegangen und hätte ihn geschlagen und so, aber ich würde hingehen, ich würde sie mitnehmen, ich würde dem Jungen sagen, ich will dich nie wiedersehen. Wenn du was willst, dann komm zu uns, um die Hand anzuhalten, aber nicht so rumtreiben und so.“

Der Effekt ist, dass die Migrantinnen und Migranten sich von den Deutschen abgrenzen, auch deshalb, weil sie sagen, die Deutschen haben keine Ehre, sie sind nicht sozial, sie sind sich egal. Die türkischen Jugendlichen grenzen sich ab, weil sie in ihrer Kultur leben wollen und weil sie dort sich verstanden fühlen.

Auch wird der Wunsch nicht mehr verheiratet zu werden, sondern selber die Partnerin/Partner auszusuchen, häufig genannt. Wobei die meisten ihren Eltern kaum widersprechen. In 40 Prozent aller türkischen Hochzeiten werden die Bräute von der zukünftigen Schwiegermutter in der Türkei ausgesucht und hergebracht. Dies hat u. a. die fatale Folge, dass die Bräute der Schwiegermutter untergeordnet sind, nicht Deutsch sprechen und die Kinder nach ihren eigenen Herkunftsmustern erziehen. Das ist dann die hier geborene vierte Generation, die ohne Deutschkenntnisse in die deutsche Schule kommt oder gleich in eine islamische Grundschule geht, wo die Eltern sich eher identifizieren und das Kind begleiten können, als in einer deutschen Schule.

Wie wird der islamische Glaube im Alltag von den Jugendlichen gelebt?

Für einen Muslim gilt es die fünf Säulen im Islam einzuhalten. Die Hauptpflichten sind:

- Täglich das Glaubensbekenntnis aussprechen.
- Namaz halten, d.h. fünfmal am Tag beten.
- Almosen geben.
- Den Ramadan einhalten, d.h. vier Wochen im Jahr fasten.
- Einmal im Leben nach Mekka pilgern, um Hadsch zu werden.

Das ist für die Jugendlichen natürlich kaum realisierbar, daher ist die praktische Religiosität stark relativiert, wenig rituell und stark individualisiert.

Haldun 15: „...was ich befolgen kann? Es gibt zu viele Gesetze ...zum Beispiel fasten, das tue ich auch gerne, und beten zu Allah, das geht auch, aber Namaz (5mal amTag) das schaff ich nicht, 1mal in der Woche oder 2mal vielleicht, ja natürlich zum Freitagsgebet mit meinen Brüdern und Onkels, das kann ich noch befolgen...“. Und Hadsch? Darüber denk ich wenn ich alt bin, so ab 50, wenn ich weiße Haare bekomme, aber bis dahin will ich richtig leben, wenn ich sage ich habe schöne Sachen gemacht, jetzt lass ich die Finger davon, dann werde ich richtig religiös, nicht wie jetzt, so ein wenig und so...“

Fahriye 16: „...natürlich bin ich muslimisch, alle die ich kenne sind mäsliıman, und ich glaube auch an Gott und ich liebe meinen Gott deswegen, ich habe auch immer, als ich klein war, sechs oder so, bin ich schon angefangen mit oruc, ja ich liebe oruc (Fasten), ich muss das machen, aber beten so 5mal am Tag das ist schwer, die Gesetze sind richtig schwer, weil Gott will uns prüfen, aber ich schaff so ein mal am Tag, einen anderen Tag nicht. Ich weiß, wir müssen alle einhalten, werden auch bestraft, aber ich muss auch an die Schule denken, ich will ja später auch Sängerin werden, dafür bete ich auch schon so viel...“

Zusammenfassend zeigen die Interviews eine deutliche Übereinstimmung im Bekenntnis zum Muslim-Sein auf, dessen Funktion ganz wesentlich in der identifikativen Verankerung der Herkunft liegt und Orientierung durch die Normen und Werte der Migrantengesellschaft vermittelt. Zum anderen befinden sich die Jugendlichen handlungspraktisch mehr oder minder auf dem Weg in die Moderne, wo sie ihre Perspektiven sehen. Neben der Zuordnung zum Muslim

- Sein findet auch ein Loslösungsprozess vom traditionellen Teil ihres Lebens statt, der keine hinreichende Orientierung für die Bewältigung des Lebens in Deutschland zur Verfügung stellen kann. Jedoch bietet die Mehrheitsgesellschaft kaum neue identitätsstiftende Angebote. Die Jugendlichen erfahren, dass die unterschiedlichen sozio - kulturellen Norm- und Wertsysteme nur begrenzt kompatibel sind, erleben Ausgrenzung von der einen und Disziplinierung von der anderen Seite. Im Bemühen, die unterschiedlichen kulturellen Anforderungen auszubalancieren, findet eine Subjektivierung im Selbstbezug zu den verschiedenen kulturellen Orientierungs- und Verhaltensmustern statt, die ihnen zum Teil als Verpflichtung, zum Teil als Angebote gegenüber stehen. Die Jugendlichen müssen eigene Bewältigungsstrategien entwickeln, für die kein Modell zur Verfügung steht.

Ich bin inzwischen skeptisch, ob dies gelingen kann. Ich begleite Integrationsbemühungen der Institutionen und Lebensläufe von Jugendlichen seit nunmehr mehr als zehn Jahren und muss feststellen, dass sich die Situation immer weiter zuspitzt. Die Abkehr von der deutschen Gesellschaft hat in diesem Zeitraum zugenommen, die Zuflucht in die in sich geschlossene Migrantengesellschaft nimmt zu. Diese Entwicklung fand bisher im Wesentlichen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Manchmal setzten sich die Migranten selbst auf die Tagesordnung, wie zuletzt die Lehrerin Ludin, die mit dem Kopftuchstreit bis vor das Bundesverfassungsgericht zog.

Da die deutschen Schulen und gesellschaftlichen Institutionen nicht mehr in der Lage sind, akzeptable und identitätsstiftende Angebote für die Jugendlichen zu machen, weil sie inzwischen von den Jugendlichen nicht mehr akzeptiert werden, gewinnen die muslimischen Organisationen zunehmend an Bedeutung. Immer mehr Moscheen werden gebaut, Koranschulen entstehen und selbst Sport wird religiös organisiert. Dies findet alles statt unter Ausschluss der Kontrolle durch die deutsche Gesellschaft. Die Koranschulen, in denen die Kinder ab vier Jahren lernen, den Koran zu lesen und nach muslimischen Regeln zu leben, bieten auch eine Reihe von Angeboten zur Freizeitgestaltung, aber

keine Hilfe zur Integration in die deutsche Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang auch noch eine Anmerkung zum Streit um das Tragen des Kopftuches. Ich möchte jetzt nicht noch einmal alle Argumente dafür oder dagegen aufzeigen, sondern nur etwas feststellen. Derya, 16, *„Also bei mir, den ersten Tag, das war so, mein Bruder ist irgendwann mal nach Hause gekommen und hat mir erzählt, Kopfluchtragen wie das ist, warum das ist und dann hat er gesagt, hat er mich gefragt, möchtest Du ein Kopftuch tragen. Da war ich acht oder neun und dann habe ich gedacht, dass meine ganze Familie hat ja, meine Geschwister, die tragen alle Kopftuch und da, das hat mich verwirrt sozusagen, ich war ja auch klein, da habe ich mein erstes Kopftuch getragen...“*

In allen meinen Gesprächen in den letzten Jahren mit sehr vielen Mädchen, die Kopftuch tragen, ist mir nicht ein einziges Kind begegnet, dass wirklich freiwillig Kopftuch trägt. Ein Kind vor der Pubertät hat nach allen entwicklungspsychologischen Erkenntnissen keine wirkliche Entscheidungsfreiheit, weil die Bindung und Abhängigkeit von der Familie prägend ist.

Am Anfang meiner Ausführungen habe ich die vertikale Trennung in der muslimischen Gesellschaft beschrieben und dass das Kopftuch den Mann und die Frau voreinander schützen soll. Im türkischen bezeichnet man, den Vorgang sich ein Kopftuch anzulegen „Kapatmak“, übersetzt bedeutet das Zumachen. Mir scheint, dass dies nicht nur auf das Kopftuch zutrifft. Die Muslime verschließen sich zunehmend mit dem Ausleben des muslimischen Common Sense einer offenen Gesellschaft. Sie machen zu.

Fazit: Der Islam und die Moderne. Forderungen an die muslimischen Institutionen und die deutsche Gesellschaft

Mein Vater hat nach sieben Jahren trotz aller seiner Bemühungen, uns in Deutschland eine neue Heimat zu geben, aufgegeben und ist alleine in die Türkei zurückgegangen. Nicht nach Istanbul, sondern in das Haus seiner Mutter in Zentralanatolien. Selbst bei bestem Willen ist es ungeheuer schwer, in einem fremden Land anzukommen. Auch die deutsche Gesellschaft muss diesen Prozess unterstützen und fördern. Aber auch die Migranten müssen ihren Teil da-

zu beitragen, müssen den Willen haben, anzukommen. Es gibt einige ganz einfache, und doch schwer umzusetzende Voraussetzungen, die Integration möglich machen:

Dazu müssen zunächst die Migranten selbst etwas tun:

- Die türkischen Kinder und ihre Eltern müssen die deutsche Sprache beherrschen lernen.
- Dazu müssen schon im Kindergarten Sprachkurse und Sprachförderung selbstverständlich sein und genutzt werden.
- Zwangsverheiratungen müssen aufhören.
- Die muslimischen Organisationen müssen eine Vorbildfunktion bei der Integration leisten.
- Es muss ein öffentliches Interesse daran bestehen, mit welchen pädagogischen Konzepten gelehrt und welche Inhalte in den Moscheen und Koranschulen vermittelt werden. Dies muss kontrollierbar sein.

Aber auch die deutsche Gesellschaft muss es schaffen, vor allem den Jugendlichen eine positive deutsche Identität anzubieten, auch aus dem Interesse, die eigenen Errungenschaften zu verteidigen.

Recht & Gesetz

Stellungnahme zum Gesetzentwurf U – Haft

der Konferenz der Katholischen Seelsorge bei den Justizvollzugsanstalten in der Bundesrepublik Deutschland,

der Evangelischen Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland,

der Katholischen Bundes - Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband,

der Evangelischen Konferenz für Straffälligenhilfe im Diakonischen Werk der EKD,

des Deutschen Caritasverbandes,

des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland,

des Leiters des Kommissariats der deutschen Bischöfe — Katholisches Büro in Berlin und

des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der EU

zum Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft (GVU) — Stand: 22. September 2004

Im Dezember 2004 wurde die gemeinsame Stellungnahme verabschiedet. Wir dokumentieren den Wortlaut mit minimalen Kürzungen.

A. Vorbemerkung

Bereits zu den Vorgängerentwürfen für ein Untersuchungshaftvollzugsgesetz haben die evangelische und katholische Kirche sowie gemeinsam ihre Fachverbände in den Jahren 1996/1997 und 1999 Stellung genommen. Die grundsätzlichen Erwägungen wie auch die konkret benannten Kritikpunkte der damaligen Äußerungen haben gegenüber dem nunmehr vorliegenden Entwurf im Wesentlichen ihre Gültigkeit behalten.

B. Einleitung

Ausdrücklich begrüßen wir die Absicht des Bundesministeriums der Justiz, den Vollzug der Untersuchungshaft nun endlich im Rahmen eines speziellen Bundesgesetzes zu regeln.

Allerdings sehen wir die bei der Ausgestaltung eines Untersuchungshaftvollzugsgesetzes zu berücksichtigenden Grundsätze zur Untersuchungshaft wie insbesondere die Unschuldsvermutung in den Einzelbestimmungen des Entwurfs nicht in ausreichendem Maß verwirklicht. In diesem Zusammenhang wenden wir uns auch gegen die vorgeschlagene Übernahme der Regelungen des Strafvollzugsgesetzes zur Religionsausübung für die Untersuchungshaft. Dies hat gegenüber der geltenden Rechtslage (Untersuchungshaftvollzugsordnung) eine Einschränkung der Tätigkeit der Anstaltsseelsorger zur

Folge sowie eine nicht gebotene Schlechterstellung der Untersuchungsgefangenen. Ebenso wenden wir uns dagegen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachdienste der Wohlfahrtsverbände nicht in die Regelung des § 22 UVollzG-E einbezogen wurden und ihnen ein möglichst ungehinderter Kontakt zu den Untersuchungsgefangenen nach der Fassung des Entwurfs bisher nicht gewährleistet wird.

Untersuchungshaft ist ein Gradmesser für die Rechtstaatlichkeit eines Gemeinwesens. Da sie das einschneidendste strafprozessuale Zwangsmittel darstellt, ist die Gestaltung ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen in besonderer Weise an den Grundrechten der Betroffenen und am Grundsatz des fairen Strafverfahrens zu messen. Das Prinzip der Unschuldsvermutung, nach dem jeder Bürger/jede Bürgerin bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig zu gelten hat, erfordert, dass bereits bei der Verhängung der Untersuchungshaft strengste rechtsstaatliche Maßstäbe angelegt werden und bei ihrem Vollzug jeder Anschein von Strafe vermieden wird.

Die Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte durch die Untersuchungshaft stellt für die als unschuldig geltenden Inhaftierten nach Auffassung des Bundesgerichtshofs ein Sonderopfer für die Allgemeinheit dar, das unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten so gering wie möglich zu halten ist. Deshalb muss für gesetzliche Regelungen eine Vollzugsgestaltung Ausgangspunkt sein, die über die Einschränkung der körperlichen Bewegungsfreiheit hinausgehende Grundrechtsbeschränkungen soweit wie möglich zu vermeiden sucht. Fiskalische Überlegungen können daher bei der Ausgestaltung des Vollzuges der Untersuchungshaft nicht ausschlaggebend sein.

Ein eigenständig ausgestaltetes Untersuchungshaftvollzugsgesetz muss sich daher an folgenden Grundsätzen messen lassen:

1. Das *Verhältnismäßigkeitsprinzip* gilt nicht nur für die Anordnung, sondern auch für die Ausgestaltung des Untersuchungshaftvollzugs. Den Untersuchungsgefangenen dürfen nur die Beschränkungen auferlegt werden, die für die konkrete Verfahrens- und Vollstreckungssicherung unerlässlich sind. Interessen der Wahrung von Sicherheit und Ordnung einer Anstalt dürfen nicht als „Generalabsolution“ für

Einschränkungen der Persönlichkeitsrechte dienen.

2. Untersuchungshaft muss soweit wie möglich *individuell* ausgestaltet werden. Hierzu gehört insbesondere auch, bei der Aufnahme in die Untersuchungshaft die individuell unterschiedlichen Bedürfnisse z.B. nach Besuch oder Kleidung nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Soziale Hilfen zur Förderung der persönlichen Entwicklung und zur Verbesserung der sozialen Situation sollten dem Einzelfall gerecht werden.

3. Die *Vollzugsgestaltung* muss sich am jeweiligen Haftgrund orientieren. Kontakte mit der Außenwelt können beispielsweise bei einer Inhaftierung wegen Fluchtgefahr wesentlich großzügiger gestaltet werden als beim Vorliegen des Haftgrunds „Verdunklungsgefahr“. Die Stellung der Gefangenen gebietet es, Untersuchungs- und Strafgefangene konsequent zu trennen.

4. Das Leben im Vollzug ist den *allgemeinen Lebensverhältnissen* soweit wie möglich anzugleichen, um schädlichen Folgen der Inhaftierung von vornherein entgegenzuwirken. Hierbei ist insbesondere auf Beratungs-, Bildungs-, Kommunikations- und Freizeitangebote zu achten. Zur Vermeidung von Entsozialisierung sollten solche Angebote notwendigerweise auf alle Untersuchungshaftgefangene erstreckt werden.

C. Stellungnahme im Einzelnen

§ 2 - Stellung der Gefangenen

Zu begrüßen sind die ausdrückliche Betonung der Unschuldsvermutung in Absatz 1. Ebenso befürworten wir die Aufnahme der so genannten Bequemlichkeitsgarantie (Absatz 2), des Grundsatzes der Einzelunterbringung (Absatz 3) sowie die Betonung, dass Beschränkungen in einem angemessenen Verhältnis zum Zweck der Anordnung stehen müssen, worüber das Gericht zu entscheiden hat (Absätze 4 bis 6).

Die Besonderheit der Untersuchungshaft und des damit verbundenen Status des Untersuchungsgefangenen bedarf auch sprachlich einer klaren Trennung vom übrigen Vollzug. Dem würde besser mit dem **durchgehenden** Gebrauch des Begriffes „Untersuchungsgefangene(r)“ Rechnung getragen.

§ 3 - Gestaltung des Vollzugs

Zu begrüßen sind die Angleichung an die jeweiligen Lebensverhältnisse (Absatz 1), das Angebot von sozialen Hilfen (Absatz 2) sowie der „Genderaspekt“ in Absatz 3.

Allerdings darf die in der Begründung (S. 14, 3. Absatz) getroffene Relativierung, wonach „die Ansprüche und Erwartungen an eine derartige Haftgestaltung den besonderen Bedingungen der Untersuchungshaft angepasst werden müssen“ nicht dazu führen, dass die Angebote auch aus finanziellen Gründen auf ein Minimum beschränkt werden.

§ 4 - Trennung des Vollzugs

Zu begrüßen ist der angestrebte Grundsatz der Unterbringung von Untersuchungsgefangenen in besonderen Anstalten oder besonderen Abteilungen (Absatz 1), ebenso die Erforderlichkeit der Zustimmung der einzelnen Untersuchungsgefangenen, wenn hiervon abgewichen werden soll (Absatz 2).

Nach dem Entwurf soll aber darüber hinaus eine Zusammenlegung auch ohne Zustimmung der einzelnen Untersuchungsgefangenen unter anderem aus „anderen wichtigen Gründen“ zulässig sein. Der Entwurf aus dem Jahre 1999 hatte dagegen auf „besonders wichtige Gründe“ abgestellt. Wir halten diese Formulierung für vorzugswürdig.

§ 5 - Zuständigkeiten

Die in § 5 des Entwurfes vorgesehene Kompetenzaufteilung zwischen Gericht und Anstalt könnte in der Praxis zu einer Vereinfachung vollzuglicher Abläufe führen und insbesondere für die Inhaftierten den Verkehr mit der Außenwelt beschleunigen.

Allerdings ist die Übertragungsmöglichkeit sehr weitgehend. Nur wenige Beschränkungen oder Maßnahmen sind ausschließlich durch das Gericht zu treffen und können nicht übertragen werden (vgl. Absatz 4, § 9 Absatz 1 Satz 2, § 24 Absatz 3 Satz 2). Dies halten wir im Hinblick auf die Unschuldsvermutung für problematisch (vgl. auch unten die Ausführungen zu § 27 (Punkt 18.) und § 43 des Entwurfs (Punkt 24.2)).

Die Begründung zu Absatz 3 führt im Hinblick auf den Grundsatz des fairen Verfahrens aus, dass den Untersuchungsgefangenen vor der Entscheidung über eine Zuständigkeitsübertragung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist. Wir plädieren dafür, dies in § 5 ausdrücklich aufzunehmen.

§ 6 - Zusammenwirken der beteiligten Stellen

Zu begrüßen ist, dass das Ergreifen von haftvermeidenden Maßnahmen ausdrücklich als Ziel des nach § 6 UVollzG-E gebotenen Zusammenwirkens der beteiligten Stellen benannt ist.

Im Hinblick auf den Grundsatzcharakter der §§ 1 - 6 des Entwurfs und auf die Tatsache, dass beispielsweise Untersuchungshaft vermeidende Projekte häufig von außervollzuglichen Trägern und Einrichtungen betrieben werden, ist auf die erfreulicherweise in § 25 Absatz 4 UVollzG-E festgeschriebene enge Zusammenarbeit mit diesen bereits hier deutlich hinzuweisen.

§ 7 - Aufnahme in die Anstalt

Wir befürworten, die Regelung der Nr. 16 Absatz 4 UVollzO in § 7 UVollzG-E aufzunehmen. Nach Nr. 16 Absatz 4 UVollzO ist der Untersuchungsgefangene „unabhängig von der Benachrichtigung von Amts wegen nach § 114 b Absatz 1 StPO darauf hinzuweisen, dass er Gelegenheit hat, einen Angehörigen oder eine Person seines Vertrauens von der Verhaftung oder Verlegung in eine andere Anstalt zu benachrichtigen.“ Nach Satz 2 gilt dies im Hinblick auf § 114 b Absatz 2 StPO nur nicht, „wenn der Richter den Zweck der Untersuchung durch die Benachrichtigung für gefährdet hält“.

§ 8 - Verlegung, Überstellung

Die Praxis zeigt, dass eine Verlegung in die Nähe des Wohnortes von Familienangehörigen angezeigt sein kann, damit die Untersuchungsgefangenen überhaupt Kontakt zu ihnen aufrechterhalten können. Wir regen daher an, mindestens in die Begründung aufzunehmen, dass die Aufrechterhaltung des Kontaktes zu nahen Angehörigen einen wichtigen Grund für eine Verlegung darstellen kann. Alternativ wäre auch eine Aufnahme in Absatz 1 denkbar.

Um beispielsweise Angehörigen unnötige Anreisen zu Besuchsterminen zu ersparen, ist Absatz 4 dahingehend zu präzisieren, dass den Untersuchungsgefangenen „rechtzeitig“ vor einer Verlegung Gelegenheit gegeben wird, Angehörige zu benachrichtigen.

§ 11 - Unterbringung

Angesichts der Überbelegung und der Personalknappheit sowie der oftmals schlechten baulichen Voraussetzungen besteht bei der vorgeschlagenen Formulierung in § 11 Absatz 2 „so weit es die räumlichen, personellen und organisatorischen Verhältnisse der Anstalt gestatten“ die erhebliche Gefahr, dass die bestehende Mangelsituation fortgeschrieben und dauerhaft legitimiert wird. Sie wird daher in dieser Form abgelehnt.

Des Weiteren sollte in Absatz 2 zur Vermeidung von sozialschädlichen Folgen des Freiheitsentzugs sowie in Anwendung des Angleichungsgrundsatzes vorgesehen werden, dass die Untersuchungsgefangenen mindestens vier Stunden täglich in Gemeinschaft verbringen dürfen.

Die vorfindbare Praxis, Untersuchungsgefangene bis zu 23 Stunden im Einzelhaftstraum einzuschließen unter Hinweis auf bauliche Gegebenheiten beziehungsweise knappen Personalbestand, ist im Hinblick auf die Unschuldsvermutung und den Angleichungsgrundsatz nicht tragbar.

§ 12 - Beschäftigung, Bildungsmaßnahmen

Aufgrund des Angleichungsgrundsatzes sollte grundsätzlich allen Gefangenen die Gelegenheit zum Erwerb oder zur Verbesserung schulischer und beruflicher Kenntnisse gegeben werden. Das Erlernen und die Vertiefung deutscher Sprachkenntnisse sind dabei von besonderer Wichtigkeit. In Absatz 4 sollte daher auf die un-

bestimmte und zu sachfremden Erwägungen verleitende Einschränkung durch das Wort „geeignete“ verzichtet werden. Zugleich ist Absatz 4 um die Gelegenheit „zum Erwerb oder zur Vertiefung deutscher Sprachkenntnisse“ zu ergänzen.

§ 14 - Persönlicher Bereich

Die Möglichkeit, eigene Kleidung zu tragen und eigene Bettwäsche zu benutzen, darf nicht an der Unmöglichkeit der Reinigung, die der Untersuchungsgefangene nicht zu vertreten hat, scheitern. Insofern sollte eine Formulierung in § 14 des Entwurfs angestrebt werden, die die Untersuchungshaftanstalten verpflichten, den Inhaftierten Möglichkeiten der Reinigung und Instandhaltung eigener Kleidung und eigener Bettwäsche - wie beispielsweise durch Aufstel-



Bild eines Gefangenen, zur Verfügung gestellt von Ulrich Tietze aus Hannover

len von Waschmaschinen - einzuräumen.

Da kein ersichtlicher, aus Gründen der Sicherheit und Ordnung der Anstalt ableitbarer Ausschlussgrund erkennbar ist, der das Tragen von Anstaltskleidung oder die Benutzung von Anstaltsbettwäsche zwingend erfordert, sollte in Absatz 4 darauf verzichtet werden, von den in Absatz 1 erwähnten Rechten auszuschließen, unbeschadet der Möglichkeit einer Einschränkung dieser Rechte. Auch die Begründung führt hierzu lediglich ein verfahrenssicherndes Beispiel an.

§ 15 - Recht auf Besuch

Der Entwurf regelt die Gesamtdauer der Besuche für einzelne Gefangene durch die Festlegung einer Mindestbesuchsdauer von monatlich zwei Stunden in Absatz 1. Eine derartige Begrenzung der Besuchszeit ist im Hinblick auf die Unschuldsvermutung und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Untersuchungshaft nicht gerechtfertigt und für die Aufrechterhaltung der familiären Kontakte und zur Begrenzung des Maßes an Entfremdung zwischen Familienangehörigen auch keineswegs ausreichend. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die jungen Untersuchungsgefangenen, für die § 15 auch gelten dürfte. Wir machen geltend, eine höhere Gesamtdauer - von unseres Erachtens zwei Stunden pro Woche - für die Besuche festzulegen.

Absatz 3 ermächtigt die Anstalten, zur Aufrechterhaltung der Ordnung der Anstalt in der Hausordnung allgemeine Besuchszeiten (Besuchstage und -stunden) festzusetzen. Dabei wird in der Begründung ausgeführt, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Anstalten bei der Festsetzung der Sprechzeiten zu prüfen haben, ob es zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen (Gefahr der Entfremdung zwischen den Gefangenen und ihren in Freiheit lebenden Angehörigen) geboten ist, für Besuche von Familienangehörigen Besuchsgelegenheiten auch außerhalb der allgemeinen Besuchszeiten zu schaffen. Weiter wird ausgeführt, dass sich die Anstalten daher beispielsweise darauf einrichten müssen, Besuche von Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern gegebenenfalls auch außerhalb der allgemeinen Sprechtage und -zeiten durchführen zu

können. Wir plädieren dafür, dies in den Gesetzestext aufzunehmen und Absatz 3 in dem Sinne zu ergänzen, dass die Festsetzung allgemeiner Besuchszeiten auch Besuche am Abend und am Wochenende umfasst.

§ 18 - Recht auf Schriftwechsel

Absatz 2 Satz 2 sollte als „Sollvorschrift“ gefasst werden, um auch bedürftigen Untersuchungsgefangenen die gesellschaftliche Kommunikation während der Untersuchungshaft und das Aufrechterhalten sozialer Kontakte zu ermöglichen.

§§ 19, 21 - Überwachung des Schriftwechsels, Telefongespräche

Die Konkretisierung der Unschuldsvermutung sowie des Angleichungs- und Gegensteuerungsprinzips zeigt sich insbesondere im Verkehr der Untersuchungsgefangenen mit der Außenwelt. Insofern dürfen die Kontakte der Untersuchungsgefangenen mit der Außenwelt auch nur in dem Maße eingeschränkt werden, wie dies im Hinblick auf den konkreten Haftgrund für die Verfahrens- und Vollstreckungssicherung erforderlich ist. Die Überwachung des Schriftwechsels und von Telefongesprächen sollte daher im Grundsatz nur bei Vorliegen des Haftgrundes der Verdunkelungsgefahr vorgesehen werden und im übrigen im Einzelfall durch den Richter anzuordnen sein.

§ 22 - Verkehr mit Verteidigerinnen und Verteidigern sowie der Bewährungs- und Gerichtshilfe

Im Hinblick auf Absatz 1 Satz 2 ist zu überprüfen, ob der Telefonverkehr mit dem Verteidiger an eine gerichtliche Erlaubnis gekoppelt werden soll. Ferner führt der 2. Halbsatz „soweit es die räumlichen, personellen und organisatorischen Verhältnisse der Anstalt zulassen“ in der Praxis dazu, dass ein Telefonverkehr mit dem Verteidiger oftmals nicht stattfinden wird.

In die Regelung des § 22 UVollzG-E werden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der in § 25 Absatz 3 UVollzG-E genannten externen Stellen und Einrichtungen nicht einbezogen. Siehe insoweit die Ausführungen unter Punkt 16.

§ 25— Soziale Hilfe

Die Formulierung des § 25 UVollzG-E hat erfreulicherweise einige Vorschläge der Verbände zur Regelung der psychosozialen Hilfeangebote aufgegriffen. Richtigerweise wird in der Begründung zu § 25 UVollzG-E hervorgehoben, dass in der Untersuchungshaft besondere psychische Belastungen und Krisensituationen entstehen, auf die mit geeigneten Hilfeangeboten rasch reagiert werden muss. Es steht dabei zu hoffen, dass Kostenerwägungen nicht die Einrichtung notwendiger Hilfen verhindern.

In der Begründung zu § 25 UVollzG-E wird auf die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten der sozialen Hilfen hingewiesen und deshalb auf eine Aufzählung einzelner Hilfen verzichtet. Der Entwurf weist ebenso darauf hin, dass Ansprüche auf Geld- oder Sachleistungen nach anderen Vorschriften unberührt bleiben. Bezogen auf die zum 1. Januar 2005 in Kraft tretenden **Änderungen im System der sozialen Sicherung** liegen noch **keine Erfahrungen** darüber vor, welche Angebote und Leistungen Untersuchungsgefangene nach diesen Vorschriften tatsächlich in Anspruch nehmen können. Wir weisen an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass sich daraus noch ein **Änderungsbedarf** im **Gesetzgebungsverfahren** ergeben kann.

In Absatz 2 ist zu ergänzen, dass die Untersuchungsgefangenen **auch mündlich**, also in einem **persönlichen Gespräch**, über die Hilfeangebote zu informieren sind. Die verbreitete Praxis mehrsprachiger Aushänge oder Faltblätter genügt nicht. Gerade bei Untersuchungsgefangenen mit Migrationshintergrund ist Analphabetismus noch immer verbreitet. Selbst wenn der Text aber gelesen werden kann, ist der Nutzen der Hilfeangebote oftmals nicht bekannt oder die Hürde der Inanspruchnahme wird nicht genommen. Die Untersuchungsgefangenen bedürfen hier der Unterstützung.

Absatz 4 regelt die **Zusammenarbeit** der Untersuchungshaftanstalten mit **externen Organisationen und Einrichtungen sowie mit Personen und Vereinen**, die soziale Hilfen anbieten. Da die Untersuchungshaftanstalten aus personellen und finanziellen Gründen selbst nur ein begrenztes Angebot sozialer Hilfen vorhalten können, kommt dieser Zusammenarbeit, insbesondere mit den Fachdiensten der Wohlfahrts-

verbände, ein hoher Stellenwert zu. Dies wird daher ausdrücklich begrüßt.

Zu begrüßen ist ferner, dass in Absatz 5 erstmalig die Möglichkeit geschaffen wird, Untersuchungsgefangenen eine **Entlassungsbeihilfe** zu gewähren. Hinsichtlich der in der Begründung zu Absatz 5 genannten Möglichkeit der Übernahme der Kosten einer Heimreise ins Ausland verweisen wir auf unsere obigen Ausführungen zu den Änderungen im System der sozialen Sicherung.

Fehlende Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der in § 25 Abs. 3 genannten externen Stellen und Einrichtungen in die Regelung des § 22 UVollzG-E

Der Referentenentwurf verzichtet wie bereits der Entwurf aus dem Jahre 1999 darauf, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der in § 25 Absatz 3 UVollzG-E genannten externen Stellen und Einrichtungen in die Regelung des § 22 UVollzG-E einzubeziehen, die einen weitgehend ungehinderten und unbeschränkten Verkehr mit Verteidigerinnen und Verteidigern sowie mit Mitarbeitern der Bewährungs- und Gerichtshilfe gewährleistet. In der Begründung zu § 22 UVollzG-E ist hierzu ausgeführt, dass angesichts des sehr großen Kreises der von § 25 Absatz 3 UVollzG-E erfassten Personen und einer fehlenden Auswahl unter spezifischen Sicherheitsgesichtspunkten sich eine gesetzliche Vermutung der Zuverlässigkeit nicht in vergleichbarer Weise begründen ließe.

Hiergegen ist nachdrücklich einzuwenden, dass die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Einrichtungen bereits bei Aufnahme ihrer Tätigkeiten durch die Vollzugsbehörde sicherheitsüberprüft und für ihre Tätigkeit zugelassen werden. Bedenken gegenüber diesem Personenkreis, wie sie in der Begründung zu § 22 UVollzG-E angeführt werden, sind daher nicht nachzuvollziehen. Zu Recht wird in der Begründung zu § 25 UVollzG-E darauf hingewiesen, dass die Anstalten nicht zuletzt aus personellen Gründen eine umfassende Beratung in besonderen Problemsituationen häufig nicht leisten können. Der erschwerte Zugang der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der freien Wohlfahrtspflege in die Untersuchungshaftvollzugsanstalten würde daher die im Sinne

der Betroffenen dringend notwendige Zusammenarbeit zwischen Vollzug und externen Hilfsorganisationen wesentlich behindern. Schließlich werden je stärker sich der Vollzug nach innen abschottet desto weniger krisenintervenierende, haftvermeidende und entlassungsvorbereitende Aktivitäten zum Tragen kommen können.

Wir machen daher geltend, § 25 oder § 22 UVollzG-E in dem Sinne zu ergänzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der in § 25 Absatz 3 UVollzG-E genannten externen Stellen und Einrichtungen den in § 22 UVollzG-E genannten Personen gleichgestellt werden und ihnen ein möglichst ungehinderter Zugang zu den Untersuchungsgefangenen eröffnet wird.

Besuche der vorgenannten Personen dürfen auch nicht auf die allgemeinen Besuchszeiten angerechnet werden, sollte keine Gleichstellung mit dem Personenkreis des § 22 UVollzG-E erfolgen.

Fehlende Regelung zum Taschengeld in der Untersuchungshaft

Der Entwurf regelt wie der Vorgängerentwurf nicht mehr die Frage des Taschengeldes für Untersuchungsgefangene. Bei einer extrem hohen Arbeitslosigkeit in den Untersuchungshaftanstalten ist eine große Anzahl von Gefangenen auf ein Taschengeld zur Befriedigung geringer Konsumbedürfnisse angewiesen. Nicht zuletzt trägt die Zahlung eines Taschengeldes auch zur Beruhigung der sozialen Beziehungen in den Haftanstalten und zur Vermeidung subkultureller Abhängigkeitsverhältnisse bei. Angesichts der von den sozialen Diensten, der Seelsorge und der freien Straffälligenhilfe übereinstimmend als extrem schwierig bezeichneten Probleme, bei den Trägern der Sozialhilfe Ansprüche auf Ta-

schengeld durchzusetzen, beunruhigt uns der Versuch, die Verantwortung für die Beantragung und Durchsetzung dieser Ansprüche allein den Untersuchungsgefangenen selbst zu übertragen und die Anstalten hier vollständig zu entlasten. Vorstellbar ist aus unserer Sicht, dass die Haftanstalten in Vorleistung treten und die gezahlten Taschengelder selbst bei den zuständigen Kostenträgern wieder einholen. Durch eine entsprechende Regelung bliebe die grundsätzliche Zuständigkeit der Sozialleistungsträger gewahrt, aber die betroffenen Untersuchungsgefangenen müssten nicht bis zu einem halben Jahr auf die Gewährung der Hilfe warten.

§ 27 - Disziplinarmaßnahmen

Im Hinblick auf den Zweck und die Grundsätze der Untersuchungshaft (s.o.) bestehen **grund-**

sätzliche Bedenken dagegen, dass bezüglich der Disziplinarmaßnahmen sehr weitgehend auf die entsprechenden Regelungen des Strafvollzugsgesetzes verwiesen wird und die Untersuchungsgefangenen diesbezüglich den Strafgefangenen gleichgestellt werden. Insbesondere der Entzug des Hörfunk- und Fernsehempfangs ist ein erheblicher Eingriff in Artikel 5 Grundgesetz. Ebenso handelt es sich bei der Verhängung von Arrest um einen weitgehenden Eingriff in Grundrechte des Betroffenen. Es ist daher zu prüfen, ob es bei einer so weitgehenden Bezugnahme auf die Regelungen des Strafvollzugsgesetzes verbleiben kann.

Jedenfalls muss die Anordnung von Disziplinarmaßnahmen gegen Untersuchungsgefangene beziehungsweise mindestens von bestimmten Arten der Disziplinarmaßnahmen ausschließlich dem Gericht vorbehalten bleiben.



Abschnitt 8 - Vorschriften für junge Gefangene

Angesichts der negativen, schädigenden Auswirkungen von Haft für die persönliche Entwicklung von Jugendlichen und Heranwachsenden bestehen grundsätzliche Bedenken, Untersuchungshaft an Jugendlichen und Heranwachsenden zu vollziehen. Es sollten vorrangig die in §§ 71, 72 JGG eröffneten Möglichkeiten genutzt werden, betroffene Jugendliche in Einrichtungen der Jugendhilfe unterzubringen.

Auf jeden Fall müssen bei der Untersuchungshaft für Jugendliche und Heranwachsende besondere Gestaltungsgrundsätze beachtet werden, insbesondere hinsichtlich der schulischen und beruflichen Bildung, der Mitwirkung von Erziehungsberechtigten, der Trennung von erwachsenen Untersuchungsgefangenen, der Besuchsregelungen. Mit der weitgehenden Übernahme entsprechender Regelungen aus dem noch zu verabschiedenden Jugendstrafvollzugsgesetz hat sich der Gesetzgeber bemüht, diesem Ziel näher zu kommen. Zu den übernommenen Regelungen verweisen wir auf die diesbezügliche Stellungnahme vom 1. Juli 2004.

§ 31 - Gestaltung des Vollzugs

Während der Untersuchungshaft besteht das nach Artikel 6 Absatz 2 Grundgesetz garantierte Sorgerecht der Personensorgeberechtigten im Grundsatz fort, wenn auch in einigen Teilen eingeschränkt. Die **Personensorgeberechtigten** können die Personensorge und die in § 31 Absatz 4 UVollzG-E konkretisierten Rechte jedoch nur ausüben, wenn sie über die Inhaftierung und den jeweiligen Aufenthaltsort der jungen Untersuchungsgefangenen **unverzüglich** unterrichtet werden. Absatz 4 sollte entsprechend ergänzt werden.

§ 34 - Schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung, Arbeit

§ 34 knüpft an die Regelungen des § 31 an, sieht in Absatz 2 aber eine Verpflichtung minderjähriger Untersuchungsgefangener zur Annahme entsprechender Angebote auch gegen ihren Willen vor. Auch wenn im Grundsatz anerkannt wird, dass bei Minderjährigen eine Verpflichtung zur Annahme entwicklungsfördernder Angebote aus erzieherischen Gründen ange-

zeigt sein kann, werfen die Regelungen des § 34 einige Fragen auf:

Insbesondere gegen die Verpflichtung zu **nicht weiter qualifizierender Arbeit oder „sonstiger“ Beschäftigung** (§ 31 Absatz 2 UVollzG-E) bestehen starke Bedenken, da der pädagogische Wert einer solchen Maßnahme i.d.R. als gering einzustufen und eine staatlich angeordnete Arbeitspflicht - auch für minderjährige Untersuchungsgefangene - abzulehnen ist (vgl. § 12 Absatz 1 UVollzG-E). Weiterhin müssen für Minderjährige Bildung und Qualifizierung absoluten Vorrang haben. Die Anstalten dürfen sich hier ihrer Verpflichtung zur Förderung der Entwicklung der jungen Untersuchungsgefangenen (§ 31 Absatz 1 UVollzG-E) nicht durch das Angebot reiner Arbeits- und Beschäftigungsangebote entziehen.

Gerade weil der Staat die elterliche Sorge für die minderjährigen Untersuchungsgefangenen nur stellvertretend ausübt (vgl. Begründung S. 62, 3. Absatz), muss diese Stellvertreterfunktion auf das absolut Notwendige beschränkt sein. Es sollten daher auch an dieser Stelle **Mitwirkungs- und Einspruchsrechte der Personensorgeberechtigten** vorgesehen werden.

§ 36 - Betreuung

Seit Jahren ist unter Fachleuten unstrittig, dass die pädagogische Ausrichtung der Untersuchungshaft die Unterbringung der Jugendlichen und Heranwachsenden in Wohngruppen erfordert. Die in Absatz 2 vorgesehene Gruppengröße von 8 erscheint aus pädagogischen Gesichtspunkten sinnvoll. § 36 UVollzG-E wird daher **ausdrücklich begrüßt**.

§ 37 - Freizeitgestaltung, Mitverantwortung

Bereits in der Stellungnahme zum Jugendstrafvollzugsgesetzentwurf (JStVollzG-E) haben wir gefordert, dass für die Freizeitangebote, die den Gefangenen unterbreitet werden, auch die Einbeziehung „Dritter“ im Sinne von § 7 JStVollzG-E - wie z. B. Jugendverbände, Sportvereine, Kirchengemeinden, Kreativschulen und Einzelpersonen - erfolgen und ihnen eine reibungslose Arbeit ermöglicht werden sollte. Dies gilt entsprechend für den vorliegenden Gesetzentwurf. Wir verweisen daher auch an dieser Stelle auf unseren diesbezüglichen Ergänzungsvorschlag zum Absatz 1 des § 27 JStVollzG-E: „... Bei der Freizeitgestaltung sind

Angebote Dritter im Sinne des § 7 JStVollzG zu berücksichtigen.“

§ 43 - Geltung sonstiger Vorschriften des Strafvollzugsgesetzes

Verweis auf § 33 StVollzG - Pakete

Bezüglich des Paketempfangs ist eine Regelung, die dem Strafvollzugsgesetz entspricht, abzulehnen. Die Beschränkung auf drei Pakete, die pro Jahr empfangen werden dürfen sowie die Festlegung des Zeitpunkts für die Sendung durch die Vollzugsbehörde sind mit den Grundsätzen zur Ausgestaltung der Untersuchungshaft nicht vereinbar.

Verweis auf §§ 53 bis 55 StVollzG - Religionsausübung

Gemäß § 43 UVollzG-E sollen ferner die §§ 53 bis 55 des Strafvollzugsgesetzes über die Religionsausübung entsprechende Anwendung finden. Anders als die genannten Vorschriften des Strafvollzugsgesetzes enthält die Untersuchungshaftvollzugsordnung unter Nr. 48 Absatz 2 eine Regelung, die der besonderen Situation Untersuchungsgefangener Rechnung trägt und sich in der Praxis bewährt hat. Danach dürfen die hauptamtlich oder vertraglich angestellten Anstaltsseelsorger die Gefangenen ohne Erlaubnis aufsuchen. Die pauschale Verweisung auf §§ 53 bis 55 StVollzG in § 43 UVollzG-E würde zu einer Verschärfung der derzeit geltenden Rechtslage und im Bereich der Religionsausübung zu einer - dem § 2 UVollzG-E entgegenstehenden - Gleichbehandlung mit Strafgefangenen führen.

Zudem sollten Regelungen zur Sicherung des Grundrechts auf ungestörte Religionsausübung in einem Untersuchungshaftvollzugsgesetz eigenständig geregelt werden.

Wir bitten daher nachdrücklich darum,

- von einem pauschalen Verweis auf die Vorschriften zur Religionsausübung des Strafvollzugsgesetzes abzusehen und
- den Wortlaut der geltenden Regelung der Nr. 48 Absatz 2 der Untersuchungshaftvollzugsordnung, die ausdrücklich das Aufsuchen von Untersuchungsgefangenen ohne Erlaubnis durch hauptamtliche oder vertraglich angestellte Anstaltsseelsorger (auch ohne Bindung an die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsge-

meinschaft) zulässt, in den Gesetzesentwurf zur Regelung der Untersuchungshaft aufzunehmen.

Der Unschuldsvermutung ist ferner auch dadurch Rechnung zu tragen, dass

- den Untersuchungsgefangenen das Recht auf Zuspruch einer Seelsorgerin oder eines Seelsorgers auch einer anderen Religionsgemeinschaft zugestanden wird, wie es bisher in Nr. 48 Absatz 1 Satz 2 UVollzG (mit Verweis auf Nr. 47 Absatz 2) geregelt ist und
- der Ausschluss eines Untersuchungsgefangenen vom Gottesdienst oder anderen religiösen Veranstaltungen nicht wie in § 54 Absatz 3 StVollzG allein durch die Vollzugsbehörde erfolgen kann, sondern wie nach der geltenden Rechtslage (§ 119 Absatz 6 StPO, Nr. 47 Absatz 3 UVollzG) der richterlichen Genehmigung bedarf.

Der geplante bloße Rückgriff auf die Regelungen des StVollzG würde dem erklärten Anliegen des Entwurfs, zur Verbesserung der Rechtsstellung der Gefangenen beizutragen, zuwiderlaufen und stattdessen die Stellung der Untersuchungsgefangenen und die der Seelsorge beschränken.

Revolution im Oberlandesgericht

In einer Abschiebungshaftbeschwerde beantragte ein Iraker nach seiner Zurückschiebung nach Frankreich, die Fortdauer seiner Abschiebungshaft für unrechtmäßig zu erklären. Das OLG Schleswig hat in der Tat seinem Antrag entsprochen. Besonders interessant ist dabei die Argumentation, in der der formalistischen Falle der illegalen Einreise, durch die angeblich keine Ausreise möglich ist, was wiederum zur Abschiebungshaft führen muss, eine klare Absage erteilt wird. Die Abschiebungshaftfortdauer war rechtswidrig, weil die bloße Befürchtung einer evtl. illegalen Ausreise in das Land, in dem das Asylverfahren betrieben wird und wo der Betroffene sich berechtigt aufhält, kein Haftgrund sein kann. Nach dem Wortlaut des Gerichts wäre auch mit einer illegalen Ausreise das Ziel der

Rückkehr in das zuständige Land erreicht gewesen. Offenbar können sich auch in Gerichten lebenspraktische Erfahrungen als sinnvoll und durchsetzen, womit formalistischen Paragraphenreiterei der Boden entzogen wird. Der Beschluss wird hier wegen seiner Argumentation und Gedankenführung abgedruckt und zur genauen Lektüre empfohlen. (mh)

In der Abschiebungssache ...

hat der 2. Zivilsenat des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts in Schleswig auf die sofortige weitere Beschwerde des Betroffenen vom 3. Dezember 2004 gegen den Beschluss der 19. Zivilkammer des Landgerichtes Kiel vom 19. November 2004 durch die Richter *Waßmuth* und *Schupp* sowie die Richterin *Kollorz* am 12. Januar 2005 beschlossen:

Es wird festgestellt, dass die Inhaftierung des Betroffenen in der Zeit vom 18. November 2004 bis zu seiner Zurückschiebung nach Frankreich am 10. Dezember 2004 rechtswidrig war.

Die Bundesrepublik Deutschland trägt die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendigen Auslagen des Betroffenen im Erst- und Rechtsbeschwerdeverfahren nach einem Geschäftswert von 3.000,00 Euro.

Gründe .

I. Der Beteiligte betreibt in Frankreich ein Asylverfahren. Am 26. Oktober 2004 reiste er aus Frankreich in die Bundesrepublik Deutschland ein. Der Beteiligte nahm ihn an der deutsch-dänischen Grenze bei Ellund in Gewahrsam und beantragte die Haft zur Sicherung seiner Zurückschiebung nach Frankreich. Das Amtsgericht Flensburg ordnete mit Beschluss vom 27. Oktober 2004 an, dass der Betroffene längstens bis zum 17. November 2004 in Abschiebungshaft zu nehmen sei. Anschließend wurde die Haft in der Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg vollzogen. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge leitete das Konsultationsverfahren nach der VO (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 (Dublin II, Amtsblatt der EU vom 25. Februar 2003 L 50/1) mit Frankreich ein. Als die zuständigen französischen Behörden bis zum 16. November 2004 nicht über die Rückübernahme des Betroffenen entschieden hatten, hat

der Beteiligte die Verlängerung der Zurückschiebungshaft um 42 Tage beantragt. Diesen Antrag hat das Amtsgericht Rendsburg nach Abgabe des Verfahrens durch das Amtsgericht Flensburg (§ 103 Abs. 2 Satz 2 AuslG) mit Beschluss vom 16. November 2004 mit der Begründung zurückgewiesen, der Betroffene habe glaubhaft gemacht, dass er sich der Abschiebung nicht entziehen wolle. Er habe in seiner Anhörung gegenüber dem Amtsgericht Flensburg deutlich gemacht, dass er in Frankreich lebe, dort verheiratet sei, dort einen Asylantrag gestellt habe, über den bisher nicht entschieden worden sei, und keine anderen Ziele verfolge, als nach Frankreich zurückzukehren. Diese Angaben seien durch die Ermittlungen des Beteiligten bestätigt worden. Es sei daher nicht ersichtlich, dass sich der Betroffene einer Zurückführung nach Frankreich widersetzen oder untertauchen werde. Auf die dagegen fristgerecht eingelegte sofortige Beschwerde des Beteiligten hat das Landgericht die Fortdauer der Haft zunächst einstweilig angeordnet. Anschließend hat es die Entscheidung des Amtsgerichts mit Beschluss vom 19. November 2004 (...) geändert und endgültig angeordnet, dass der Betroffene zur Sicherung der Abschiebung über den 17. November 2004 hinaus für weitere 42 Tage in Haft zu nehmen sei. Das Landgericht hat unter anderem ausgeführt: Die Voraussetzungen für die Anordnung der Sicherungshaft zum Zwecke der Zurückschiebung nach den §§ 57, 61 AuslG lagen vor. Bei dem Betroffenen sei der Haftgrund des § 57 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 AuslG gegeben. § 57 Abs. 2 Satz 3 AuslG stehe der Anordnung der Haft nicht entgegen. Der Betroffene habe nicht glaubhaft gemacht, dass er sich der Zurückschiebung nicht entziehen werde. Die Kammer gehe zwar davon aus, dass er alsbald freiwillig nach Frankreich zurückkehren wolle, um sein Asylverfahren dort zu betreiben. Sie habe aber Zweifel, dass er die Entscheidung der französischen Behörden über seine Rückübernahme abwarten und sich solange den Behörden in Deutschland zur Verfügung stellen werde. Vielmehr sei zu befürchten, dass er illegal über die Grenze fahren werde. Der Betroffene habe erklärt, er wolle sobald wie möglich zu seiner Ehefrau nach Frankreich zurückkehren. Wegen der weiteren Einzelheiten der Entscheidungen des Amts- und Landgerichts wird auf die Be-

schlüsse vom 18. November 2004 (...) und 19. November 2004 (...) Bezug genommen: Gegen den Beschluss des Landgerichts hat der Betroffene form- und fristgerecht sofortige weitere Beschwerde eingelegt. Nach seiner Zurückschiebung nach Frankreich am 10. Dezember 2004 hat er mit Schriftsatz vom 21. Dezember 2004 beantragt, die Rechtswidrigkeit der Fortdauer der Abschiebungshaft festzustellen.

II. Die gemäß §§ 103 Abs. 2 Satz 1 AuslG, 3, 7 FEVG, 22, 27, 29, 20 FGG, Art. 19 Abs. 4 GG nach dem Vollzug der Zurückschiebung und der vorangegangenen Haft mit dem Ziel der Feststellung der Rechtswidrigkeit der Inhaftierung zulässige (BVerfG NJW 2002, 2456; OLG Hamm FGPrax 2004, 53) sofortige weitere Beschwerde ist begründet. Die Fortsetzung der Zurückschiebungshaft nach dem 17. November 2004 war nach den für den Senat grundsätzlich bindenden tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanzen rechtswidrig. Danach wollte der Betroffene auf jeden Fall nach Frankreich zurückkehren - also „notfalls“ auch im Wege der Zurückschiebung. Es bestand lediglich die Besorgnis, dass er seine Zurückschiebung nicht abwarten und schon vorher (illegal) nach Frankreich ausreisen würde. Es war und ist jedoch nicht Sinn und Zweck der Zurückschiebungshaft, die freiwillige Ausreise - sei sie nun legal oder illegal - in genau das Land zu verhindern, in das der Betroffene zurückgeschoben werden soll. Durch die Zurückschiebungshaft soll vielmehr nur sicher gestellt werden, dass der Betroffene die Bundesrepublik Deutschland verlässt und in das Land zurückkehrt, in das er zurückgeschoben werden darf. Dieses Ziel wird indessen auch dann erreicht, wenn der Betroffene - sei es nun legal oder illegal - freiwillig in das Land ausreist, in das er zurückgeschoben werden soll. Die Besorgnis der freiwilligen illegalen Ausreise reicht deshalb allein nicht aus, um eine Inhaftierung zu rechtfertigen. Das ergibt sich mittelbar auch aus § 62 AuslG, der eine Sicherungshaft selbst bei einem ausdrücklichen Ausreiseverbot gerade nicht vorsieht.

Nach den tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanzen ist davon auszugehen, dass sich der Betroffene der Zurückschiebung nicht entzogen hätte, wenn ihm die freiwillige Ausreise nach Frankreich misslungen wäre, weil er danach auf jeden Fall nach Frankreich zurückkehren wollte.

Bei dieser Sachlage war die Inhaftierung des Betroffenen nach dem 17. November 2004 nicht zur Sicherung der Zurückschiebung erforderlich und damit rechtswidrig.

(OLG Schleswig, 25 Januar 2005)

BVG zur regelmäßigen Überprüfung der Sicherungsverwahrung

Mit Beschluss vom 16. November 2004 hat das Bundesverfassungsgericht der Verfassungsbeschwerde eines Sicherungsverwahrten stattgegeben, der die fehlende, alle zwei Jahr vorgesehene Überprüfung der Fortdauer der Sicherungsverwahrung bemängelt hatte. Außerdem stellte das Verfassungsgericht fest, dass diese Fristüberschreitung das Grundrecht des Betroffenen auf Freiheit der Person verletzt (2 BvR 2004/04).

Der Betroffene, der mehrfach wegen Körperverletzung, sexueller Nötigung, Vergewaltigung und versuchter Vergewaltigung verurteilt wurde, befindet sich seit 2001 in Sicherungsverwahrung. Die Strafvollstreckungskammer hatte vor dem Ende des Vollzugs der Freiheitsstrafe im August 2002 geprüft, ob die Unterbringung in der Sicherungsverwahrung erforderlich war. Bisher hat die Strafvollstreckungskammer keine neue Überprüfungsentscheidung getroffen, die nach Ablauf von zwei Jahren fällig gewesen wäre. Sowohl vor dem Landgericht (LG) als auch vor dem Oberlandesgericht (OLG) blieb der Antrag des Sicherungsverwahrten auf Feststellung der Rechtswidrigkeit dieser Verzögerung erfolglos.

Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass beide Gerichte (LG und OLG) das Grundrecht auf Freiheit der Person verletzt haben, weil nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist überprüft wurde, ob die Unterbringung in der Sicherungsverwahrung noch erforderlich sei. Da die Sicherungsverwahrung ein erheblicher Eingriff in das Freiheitsgrundrecht sei, werde die Verhältnismäßigkeit dieses Eingriffs u. a. durch verfahrensrechtliche Sicherungen erreicht, worunter die regelmäßige Überprüfung der weiteren Vollstreckung der Sicherungsver-

wahrung falle. Werde die Notwendigkeit der Überprüfung missachtet, könne das Freiheitsgrundrecht verletzt sein.

Das Landgericht habe die Zweijahresfrist in nicht mehr vertretbarer Weise missachtet, seine Untätigkeit sei nicht zu rechtfertigen. Die Entscheidung über die Sicherungsverwahrung müsse rechtzeitig vor Ablauf der zwei Jahre sicher gestellt sein. Hierzu gehöre auch die persönliche Anhörung des Betroffenen und die Begutachtung durch einen Sachverständigen.

Der Betroffene hatte neben seinen Einwendungen ebenfalls einen Antrag auf Anordnung seiner sofortigen Freilassung gestellt. Hier stellte das Bundesverfassungsgericht klar, dass die Verletzung des Freiheitsgrundrechts aufgrund der Untätigkeit der Strafvollstreckungskammer nicht zur Freilassung führe. Das Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit trete nicht zurück, wenn das grundrechtlich gebotene Verfahren der Überprüfung der weiteren Fortdauer der Sicherungsverwahrung um einige Monate verzögert werde. (gs)

Quelle: Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts Hr. 102/2004 vom 19. November 2004, im Internet unter www.bundesverfassungsgericht.de

(übernommen aus bag-s, Heft 4 / 2004)

Senegal: Abschaffung der Todesstrafe beschlossen

Am 13. Dezember hat das senegalesische Parlament 2004 mit großer Mehrheit die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen. Senegal ist Angaben zufolge das vierte Mitglied der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, das die Todesstrafe abschaffte. Der Union gehören 15 Staaten an. Die Kapverden, Guinea-Bissau und die Elfenbeinküste verzichten schon länger auf die Todesstrafe. In Nigeria und Sierra Leone seien wichtige Schritte zu einer Abschaffung getan worden. Die Todesstrafe wurde im Senegal zwar seit 1967 nicht mehr praktiziert, aber bis heute - zuletzt im Juli 2004 von den Gerichten ausgesprochen. (j-b)

Quellen: Evangelischer Pressedienst (epd) vom 14. Dezember 2004; newsletter von www.todesstrafe.de (übernommen aus bag-s 4 / 2004).

Besinnung

Überraschungseier

Von Ulrich Haag, Aachen

Ich habe damals, als ich elf Jahre alt war, tausend Mark im Monat in den Händen gehabt. Vielleicht haben Sie schon einmal gesehen, dass im Supermarkt, bei Real oder Kaisers die Überraschungseier an der Ladenkasse alle ein Loch haben. Besser gesagt, dass sie eingedrückt sind und ihre Schale ist beschädigt. Geben Sie mir ein Überraschungsei, wenn ich es schüttle, kann ich ihnen zu 99 Prozent sagen, was für eine Figur drin ist, also was für ein Plastikteil als Überraschung, welche Serie und welche Figur es genau ist. Wir sind damals in einer Clique mit fünf oder sechs Elfjährigen in die Supermärkte gegangen und haben die Überraschungseier geschüttelt.

Mitte der 90 Jahre gab es jede Menge Sammler, Überraschungseier kann man wie Briefmarken sammeln. Die Sammler haben zum Teil mehrere hundert Mark für ein Figürchen bezahlt, das ihnen noch fehlte, um eine Serie vollständig zu machen. Damit haben wir Geld gemacht. Wir sind in die Supermärkte, haben die Eier unauffällig genommen, gerüttelt, sie leicht eingedrückt, um noch besser zu hören und dann die richtigen gekauft. Einmal sind bei Real in Aachen zwölf Paletten Überraschungseier angekommen, pro Palette waren das über 800 Stück. Wir sind mit unserer Clique hin und haben an einem Tag um die 10.000 Eier gecheckt. Erst ganz am Ende haben sie uns dabei erwischt, wir wurden von der Polizei nach Hause gebracht. Strafe gab es keine, wir hatten nichts geklaut. Im Gegenteil: An diesem Tag habe ich 500 Eier gekauft, das müssen sie sich mal vorstellen, soviel Geld hatte ich als Elfjähriger in der Tasche. Am Wochenende sind wir dann auf den Flohmarkt gefahren und haben die Figuren an die Händler weiterverkauft. Mücke, was hast du neues haben die Händler immer gefragt, alle kannten mich als Mücke, meinen richtigen Namen M. kannte keiner. Einmal habe ich 800

Mark für eine Figur bekommen, das war der Rekord.

Die Schokolade haben wir nicht gegessen, sondern zum Jugendtreff gebracht, später auch in ein Kinderheim.

Anfangs haben wir meinen Vater gebeten, uns sonntags zum Flohmarkt zu bringen. Für uns war das zu weit. Er hat gefragt, was macht ihr denn da, doch wir haben es ihm nicht verraten. Erst nach dem vierten oder fünften mal hat er uns gezwungen, es ihm zu sagen, sonst hätte er uns nicht mehr gefahren. Wir haben ihm die Eier gezeigt und ihm erklärt, dass sie einige hundert Mark wert sind. Mehr, als er in der vergangenen Woche auf dem Bau mit seinen Händen verdient hatte! Da hat er einen Hammer genommen und jedes einzelne Ei zertrümmert. Dann hat er uns in den Wagen geprügelt und ist mit uns zum Flohmarkt gefahren, um herauszufinden, was wir da wirklich machen. Mein Vater ist strenggläubiger Moslem und schlägt mich bis heute fast täglich. Damals hatte er Angst, dass wir in kriminelle Machenschaften verwickelt sind.

Auf dem Flohmarkt haben ihn die Händler wüst beschimpft, einer hätte ihn beinahe selbst verprügelt, denn die Händler hatten schon Wochen vorher ihre Kunden bestellt und ihnen in Aussicht gestellt, dass sie heute diese oder jene lang gesuchte Figur bekommen. Mein Vater schlug sich mit der Hand vor die Stirn, drehte sich auf der Hacke um und fuhr mit uns nach Hause. Von da an hat er uns aber jedes Wochenende gefahren, wohin wir wollten. Nicht lange danach hat er begonnen, selbst einen Flohmarktstand mit Kameras aufzumachen. Heute hat er ein Handygeschäft in der Innenstadt.

Als das mit den Eiern vorbei war, habe ich Handies repariert und damit gehandelt. Ich habe gut verdient, aber bin mit dem vielen Geld nicht klargekommen. Die letzten vier Jahre war ich spielsüchtig und habe über hunderttausend Mark verzockt. Als nichts mehr übrig war, habe ich mit zwei Kumpels einen Raubüberfall begangen, deshalb bin ich hier.

Gelesen

Abschiebungshaft in Deutschland

Abschiebungshaft gibt es in ganz Europa (und darüber hinaus). Auch im MB ist sie hin und wieder Thema. Menschen – weit überwiegend Männer –, die nicht freiwillig ausreisen bzw. aufgrund unerlaubter Einreise ausreisepflichtig sind, werden zu Tausenden bis zur „weiteren Verfügung“ eingesperrt. Die Haft kann in Deutschland bis zu achtzehn Monate dauern. Jedes Land in Europa hat verschiedene Höchstgrenzen der Haft. Zwischen zwanzig- und dreißigtausend Abschiebungshaftbeschlüsse kommen allein in Deutschland jährlich zustande. Wer sich darüber informieren möchte, kann das im jetzt neu aufgelegten, stark überarbeiteten und erweiterten Buch von Hubert Heinhold tun. Die Darstellung erfolgt aus (rechts)kritischer Perspektive.

„Menschen in Abschiebungshaft sind Menschen in Not. Zu unzumutbaren und manchmal rechtswidrigen Bedingungen inhaftiert, können sie oftmals ihre wenigen Rechte nicht in Anspruch nehmen. Vielfach zu leichtfertig verhängt, genügt die Abschiebungshaft in vielen Bundesländern nicht einmal rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Mindeststandards.

Dennoch scheint dieses Thema die breite Öffentlichkeit noch nicht zu interessieren.

Die Menschen in den Abschiebegefängnissen sind keine Wähler und diejenigen, die sich für sie engagieren, stellen keine

für die Wahlentscheidung relevante Größe dar.“ Über die Perspektive hinaus gilt die Darstellung vor allem einer bestimmten Zielgruppe: „Gleichwohl hat die Anzahl der Gruppen und Personen zugenommen, die sich in ganz Deutschland der in den Abschiebeknästen vergessenen Menschen annehmen. Ihnen liefert



der vorliegende Band einen umfassenden Überblick und kompetenten juristischen Rat.“

Neben juristischen Daten und dem Abdruck der Länder - Verwaltungsvorschriften und – richtlinien dokumentiert der Band auch subjektive Erfahrungsberichte der Betroffenen und Helfer. Ausgewählte Adressen und Forderungen u. a. von Diakonischem Werk, Caritas sowie dem UNHCR runden das Buch ab.

Das Buch erfüllt in der Tat die Kriterien eines Handbuches zum Thema Abschiebungshaft mit detaillierter Darstellung. Aufgrund der Perspektive wird kein Leser erwarten, dass auch die Argumente für die Verhängung von Abschiebungshaft gesammelt und bewertet werden. Wer in Abschiebungshaft landet, dem kann es passieren, dass er dort erstmals gründlich und kompetent in rechtlichen Fragen beraten wird. Die Frage, warum Abschiebungshaft in zehn bis dreißig Prozent der Fälle mit einer Entlassung in die Freiheit endet, muss erst noch wirklich erforscht werden. Ob es sich um leichtfertige Verhängung handelt, ist noch nicht ausgemacht. Zudem schreibt das Gesetz in diesem Falle eine so genannte „ist“ – Inhaftierung vor, in deren Verlauf sich erst klärt, ob eine Abschiebung oder Zurückschiebung überhaupt möglich ist. Ob unser Staat „berechtigt“ ist, Abschiebungshaft zu verhängen – diese moralisch ethisch und rechtspolitisch zu beurteilende Fragestellung drängt sich nach der Lektüre erst recht auf.

Das Buch bedarf der gründlichen Auseinandersetzung und ist genau deshalb interessant und lesenswert – nicht nur für ehrenamtliche Betreuungsgruppen. Auch PastorInnen, LehrerInnen, ÄrztInnen und andere aus sozial engagierten Berufen werden durch den Einblick und die Perspektive, die es gewährt, an Information und Standpunkt gewinnen. Wer sich mit Abschiebungshäftlingen intensiv beschäftigt, kommt unweigerlich zu der Auffassung, dass diesen „Menschen in Not“ weit größere Nöte als die Abschiebungshaft selbst den Schlaf rauben können. Abschiebungshaft ist ein Symptom für die Nöte der Staaten mit ungeplanter und unkoordinierter Wanderung aus den Elendsgebieten unserer Welt. (mh)

Hubert Heinhold, *Abschiebungshaft in Deutschland*, von Loeper Literaturverlag, 352 S., kart., 19,90 Euro, ISBN 3-86059-462-1.

Kirchenasyl

Über 20 Jahre lang besteht die Kirchenasyl-Bewegung in Deutschland. Die Kirchenasyle haben in den neunziger Jahren eine heftige Debatte in und mit der EKD ausgelöst, die sich teilweise im Handbuch widerspiegelt.

Das Handbuch gibt einen umfassenden Überblick über Geschichte, Hintergründe, Möglichkeiten und praktische Auswirkungen des Kirchenasyls. Dargestellt werden die theologischen und spirituellen Grundlagen, aber auch rechtsethische und rechtspraktische Probleme des Asyls in der Kirche. Auf der Grundlage neuer empirischer Studien wird Erfolg und Misserfolg von Kirchenasyl erläutert. Als Erfolg bezeichnen die Autoren die Verhinderung einer Abschiebung, selbst wenn sie nur wieder in eine erneute Duldung – also einen unsicheren Aufenthaltsstatus – mündet. Sie geben die Erfolgsrate mit 73,62 Prozent an. Als Misserfolg gilt dann in 22,98 Prozent der Fälle Abschiebung, freiwillige Ausreise, Abtauchen in die Illegalität. Erfolg verzeichnen auch die beteiligten Kirchengemeinde durch eine Erhöhung des ehrenamtlichen Engagements, die Wahrnehmung von Spendenbereitschaft. Als Misserfolg bezeichnen sie etwa auch die Erfahrung von Enttäuschung und Überforderung.



Begleitforschung zum Kirchenasyl von Beate Sträter ist aus meiner Sicht das zentrale Kapitel des Buches.

Ein zentraler theologischer Streitpunkt ist nach wie vor die Frage, ob denn im protestantischen Verständnis überhaupt ein Kirchenasyl im Sinne eines „heiligen Raumes“ möglich sei. Dass dies jedenfalls mit Berufung auf das Tempelasyl und auf die Asylstädte im Alten Testament theologisch nicht legitim ist, beschreibt Frank Crüsemann in seinem Beitrag S. 31ff.. Dennoch ergibt die theologische Argumentation besonders mit dem Neuen Testament eine andere Art von Schutzraum: „Christliche Gemeinde als Ort

der Nähe Gottes kann (...) als *Schutzraum* für Fremde und ihre elementaren Rechte wirken.“ (48)

Zahlreiche Berichte aus der Gemeindepraxis sowie Tipps, Ratschläge, Adressen und weiterführende Hinweise für betroffene Gemeinden und alle, die am Kirchenasyl interessiert sind, ergänzen den Band. Zu den Autoren gehören unter anderen Heribert Prantl, Rainer Krockauer, Wolf-Dieter Just, Jürgen Quandt, und viele andere. „Dieses Buch möge häufig benutzt werden - und das Kirchenasyl möge nur selten vonnöten sein“, so Wolfgang Huber, Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin - Brandenburg und Ratsvorsitzender der EKD, in seinem Vorwort.

Zu den Herausgebern:

Wolf-Dieter Just ist Professor für Sozialethik und Sozialphilosophie an der Ev. Fachhochschule in Bochum und Vorstandssprecher der ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche (BAG), Beate Sträter ist Theologin und Politikwissenschaftlerin sowie Geschäftsführerin der BAG. (mh)

Wolf-Dieter Just u. Beate Sträter (Hrsg.): Kirchenasyl. Ein Handbuch. Mit einem Vorwort von Bischof Huber, 272 S., kt., 16,90 €, von Loeper Literaturverlag. ISBN 3-86059-461-3

Türkisches Leben in Deutschland

Deutschland und die Türkei, die Deutschen und die Türken – das ist irgendwie ein kompliziertes Verhältnis. Viele Deutsche fahren in die Türkei in Urlaub. Die türkische Bevölkerung in Deutschland wächst. Türken stehen trotz ihrer Absichten zum EU – Beitritt auf der Liste der Asylbewerber ganz oben. Und ganz viele Menschen in Deutschland wissen ziemlich genau, was Integration heißt – oder ? Die „türkische Parallelgesellschaft“ löst immer wieder eine Art Hilflosigkeit oder eine heftige Debatte um die politisch korrekte Sichtweise des Problems aus. Da hilft es vielleicht, sich das Buch „Die fremde Braut“ von Necla Kelek vorzunehmen.

Ihr „Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens“ führt den Leser u. a. autobiografisch in das ein, was wir gewöhnlich das Leben zwischen zwei Kulturen nennen. Dabei bekommen beide Seiten den Spiegel vorgehalten, zuerst die deutsche: „Ich bin in der Türkei geboren und habe inzwischen einen deutschen Pass. Manchmal aber kommt es mir vor, als gehörte ich zu den ganz wenigen, die stolz darauf sind.“ (20) Die Autorin fordert ein, wir Deutschen sollten unsere kulturellen Errungenschaften ernst nehmen und verteidigen. Sie verstehe nicht, warum in Deutschland ein kurdischer Killer mit Blick auf „kulturelle Eigenheiten“ mit Milde behandelt wird; warum in Deutschland Frauen in türkischen Familien wie Sklavinnen gehalten werden dürfen; warum Lehrerinnen Rücksicht nehmen, wenn Mädchen dem Zwang zum Kopftuchtragen erliegen, statt ihnen zu mehr Selbstständigkeit zu verhelfen; warum....

Wenn Necla Kelek aus dem Inneren des türkischen Lebens berichtet, bleibt sie nicht von Nachstellungen und Anwürfen ihrer eigenen Landsleute verschont. Bei einer Fortbildung in einer Justizvollzugsanstalt schaut sie zuerst, ob Leute mit türkischem Hintergrund dabei sind. Es könnte sein, dass solche TeilnehmerInnen sich auf das auswirken, was sie erzählt und unterrichtet. „Was brauchen wir die Deutschen?“, sagen ihr türkische Frauen, „vom Laden bis zur Moschee haben wir doch alles.“ Da ist sie schnell verdächtig, etwas gegen die Türken zu haben. „Die Welt ist zweigeteilt. In Innen und Außen. Innen, das sind die Türken, das sind die Muslime, das ist die Türkei. Draußen, das sind die Deutschen, die Ungläubigen, das ist Deutschland. Zwischen diesen zwei Welten gibt es keine Verbindung. Bist du für uns oder gegen uns, gehörst du zur Umma, ..., oder nicht. Bist du rein oder unrein? ... Ich möchte erklären, warum das so ist, warum es sich so schwer ändern lässt und doch geändert werden muss.“ (19)

Wir lernen beim Lesen etwas über die Hochzeit als den Mittelpunkt des türkischen Lebens. Wir hören von Ehre und der Aufteilung der Welt in eine Frauen- und eine Männerwelt. Die Verhüllung der Frauen schützt die Männer vor der weiblichen Anziehungskraft. Mütter sind heilige Wesen. Ihr Einfluss auf den Sohn wächst mit der Eheschließung. „Mit der Hochzeit wird die

Trennung zwischen Liebe und Sexualität im Leben des Mannes institutionalisiert; dadurch wird er gerade noch darin bestärkt, eine Frau zu lieben, mit der er keinen Geschlechtsverkehr haben kann: seine Mutter.“ (155) Die Liebe ist Allah und der Mutter vorbehalten. Die Mutter besorgt dem Sohn eine Frau als Sexualpartnerin und zum Zeugen von Kindern. Das tun die türkischen Mütter auch von Deutschland aus. So kommt es zu den „Importbräuten“, deren Verheiratung nach den Familiensitten von Kelek „Zwangsehe“ genannt wird. Sie schätzt die Quote der türkischen Zwangsehen auf mindestens 40 Prozent. „Die Frau gehört als Ding in die Verfügungsgewalt des Mannes und ist auch vor Gericht nicht gleichberechtigt.“ Die Konstruktion des Geschlechterverhältnisses ist das Scharnier, in dem sich das „Innere“ des türkischen Lebens dreht.

Fazit: „Von den Deutschen wünsche ich mir, dass sie sehr viel selbstbewusster ihre Errungenschaften und Werte verteidigen. Dass sie keine falsche Toleranz üben gegenüber jenen, die unsere Gesetze verachten und sie nur benutzen, um im Namen der Freiheit ihren religiösen Einfluss zu erweitern und ihre reaktionäre Praxis fortzuschreiben. Eine Gemeinschaft, die dem Kollektiv, oder wie es im Islam heißt: der Umma, der Sippe, der Familie, dem Älteren das selbstverständliche Recht einräumt, über andere Mitglieder der Gemeinschaft zu herrschen, sie zu bevormunden, sie gegen ihren Willen zu verheiraten und zu versklaven, ist für mich in der Demokratie nicht gesellschaftsfähig.“ (265)

Als Leser bekommt man noch eine locker erzählte, aber doch ziemlich inhaltsreiche, Einführung in die Denk- und Lebensweise des Propheten, die soziale Umbruchsituation zur damaligen Zeit und die Interpretationsweise des Islam durch die Nachfolger des Propheten. Für mich als Leser war es völlig neu, dass zwischen 1530 und 1780 von Moslems über eine Million weiße christliche Sklaven gemacht wurden.

Das Buch ist ein Gewinn für alle, die sich mit interkulturellen Fragen beschäftigen, gerade weil die Autorin authentisch erzählt und einen Standpunkt einnimmt. Für uns Gefängnis-seelsorger bringt es eine Fülle von Verständnis-möglichkeiten unserer besonderen Situation im

Umgang mit türkischen Gefangenen und deren Verhältnis zu ihren Mitgefangenen sowie den Bediensteten.

Eine kleine Schlussbemerkung kann ich mir nicht verkneifen. Wenn ich an meine Kindheit in den fünfziger Jahren auf der Schwäbischen Alb zurückdenke, erkenne ich einiges an Denkweisen wieder. Auch bei uns war die Hochzeit der Höhepunkt des Lebens. Ein Mädchen brauchte nicht unbedingt aufs Gymnasium zu gehen, es heiratet ja doch! Männer verteidigen ihre Ehre auch mit Fäusten. Man macht seiner Familie keine Schande, hält also alles in der Innenwelt! Und die Daseinschuld in Form der Dankbarkeit gegenüber der Vorgeneration war eiserne Regel. Patriarchal orientierte Gesellschaften mit festen Zuschreibungen für die Geschlechterrollen scheinen sich jenseits von religiösen Unterschieden zu gleichen. Auch dass die Daseinsschuld das Verhältnis der Generationen bestimmt, kommt mir jedenfalls nicht fremd vor. (mh)

Necla Kelek, Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland, Kiepenheuer & Witsch 2005, ISBN 3-462-03469-3, 270 S., Euro 18,90.

Lese tipps

Gemeingefährliche Täter

Die Zeitschrift **Neue Kriminalpolitik** (**Nomos**) behandelt im Heft 4 / 2004 das Thema „gemeingefährliche Täter“. *Günter Hinrichs* und *Denis Köhler* betrachten die Entwicklung der Fragestellung „Psychische Störungen bei Straftätern“ (137-139) seit knapp einhundert Jahren (S. Freud). Zum aktuellen Stand: „Obwohl es seit längerem bereits als bekannt gilt, dass psychische Störungen bei Straftätern überdurchschnittlich häufig vorkommen, liegen erst seit kurzem methodisch hinreichend abgesicherte Studien zu dieser Fragestellung vor, ja das Thema scheint im letzten Jahrzehnt besondere Beachtung gefunden zu haben.“ (138) Es folgt die kurze Darstellung von For-

schungsergebnissen bei Inhaftierten und deren Problematisierung. So weisen die Autoren darauf hin, dass die Inhaftierung selbst bestimmte Verhaltensauffälligkeiten schafft und dass die gesellschaftliche Gruppe, der die Probanden vorwiegend entstammen, ohnehin durch eine Prävalenz von 15 – 20 % psychischer Störungen belastet ist. Das Ergebnis leuchtet ein: „Wenn in gezielten Ansätzen jeweils das straffällige Verhalten und die psychische Problematik behandelt werden (...), steht das einer ganzheitlichen, personenzentrierten Wirkung nicht grundsätzlich im Wege. Es sollte aber deutlich gemacht werden, wo Behandlung keine Grundlage hat und ggf. sogar zu einer Fixierung der Störung führt.“ (139)

Eduard Matt schreibt über Resozialisierung unter dem Titel: Resozialisierung in der Lebenslaufperspektive“ (140-143). „Statt von Resozialisierung sollte besser von (sozialer) Reintegration gesprochen werden. Der Begriff der Reintegration ist weniger auf defizitäre Persönlichkeitsmerkmale bezogen als auf defizitäre soziale Einbindungen jeglicher Art (Arbeit, Verhalten, Kompetenzen). ... Nur eine gemeinsame Politik aller beteiligten Institutionen kann die Perspektive der Reintegration zu einer erfolgversprechenden Zielsetzung der Reaktion auf Straffälligkeit machen.“ Eine solche Zielsetzung hängt wesentlich auch von der Entwicklung einer Motivation zur Reintegration auf Seiten der Gefangenen ab. Nur Erfolge bei den ersten Schritten bewegen sie zur aktiven Teilnahme. Matt mahnt das Fehlen von Erkenntnissen darüber an, wie und warum Rückfälle erfolgen. Nur mit Kenntnissen über die Zusammenhänge von Rückfällen und gesellschaftlichen Strukturen lässt sich auf die Lebenslage der Betroffenen einwirken. *Matt* referiert Längsschnittstudien, die nachweisen, dass Kriminalitätskarrieren als „Aufschaukelungsprozess“ vor sich gehen, in die alle gesellschaftlichen Agenten verwickelt sind. Folge ist, dass auch der „Ausstieg“ ein längerer Prozess sein müsste. „Aufgabe der Resozialisierung / Reintegration ist die Verbesserung der Ressourcen. Erst dies ermöglicht den Betroffenen die Entwicklung und Wiedergewinnung von Handlungsspielräumen.“ (143)

Schließlich weisen *Dietrich Oberwittler* und *Tilman Köllisch* nach, dass „nicht die Jugend-

gewalt, sondern deren polizeiliche Registrierung zugenommen (hat)“ (144-147). Weitere Themen sind die „Entwicklung von Sozialarbeit im russischen Strafvollzug“, die „verstehende Polizeiforschung“ u.a.. *Frieder Dünkler* und *Bernd Maelicke* widerlegen „10 Irrtümer einer neokonservativen Strafvollzugspolitik...“. (mh)

Ambulante Nachsorge

„Der Übergang vom Strafvollzug bzw. von der Unterbringung im psychiatrischen Maßregelvollzug in die Entlassung zur Bewährung ist für die Resozialisierung von Gefangenen bzw. Unterbrachten und damit nicht zuletzt auch für die Sicherheit der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung. Die ambulante Nachsorge im Anschluss an den stationären Aufenthalt stellt hierbei ein wichtiges Bindeglied dar. Schließlich sind die Ursachen der (erneuten) Straffälligkeit in aller Regel nicht eng umgrenzte Störungen, die nach intramuraler Behandlung beseitigt sind, vielmehr bedürfen stationäre Maßnahmen der Ergänzung und Fortsetzung durch nachgehende, extramurale Betreuung und Hilfsangebote,...“. Mit dieser Einführung umreist *Rudolf Egg* das Thema, mit dem sich die von ihm herausgegebene Tagungsdokumentation „Ambulante Nachsorge nach Straf- und Maßregelvollzug“ beschäftigt. Der Band gibt einen Überblick über das, was derzeit in Deutschland zum Thema gedacht und getan wird. Die Autoren sind jeweils bekannte Vertreter(innen) aus der forensischen Psychiatrie, dem BGH, sozialtherapeutischen Anstalten, Ministerien und Hochschulen.

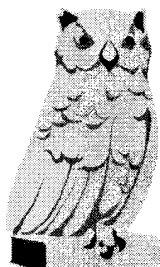
Zur Sprache kommen die berufliche Reintegration nach dem Strafvollzug ebenso wie die therapeutische Ambulanz für Sexualstraftäter oder Konzepte zur Nachsorge nach Entlassung aus den genannten Institutionen im allgemeinen, nicht zu vergessen Bewährungshilfe und Führungsaufsicht.

„Der Strafvollzug ist gemeinhin kein Ort innerer Läuterung, den man – einem Fegefeuer gleich – als eine von der Erbsünde befreite und vor allen Versuchungen gefeierte Seele verlässt. ... In gleicher Weise ist auch das Psychiatrische Krankenhaus kein Ort, in den kranke Menschen hineingehen, um es nach einer mehr oder minder

kurzen Zeit als dauerhaft geheilt zu verlassen.“ Der chronische Verlauf ist bei psychischen Krankheiten und Täterkarrieren ähnlich. Damit umzugehen „ist Aufgabe einer zumeist langfristigen ambulanten Betreuung ...“. (Leygraf, 55) „Ähnlich wie im Maßregelvollzug wäre es auch im Strafvollzug sinnvoll, intra- und extramurale Behandlungen aufeinander abzustimmen.“ (62) Für SeelsorgerInnen und andere im Strafvollzug Tätige lohnt es sich, die Vorträge und Aufsätze genauer zu lesen. Sie bestätigen vieles, was sich aus der Praxis in den JVAen oder in der forensischen Psychiatrie nahe legt. Zudem geben sie den Anstoß, sich mit dem Thema erneut zu beschäftigen, um möglicherweise Initiativen im eigenen Arbeitsfeld zu ergreifen.

Rudolf Egg, Hg., Ambulante Nachsorge nach Straf- und Maßregelvollzug, Kriminologie und Praxis, Schriftenreihe der Kriminologischen Zentralstelle e.V., Band 44, Wiesbaden 2004, Eigenverlag der KrimZ, 25,- Euro, ISBN 3-926371-65-X, 280 S..

Tagungs ↗ hinweise



Seelsorge im Maßregelvollzug

Vom 4.- 8. Juli 2005 im Seelsorgeinstitut an der kirchlichen Hochschule Bethel

Immer mehr straffällig gewordene Menschen werden von den Gerichten zur Besserung und Sicherung in die Psychiatrie eingewiesen. Sie werden dort in forensischen Kliniken oder Abteilungen im Maßregelvollzug behandelt, oft jahre- und jahrzehntelang. Die Forensik als Schnittstelle zwischen Klinik und Justizvollzugsanstalt stellt auch an die Seelsorge besondere Anforderungen.

Wir wollen in dem Kurs die Besonderheiten des Maßregelvollzugs und der Seelsorge dort bedenken. Wie kommen wir in den geschlossenen Systemen dieser geschlossenen Gesellschaft vor? Wieviel der befreienden Kraft des Evange-

liums vertragen und brauchen das System, die Mitarbeiter/innen, die Patienten/innen? Wie gestaltet sich hier meine Seelsorge in Gespräch, Beratung, Verkündigung, Kooperation nach innen und außen? Wie übertragen sich Ohnmacht und Aggressivität im System auf mich? Wie ertrage ich latente Suizidalität, Hospitalisierung und Therapieverweigerung mit all ihren Folgen über Jahre mit einzelnen Patienten/innen? Welche Möglichkeiten der Begegnungen und Grenzen meines Engagements liegen in meiner seelsorglichen Rolle?

Wir werden die gesetzlichen und strukturellen Rahmenbedingungen, Konzepte von Therapien, Formen der interdisziplinären Kooperation im kollegialen Austausch diskutieren. Wir wollen über persönliche Belastungen und Freuden bei der Arbeit sprechen. Wir wollen an einem eigenständigen Forensikseelsorgeprofil zwischen Psychiatrie- und JVA-Seelsorge arbeiten.

Dabei werden wir u. a. mit Kurselementen der KSA und der körperorientierten Seelsorge, arbeiten. Grundlage sollen die Erfahrungen der Teilnehmenden sein. Wir bitten deshalb Gesprächsprotokolle, Fallbeispiele, Predigten oder Gottesdienstentwürfe mitzubringen.

Organisation und Anmeldung:

Pfr. Peter Kittel, Kloster Haina, Adresse siehe „5. Tagung Seelsorge im Maßregelvollzug“.

Kursleitung:

Irmhild Liebau (Dr. theol., Geschäftsführerin des Seelsorgeinstituts, Pfarrerin, Psychotherapeutin (HPG/EAP), Bioenergetische Analytikerin (CBT)).

Wolfgang Roth (Pfarrer, Lehrsupervisor KSA/DGfP, Seelsorger im Pfalzkrankenhaus für Psychiatrie u. Neurologie (AdöR)).

Ort: Haus der Stille, Am Zionswald 5, 33617 Bielefeld.

Teilnahmegebühr: 210,- C Unterkunft und Vollverpflegung: ca. 49,50 Euro / Tag / Einzelzimmer

Anmeldeschluß ist der 18. Mai 2005.

5.Tagung Seelsorge im Maßregelvollzug

zum bundesweiten ökumenischen Erfahrungsaustausch von Seelsorgerinnen und Seelsorgern

Freitag, 8. Juli 2005 bis Samstag, 9. Juli 2005 im Haus der Stille, Bielefeld -Bethel

in Verbindung mit der Ev. Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland und dem Beauftragten der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz für die Seelsorge im Maßregelvollzug.

Die Tagung beginnt am Freitag, dem 8. Juli 2005 um 14.30 Uhr und endet am Samstag, dem 9. Juli 2005 um 13.30 Uhr.

Die Themen:

- Nachdem der Beauftragte der EKD für Gefängnisseelsorge, Manfred Lösch, der die vergangenen Tagungen mitgetragen hat, aus seinem Amt ausgeschieden ist und die EKD die Stelle nicht wieder besetzt, ist es für uns notwendig, eine **Organisationsform** für unsere künftigen Tagungen zu finden.
- Die EKD Konferenz der Gefängnisseelsorger als auch die Konferenz der Krankenhausseelsorger sind hier um mögliche Kooperationsmöglichkeiten angefragt.
- Ein weiterer Schwerpunkt wird die **rechtliche Stellung** der Seelsorge im Maßregelvollzug innerhalb der einzelnen Bundesländer einnehmen. In machen Bundesländern ist da einiges im Fluss.
- Neben diesen wichtigen organisatorischen Fragen soll natürlich das **Miteinander** und der **Erfahrungsaustausch** nicht zu kurz kommen. Gottesdienste im Maßregelvollzug - biblische Bilder und Texte, die im MRV tragen können -Trauerandachten im MRV - eigene Praxis -Materialbörse (bringen Sie bitte eigenes Material mit, auch Verteilschrifter, etc. die sich bewährt haben).

Anmeldung bis spätestens bis zum 31.01.2005 bei Pfarrer Peter Kittel Gemündener Str. 2a, 35114 Haina (Kloster), Telefon: 06456/1838 FAX: 06456/811851, e-mail: P.kittel@i-mo.de

Unterkunft: Wir sind im Haus der Stille in Bethel untergebracht. Einzelne werden auch im Haus Nazareth untergebracht werden.

Eine Fahrtkostenerstattung ist ggf. beim jeweiligen Anstellungsträger zu beantragen. Die Übernachtungskosten betragen ca. 50,00,- E und sind direkt vor Ort an das Haus zu zahlen.

Fachtagung Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität

Die Kriminologische Zentralstelle e. V. veranstaltet vom 21. bis 22. April 2005 eine Fachtagung zu Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität. Die Tagung findet in Leipzig im Bundesverwaltungsgericht statt. Nähere Auskünfte bei der kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden, Tel.: 0611 157580, Fax: 0611 1575810

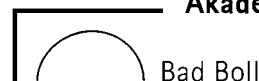
Straffälligenhilfe in Zeiten knapper Kassen.

Fundraising, Haftvermeidung und weitere Chancen

Vom 27. bis 28. Juni 2005 in der Ev. Akademie in Bad Boll:

In Zeiten knapper Kassen sind auch die Ausichten der freien Straffälligenhilfe nur wenig

Evangelische
Akademie



Bad Boll

rosig. Staatliche Zuschüsse werden verringert. Spenden fließen spärlicher. Einnahmen aus Geldauf-

lagen sind rückläufig, künftig droht zudem finanzielle Konkurrenz durch Träger einer privatisierten Bewährungs- und Gerichtshilfe.

Umso wichtiger ist, dass sich die freie Straffälligenhilfe neue Finanzierungsmöglichkeiten erschließt oder bestehende verbessert. Vielerlei Fragen stellen sich: Welche Chancen bietet das Fundraising? Welche Möglichkeiten ergeben sich aus Haftvermeidung durch ambulante Maßnahmen wie „Schwitzen statt Sitzen“? Lässt sich gemeinnützige Arbeit durch die Bundesagentur für Arbeit finanzieren? Welche Rolle spielen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter in der Straffälligenhilfe? Entlasten sie deren Haushalt?

Kosten lassen sich durch bessere Kooperation zwischen Trägern der Straffälligenhilfe sparen. Ob Resozialisierung und Betriebswirtschaft sich widersprechen, sollen Erfahrungen aus der Schweiz zeigen.

Geld und Kosten sind in der Straffälligenhilfe nicht alles; denn es gibt einen Lichtblick. Die Leiterin der Justizvollzugsanstalt hat zu Weihnachten an ein Wort von Mahatma Gandhi erinnert - das geben wir gerne an Sie weiter: „Wenn Du meinst, die ganze Welt sei schlecht, dann bedenke, dass Leute wie Du darin leben.“

Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter staatlicher sowie nichtstaatlicher sozialer Dienste und andere kriminalpolitisch Interessierte sind eingeladen, sich zu informieren und, soweit vorhanden, Erfahrungen auszutauschen.

TAGUNGSLEITUNG: N. N., Evangelische Akademie Bad Boll Dr. Helmut GEIGER, Pfarrer, Jurist und Studienleiter, Evangelische Akademie Bad Boll

TAGUNGSORT: Evangelische Akademie, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Telefon: 07164/79-0, Fax: 07164/79-440 *Die Akademie im Internet:* www.ev-akademie-boll.de.

ANFRAGEN sind an die Evangelische Akademie Bad Boll, Frau Gabriele Barnhill, zu richten: Tel.: (0 71 64) 79-2 33; Fax: -79-52 33;

E-Mail: gabriele.barnhill@ev-akademie-boll.de

ANMELDUNG bis zum 13. Juni 2005! (Tagungs-Nr. **520405**).

KOSTEN: Kursgebühr (einschl. Materialmappe) 60,00 € Doppelzimmer / Etagedusche 54,50 € Doppelzimmer DU/WC 64,50 € Einzelzimmer/Etagedusche 65,00 € Einzelzimmer DU/WC 75,00 € Verpflegung (ohne Unterkunft u. Frühstück) 55,00 €

10. Deutscher Präventionstag

Unter der Schirmherrschaft des niedersächsischen Ministerpräsidenten *Christian Wulf* findet am 6. und 7. Juni 2005 der 10. Deutsche Präventionstag mit dem Schwerpunktthema „Gewaltprävention im sozialen Nahraum“ in Hannover statt. Ausführliches Programm im Frühjahr 2005, auch unter www.praeventionstag.de.

Termi

des Vorstands und Beirats, der Regionalkonferenzen und Arbeitsgemeinschaften
(soweit bis Redaktionsschluss bekannt)

Vorstand und Beirat

(07.) 08. - 10. November 2005 in Erfurt
(30.) 31.01. - 01. Februar 2006 in Meißen

RK Baden – Württemberg

09. März 2005 Arbeitstag Struktur in Karlsruhe
03. - 05. Juli 2005 im Kloster Heiligwenztal
29. September 2005 in Stuttgart
17. - 18. Oktober 2005 / Freiburg

RK Bayern

11. April 2005 Frühjahrstagung im LKA München
08. - 09. Juli 2005 JVA Ebrach
17.-20. Oktober 2005, Fortbildung in Straubing

RK Berlin-Brandenburg

28. Februar - 04. März Fortbildung in Gernrode

RK Hessen

06. - 12. Juni 2005 „Migration und Illegalität“

RK Niedersachsen und Bremen

31.10. - 03.11.2005 Jahrestagung in Posthausen

RK Nord

28. Februar - 02. März 2005 in Ratzeburg

RK Nordost

14. - 15. März 2005 Schloss Wendorf bei Waren
14. Nov. 2005 in der JVA Neubrandenburg

RK Nordrhein-Westfalen

07. März 2005 Teilkonferenz Rheinland
11. April 2005 Gesamtkonferenz NRW in Wuppertal

RK Sachsen

28. Februar 2005 JVA Zwickau
27. - 28. Juni 2005 Fortbildung Ausbildungszentrum Bobritzsch

RK Sachsen-Anhalt

28.02. - 02.03. 2005 in Neudietendorf (RK Thüringen ist eingeladen)

AG Jug

26. - 30. September 2005 / Hameln

Deutscher Ev. Kirchentag

25. - 29. Mai 2005 in Hannover

„Wenn Dein Kind Dich morgen fragt...“.

Jahrestagung 2006

08. - 12. Mai 2006 in Schmochtitz

Die nächste weltweite IPCA - Konferenz findet vom 19. - 24. 08. 2005 in Kanada statt.



USA: mehr Morde, weniger Gewalttaten

Im Jahr 2003 ist die Zahl der Morde in den USA auf 16.503 leicht gestiegen (1,7 Prozent), die Zahl der Gewalttaten aber um drei Prozent auf 1,4 Millionen gesunken. Bei den Morddelikten ist dies der vierte Jahresanstieg in Folge. Damit liege sie aber immer noch 30 Prozent niedriger als Mitte der 90er Jahre. Kriminologen führen den Anstieg auf eine Zunahme der Tötungsdelikte unter Jugendbanden zurück. (wit)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Oktober 2004 (übernommen aus BAG-S 4/2004).

In Versen

Ulrich Tietze fasst seine Erfahrungen in der Seelsorge in Versform. Seine Sammlung heißt: Ein Pastor arbeitet im Knast.

Momente der Berührung

Mir gegenüber ein Pärchen
beide noch jung
er sitzt hinter Gittern für lange Zeit
sie lebt draußen in der Freiheit
(oder was wir dafür halten)

und immer wieder greift ihre Hand nach seiner
immer wieder gibt es Momente
der Berührung und der Zärtlichkeit
auch in den Blicken der beiden

am Ende des Gesprächs
das für beide eine positive
Ausnahmeerfahrung darstellt
die Erfüllung eines Wunsches
der mir fast banal vorkommt
fragt sie mich:

“Können Sie uns nicht fünf
Minuten alleinlassen?“

Sie versteht, dass ich es nicht kann
so gern ich es täte

Vielleicht bleibt bei beiden am Ende
dieses Gesprächs
wenigstens die Ahnung:
es gibt mehr als diese Mauern und Gitter
mehr als die Reduzierung
eines Menschen auf seine Straftat
(so gravierend sie auch immer sein mag)

es gibt in dieser Welt
auch Glaube - an eine bessere Zukunft
Hoffnung auf ein neues Miteinander
und Liebe in Momenten sanfter Berührung